Montag, 25. Juni 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 146 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

„Post-Politik": Südafrika ist aus dem Weltpostverein ausgeschlossen worden. Der 19. Weltpostkongreß in Hamburg beschloß, das Land solle so lange *nicht wieder* zugelassen werden, wie es die Apartheidspolitik fortsetze. (S. 4)

„DDR": Staatschef Honecker hat den Gedanken an eine Wiedervereinigung Deutschlands erneut zurückgewiesen. Vor griechischen Journalisten sagte er auf die Frage nach einer „Absorbierung des einen Systems durch das andere": „Den Sozialismus kann man mit dem Kapitalismus ebensowenig vereinen wie Feuer und Wasser."

RAF-Fahndung: Steckbrieflich gesuchte Terroristen sind möglicherweise nach der spektakulären Festnahme eines neuen RAF-Mitglieds bei Eßlingen entkommen. Bei der Festgenommenen handelt es sich um Manuela Happe. (S. 4)

Kehrtwendung: Die Abschaffung der Rotation fordert die Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Schoppe. Die Partei müsse professioneller werden. (S. 4)

Nach Westen: Aus Enttäuschung über den Olympia-Boykott des Ostblocks hat sich der polnische Weltklasse-Zehnkämpfer Darius *Ludwig mit einem* Touristenvisum nach West-Berlin abgesetzt.

Mitterrand: Eine nüchterne Bilanz des UdSSR-Besuchs des französischen Präsidenten zog die „Prawda": „Vieles trennt heute unser Land und Frankreich, das aktiv die Politik des militärischen NATO-Blocks unterstützt. Aber vieles verbindet auch." (S. 5)

Bangemann: Als „wieder so ein Beispiel für Genscherismus" hat der Berliner FDP-Chef Rasch die Art und Weise kritisiert, wie der frühere Europa-Politiker als möglicher nächster Vorsitzender präsentiert werde. Der „Bild"-Zeitung sagte Rasch, wer jetzt vorpresche und die Delegierten des Bundesparteitags festlegen wolle, „entmündigt die Basis". (S. 8)

Heute: EG-Gipfel in Fontainebleau. – Lord Carrington übernimmt Amt des NATO-Generalsekretärs.

Die Eliten der Welt

Eliten in Großbritannien und Frankreich: Der Weg nach oben ist hart, die Auslese manchmal brutal. Aber im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland darf die Führungsschicht bei unseren wichtigsten EG-Partnern auf allgemeine Anerkennung rechnen. Sie ist selbstbewußt, exklusiv und ohne falsche Scham. Seite 6

WIRTSCHAFT

Schuldenkonferenz: Die lateinamerikanischen Länder wollen auch weiterhin getrennt mit ihren Gläubigern verhandeln. An die von einigen Gläubigerbanken befürchtete Gründung eines „Clubs der Schuldner" sei vorerst nicht gedacht, wurde nach der Konferenz in Cartagena mitgeteilt. (S. 9)

***Sinnwell:** Der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Rheinland-Pfalz ist zurückgetreten.* Es ist der vorläufig letzte Höhepunkt der Krisenentwicklung, in die die Landesbanken in Mainz, Düsseldorf, München und Frankfurt durch ihr Engagement bei der angeschlagenen Deutsche Anlagen-Leasing geraten sind. (S. 9)

Zonenrand: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat die Förderung im vergangenen Jahr nochmals *kräftig aufgestockt. Insgesamt* wurden 6510 Kreditzusagen mit einem Volumen von 964 (Vorjahr 699) Millionen DM gegeben. (S. 9)

KULTUR

***Karajan:** Die Berliner Philharmoniker* lehnen jeden weiteren Auftritt mit ihrem künstlerischen Leiter ab, solange dieser nicht „eine ernsthafte Stellungnahme" zu dem seit Monaten schwelenden Streit abgibt.

Deutsche Filmpreise: Mit dem *Filmband in Gold wurde in der* Kategorie Spielfilme Werner Herzogs „Wo die grünen Ameisen träumen" ausgezeichnet. Filmbänder in Silber gingen an „Kehraus" (Hans Christian Müller), „Morgen in Alabama" (Norbert Kückelmann) und „White Star" (Roland Klick). (S. 15)

An die Leser und Inserenten der WELT

Wegen des andauernden Streiks der IG Druck und Papier kann die WELT auch heute leider nur mit eingeschränktem Umfang erscheinen. Das betrifft den redaktionellen Text, wie zum Beispiel die Berichterstattung über die Fußball-Europameisterschaft und die deutschen Leichtathletikmeisterschaften, ebenso wie die Anzeigen. Wir bitten dafür um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

SPORT

***Fußball:** Durch einen 3:2-Erfolg* im Halbfinale über Portugal in Marseille hat Frankreich das Finale bei der Europameisterschaft in Paris (27.6.) erreicht.

Jupp Derwall: Der Bundestrainer wird wahrscheinlich am Mittwoch von seinem Posten zurücktreten. Über seinen Nachfolger gibt es nur Spekulationen.

Galopp: Der Hengst New Moon mit Jockey Manfred Hofer gewann auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn das Otto-Schmidt-Rennen. (S. 13)

Leichtathletik: Nur schwache Leistungen gab es bei den Meisterschaften in Düsseldorf. In Kiew sprang Tamara Bykowa Weltrekord: 2,05 m. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Unglücksserie: Bei dem dritten schweren Busunglück in Spanien innerhalb von fünf Tagen sind neun Menschen getötet und 19 verletzt worden. (S. 16)

„Discovery": Bei dem für heute geplanten Jungfernflug der US-Raumfähre wird ein zahlender Passagier an Bord sein. Der Ingenieur Walter Walker will Möglichkeiten zur Herstellung von Medikamenten unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit erforschen. (S. 16)

Wetter: Weiter unbeständig, teilweise Regen. Um 19 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

IG Druck will Streik mit neuer Taktik verschärfen

Mittlere Betriebe im Visier / Franke-Erlaß vor Bundesverfassungsgericht

DW. Bonn

Nach dem Scheitern der Vermittlung im Tarifkonflikt in der Druckindustrie gibt es zu Beginn der zwölften Streikwoche keine Anzeichen dafür, wann die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die IG Druck und Papier will, wie ihr Vorsitzender Erwin Ferlemann *am Samstag ankündigte*, ihren Streik mit einer neuen Taktik in dieser Woche verschärfen.

Dabei soll besonders in Akzidenz- und Mittelbetrieben zu Streiks aufgerufen werden, um die Unternehmer dieser Betriebe zur Einflußnahme auf den Bundesverband Druck zu bewegen. Ferlemann sagte, seine Gewerkschaft werde erst dann an den Verhandlungstisch zurückkehren, wenn ihr von der Arbeitgeberseite ein schriftlicher Termin und damit zugleich ein neues Verhandlungskonzept vorliege. Der Verhandlungsführer der Druckindustrie, Manfred Beltz Rübelmann, hatte dagegen nach dem gescheiterten Vermittlungsversuch des CDU-Politikers Kurt Biedenkopf betont, die Arbeitgeber stünden von Montag an wieder für freie Tarifverhandlungen zur Verfügung. Sie würden im Laufe der Woche auch einen eigenen Lösungsvorschlag unterbreiten.

Die Arbeitgeber in der bestreikten Metallindustrie haben gestern beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine einstweilige Anordnung gegen die Auszahlung von Kurzarbeitergeld an vom Arbeitskampf mittelbar betroffene Arbeitnehmer beantragt. Der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, erklärte, durch die Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte in Hessen und Bremen sei „für jeden einzelnen Landesarbeitsamt-Präsidenten Rechtsunklarheit entstanden". Unabhängig von der Karlsruher Entscheidung rechnen die Arbeitgeber in der kommenden Woche *auf keinen Fall* mit einer Auszahlung des Kurzarbeitergeldes.

IG-Metall-Chef Hans Mayr vertrat dagegen die Ansicht, nach dem Spruch des Gerichts müßten die Arbeitsämter sofort Unterstützungsgelder zahlen„ Es käme einem halben Staatsstreich gleich, wenn die Bundesanstalt für Arbeit die Arbeitsämter nicht anweisen würde, sofort zu zahlen." Die IG Metall hat inzwischen beim Bundesverfassungsgericht eine Schutzschrift hinterlegen lassen, in der die Positionen der Gewerkschaft im Zusammenhang mit dem sogenannten Franke-Erlaß und dem Antrag auf einstweilige Anordnung der Arbeitgeber dargestellt werden.

Zugleich erklärte der Tarifexperte im IG-Metall-Vorstand, Hans Janßen, die Urteile der beiden Landessozialgerichte in Hessen und Bremen hätten keinen Einfluß auf die Arbeitskampftaktik der IG Metall. Kurzarbeitergeld für „kalt Ausgesperrte" komme nur denjenigen zugute, für die die IG Metall sowieso keine Unterstützung hätte zahlen können. Janßen widersprach damit dem Vorwurf Kirchners, die Gewerkschaft wolle die Bundesanstalt für Arbeit zu einer verlängerten Streikkasse machen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, kündigte an, das hessische Urteil zur Aufhebung seines Erlasses über die Nichtbezahlung von Leistungen an mittelbar vom Streik betroffene Metaller prüfen zu lassen.

Die seit vier Tagen laufende Schlichtung in der Metallindustrie von Nordwürttemberg / Nordbaden soll heute vormittag fortgesetzt werden. Der Vorsitzende der Schlichtungsstelle, Georg Leber, sagte, beide Parteien hätten nun interne Beratungen *aufgenommen, die* vertieft und fortgesetzt werden müßten.

DER KOMMENTAR

Streik und kein Ende?

GÜNTHER BADING

Am Ende jedes Tarifkonflikts steht der Kompromiß. Das wird auch im Arbeitskampf bei der Metallindustrie und im Druckgewerbe nicht anders sein. Sechs Wochen Metaller-Streik und fast ein Vierteljahr Arbeitsniederlegungen in den Druckereien – kein Zweifel, daß alle Kontrahenten wissen müssen: Ein totaler Sieg *ist* für keine Seite möglich.

Die Erkenntnis, daß es irgendwann zum Kompromiß kommen muß, scheint gelegentlich zu belasten. Die IG Metall etwa eröffnet Nebenkriegsschauplätze über Grundsatzfragen wie die Zulässigkeit der Aussperrung und die Haltung der Bundesanstalt für Arbeit im Tarifkonflikt.

Da werden vom Vorsitzenden der IG Druck für heute verschärfte Taktiken im Arbeitskampf angekündigt. Von der Metall-Schlichtung hört man nur, daß noch keine der beiden Seiten aus ihren Schützengräben herauswolle. Und sogar bei den Staatsdienern in der ÖTV rufen die Scharfmacher um die wiedergewählte Vorsitzende nach Mobilisierung der *„Kampftruppen"* für den offenbar zielstrebig angesteuerten Streik-Herbst.

Mit Belustigung wurde zu Beginn des Metaller-Streiks in Hessen ein Plakat der dortigen Arbeitgeberverbände in der Öffentlichkeit aufgenommen, auf dem unter der roten japanischen Sonne zu lesen stand: „Die Konkurrenz in Ostasien begrüßt die 35-Stunden-Woche in Deutschland." Heute kann darüber niemand mehr lachen. Schon werben ausländische Anbieter mit dem Hinweis, daß sie durchaus in der Lage seien, Lieferverpflichtungen vertragsgemäß nachzukommen. Von den trotz ihres hohen Preises weltweit immer noch begehrten Produkten made in Germany kann das zur Zeit niemand mehr behaupten.

Jetzt geraten Marktanteile ernsthaft in Gefahr – von Wettbewerbsnachteilen durch überhöhte Gestehungskosten auf Grund der Streiks ganz zu schweigen. Der Markenname „In Deutschland hergestellt" droht zur zweifelhaften Bezeichnung zu werden.

Krieg, Kampf, Verhärtung der Fronten, Attacken, „Kampftruppen" – ein Vokabular wie aus einem Bürgerkrieg trifft heute den Leser der Berichte von der „Streikfront". Sind wir im Krieg? Die Aufmärsche in Bonn und die für morgen angekündigten europaweiten „Solidaritätsaktionen" des DGB und seines europäischen Dachverbandes könnten das den oberflächlichen Beobachter fast vermuten lassen, auch wenn ein solcher Eindruck falsch wäre.

Tatsache aber ist: Wenn die „Sozialschlacht" nicht bald ein Ende findet, werden die Folgen für die Gesamtwirtschaft immer verheerender.

Kampf für die freie Wahl der Schule

Tausende von Eltern gingen auf die Straße / Herausforderung an Mitterrand

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der seit November 1982 andauernde Kampf französischer Eltern für eine freie Wahl der Schule für ihre Kinder fand in Paris am Sonntag mit der bisher größten Massenkundgebung *aller Zeiten* seinen Höhepunkt. Etwa 1,2 Millionen Menschen, von denen zwei Drittel aus ganz Frankreich mit 150 Sonderzügen und Tausenden von Bussen angereist waren, demonstrierten von 10.00 Uhr morgens bis 18.00 Uhr nachmittags im Ostpariser Bastille-Viertel gegen die Schulreformpläne der sozialistischen Regierung und für die Beibehaltung einer seit 1905 staatlich garantierten freien Wahl zwischen privat-religiöser und staatlicher Laienschule.

Damit wurde die bisher größte Manifestation der Reformgegner mit 800 000 Menschen Ende März in Versailles noch erheblich übertroffen. Sie war gleichzeitig die größte Herausforderung der „Straße" an Präsident Mitterrand und die Politik seiner Regierung und sprengte bei weitem den Rahmen des alleinigen Schulkampfes. Ergänzend zum schlechten Abschneiden von Sozialisten und Kommunisten in den Europa-Wahlen vom 17. Juni zeigte der Sonntag in Paris, wie stark das Ansehen des Staatschefs in der Öffentlichkeit Frankreichs gesunken ist.

Trotz des Wunsches der Veranstalter, der Kundgebung einen nur begrenzt politischen Charakter zu geben, hatten sich sämtliche Oppositionsführer, von Ex-Präsident Giscard d'Estaing und seinem früheren Premierminister Barre bis zu Gaullisten-Chef Chirac und dem Vorsitzenden der rechtsextremen „Nationalen Front", Le Pen, an dem Umzug beteiligt. Nur die katholischen Bischöfe blieben den Rängen fern, hatten der Veranstaltungsleitung aber am Morgen eine „Solidaritäts-Adresse" übergeben, die während des ganzen Tages über Lautsprecher, untermalt von Verdis Musik aus „Nabucco" verlesen wurde. Die Regierung hatte die Verantwortlichen vorher scharf vor Ausschreitungen gewarnt und 10 000 Mann Sonderpolizei-Streitkräfte in die Hauptstadt gezogen. Bis zum Abend verlief indes alles unter dem wachsamen Auge eines nach tausenden zählenden Ordnungsdienstes ruhig.

Eltern und Lehrer der rund 1200 französischen Privatschulen fühlen sich von der Regierung übertölpelt, seit die sozialistische Kammerfraktion Ende Mai durch Zusatzanträge das ursprünglich eher konziliante, nach langen Verhandlungen mit der anderen Seite zustandegekommene Schulgesetz des Erziehungsministers Savary in einem Punkt erheblich verschärft hatte. Demnach sollen die *Lehrer an Privatschulen* sich *binnen* sechs Jahren verpflichten, in den Staatsdienst überzutreten, anderenfalls der Schule jegliche Zuwendung entzogen wird. Die Gegner des Gesetzes sehen darin eine Knebelung der freien Entscheidung der Lehrer und des Grundrechtes der Eltern, ihrem Kind eine frei gewählte Erziehung angedeihen zu lassen. Es sieht nicht so aus, als ob die Regierung jedoch diesen Paragraphen zurückziehen würde. Sie kann sich auf eine mit Gewehr bei Fuß wartende, wahrscheinlich ebenso starke Armee der Anhänger *der Laienschule stützen.*

Die katholische Bischofskonferenz bekundete den Demonstranten ihre Unterstützung.Diese Solidaritätsadresse wurde am Sammelpunkt einer der Kolonnen auf dem Marsch auf die Bastille verlesen.Der Zug der Kolonnen war von mehreren führenden Vertretern der katholischen Kirche angeführt worden.Unter den Demonstranten war auch die Europapolitikerin Simone Veil.

Lafontaine: „Koalition mit Grünen denkbar"

dpa, Hamburg

Der saarländische SPD-Landesvorsitzende Oskar Lafontaine hält die „erste echte rot-grüne Koalition" im Saarland für „denkbar". Sie hänge vom Ergebnis der Landtagswahlen im kommenden März ab „und auch von den Grünen, ob sie bereit wären, mit der SPD zusammenzuarbeiten". In einem „Spiegel"-Interview sagte das SPD-Vorstandsmitglied, „man sollte die Grünen unbefangen als eine neue Partei" und die „Koalitionsfrage völlig unverkrampft sehen".

Nach Einschätzung Lafontaines war es ein Fehler, daß die SPD lange Zeit versucht habe, „die Grünen zu tabuisieren oder ihnen die Tür zuzuhalten". *Unter Anspielung auf die* Entwicklung in Hessen, wo Ministerpräsident Börner zunächst eine Zusammenarbeit mit den Grünen kategorisch ausgeschlossen hatte, meinte er,es habe sich gezeigt, daß die „Lebensweisheit, ‚man soll nie nie sagen' sich auch in der Politik bewährt". Lafontaine empfahl seiner Partei, sich „völlig unbefangen und fair" mit den Grünen auseinanderzusetzen. Im Gegensatz zu Bundesgeschäftsführer Glotz hält er die Grünen nicht für ein vorübergehendes Phänomen.

Die Chance, daß es 1985 in Berlin *und im Saarland einen Machtwechsel* gibt und die CDU / FDP-Koalitionen abgelöst werden, ist nach Ansicht des Geschäftsführers des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (Infas), Klaus Liepelt, relativ groß. Er rechnet damit, daß die Grünen in der künftigen Parteienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht eine Rolle spielen werden.

Beirut: Neuer Sicherheitsplan und Armeereform

dpa, Beirut

Die libanesische Regierung hat unter Vermittlung des syrischen Vizepräsidenten Khaddam eine Armeereform und einen Sicherheitsplan für Groß-Beirut beschlossen.

Die Einzelheiten des Sicherheitsplans soll der neugeschaffene Militärrat aus drei christlichen und drei moslemischen Offizieren ausarbeiten. Es ist vorgesehen, Beirut durch die Aufhebung der Grünen Linie wieder zu vereinigen, die schweren Waffen der Milizen einzusammeln sowie Hafen und Flughafen Beiruts wieder zu öffnen. Mit der Durchführung ist die Armee beauftragt. Die Christenmiliz „Forces Libanaises" hat bereits angekündigt, *daß sie sich der* Aufhebung der Demarkationslinien und einer Wiedervereinigung der Armee widersetzen werde.

Zum neuen Armee-Oberbefehlshaber wurde Brigadegeneral Michel Aoun (49) ernannt. Der Maronit ist künftig auch Vorsitzender des Militärrats, der die Moslems stärker als bisher an der Armeeführung beteiligen soll. Dem Rat gehören ferner ein Druse, ein Griechisch-Orthodoxer, ein Schiit und ein griechischer Katholik an. Der einem Sunniten zustehende Posten des Generalsekretärs *bleibt wegen Differenzen zunächst* unbesetzt. Leiter der ebenfalls neugeschaffenen Generaldirektion für Staatssicherheit wird der schiitische Gendamerie-Oberst Nassir.

Am Samstag nachmittag wurde in West-Beirut der 55jährige österreichische Diplomat Gerhard Loitzenbauer ermordet. Gründe für die Tat sind bisher nicht bekannt.

Kairo ernennt Botschafter für Moskau

Weiterer Schritt auf dem Weg zur vollständigen Aussöhnung mit der UdSSR?

DW. Kairo

Die ägyptische Regierung hat am Wochenende einen Botschafter in der *Sowjetunion ernannt und damit* einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vollständigen Aussöhnung zwischen Kairo und Moskau getan. Aus dem ägyptischen Außenministerium wurde signalisiert, daß Salah Bassiuni, bisher Leiter der politischen Forschungsabteilung des Ministeriums, dazu bestimmt worden sei, den seit 1978 vakanten Moskauer Posten wieder zu besetzen. Allerdings war am Wochenende nicht bekannt, wann Bassiuni nach Moskau gehen wird und ob auch im Austausch ein sowjetischer Botschafter in Kürze nach Kairo kommen wird.

Diesen Mitteilungen waren schon über einen längeren Zeitraum hinweg Andeutungen und Signale von seiten des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak und anderer Regierungsmitglieder vorausgegangen. Anfang des vergangenen Jahres hatte der damalige Außenminister Kamal Hassan Ali – jetzt amtierender Ministerpräsident – erklärt, die Beziehungen zwischen Kairo und Moskau würden demnächst von der Ebene der Geschäftsträger auf Botschafterebene hinaufgestuft. Mubarak hatte später hinzugefügt, es gebe keine Probleme, die normalen Beziehungen „zur sowjetischen Supermacht" entgegenstünden. Die engen Beziehungen, die Ägypten zu den Vereinigten Staaten pflegten, schlössen normale Beziehungen zu Moskau nicht aus.

Die Beziehungen zwischen Ägypten *und der Sowjetunion hatten* 1972 ihren Tiefpunkt erreicht, als der damalige Kairoer Präsident Anwar el-Sadat 17 000 sowjetische Militärangehörige aus Ägypten auswies – aus Verärgerung über die Weigerung Moskaus, alle ägyptischen Waffenlieferungs-Wünsche zu erfüllen. 1978 berief Sadat im Zusammenhang mit den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen seinen Botschafter aus Moskau ab. Den sowjetischen Botschafter Poljakow hatte Präsident Sadat im September 1981 des Landes verwiesen, nachdem er ihn zuvor beschuldigt hatte, zu einem „Streit zwischen Moslems und Christen gehetzt" zu haben.

Im vergangenen April traf Poljakow allerdings erneut zu Gesprächen mit hohen Beamten des Außenministeriums in Kairo zusammen. Nach Angaben ägyptischer Diplomaten stand der Besuch schon vor dem Hintergrund eines „beiderseitigen Wunsches zur Entwicklung und Verbesserung der Beziehungen".

Kotau vor der Wahrheit der Geschichte

FRED de LA TROBE, Tokio

Prinz Takahito Mikasa, der jüngere Bruder des japanischen Kaisers, hat in einer gerade erschienenen Autobiographie ein besonders heißes Eisen angefaßt. Das Buch, das den Titel „Geschichte des orientalischen Altertums und ich" trägt, ist in Japan Tagesgespräch und steht auf Platz eins der Bestsellerliste.

Die brisantesten Kapitel der Prinzen-Memoiren rühren an das heikle Thema der noch unvollkommenen Vergangenheitsbewältigung. Bei vielen japanischen Autoren ist es in Mode gekommen, die während des Zweiten Weltkriegs in Süd- und Ostasien begangenen Greueltaten der kaiserlichen Armee Japans herunterzuspielen oder als bösartigen Schwindel abzutun. Wiederholt wurde dabei auch die Zahl von 200 000 chinesischen Soldaten und Zivilisten, die bei dem „Massaker von Nanking" 1937 während der japanischen Besetzung umkamen, als maßlos übertrieben hingestellt und die Greueltaten in Nanking abgestritten.

Schon vor zwei Jahren hatte die Regierung in Tokio nach scharfen chinesischen Protesten Korrekturen in den japanischen Geschichtsbüchern versprechen müssen, in denen ultranationale Autoren von Japanern während des Krieges begangene Verbrechen unterschlagen oder beschönigt hatten. Prinz Mikasas schonungslose Abrechnung mit der Vergangenheit wiegt nun um so schwerer, da gerade diese Kreise den Einfluß des Tennos erhöht sehen wollen.

Der 68jährige Prinz schildert in seiner Autobiographie, was ihm japanische Augenzeugen 1943, als er Stabsoffizier im Hauptquartier der japanischen Armee in Nanking war, über das Massaker sechs Jahre vorher berichteten: Chinesen wurden enthauptet, in siedendes Öl geworfen, als Ziel für Bajonettangriffe verwendet oder lebendig begraben.

Nach dem Kriege studierte Prinz Mikasa an der Universität Tokio japanische Geschichte und Hebräisch. Wie sein kaiserlicher Bruder wurde er wissenschaftlich sehr aktiv und galt bald als Kapazität auf dem Gebiet des ostasiatischen Altertums.

Auch der Kaiser hat seinen Teil zur Vergangenheitsbewältigung beigetragen: Als vor sechs Jahren Chinas wichtigster Politiker, Deng Xiaoping, Tokio besuchte, drückte der Tenno in seiner Begrüßungsrede Bedauern über die Untaten während des Krieges aus: „In der langen Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern gab es eine Periode unglückseliger Vorfälle ..."


DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Luft-Schutz-Internationale

Von Eberhard Nitschke

Dem Mitteilungsdrang der Politiker hat Bundesinnenminister Zimmermann widerstanden, als er begann, die Münchener Multinationale Umweltkonferenz vorzubereiten. Im „3. Immissionsschutzbericht der Bundesregierung" vom März dieses Jahres sind einige karge Bemerkungen dazu: Von „höchster politischer Aufmerksamkeit" dem Problem Luftverschmutzung gegenüber ist da die Rede, ein kurzer Sachthemen-Vorschlag wird gegeben.

Als in Bonn Zweifel laut wurden, ob sich der Ostblock angesichts der anhebenden Spannungen um die Olympischen Spiele in Los Angeles überhaupt beteiligen würde, hielt sich Zimmermanns Ministerium bedeckt. Ein Beispiel: Bei einem Hauskonzert in seiner Residenz erwähnte der tschechoslowakische Botschafter in Bonn, Dušan Spáčil, am Rande die Anwesenheit einer tschechischen Delegation in Sachen Umweltfragen in Bonn. Im herkömmlichen Verkündungs-Stil hätte man von deutscher Seite daraus sicher eine Erfolgsmeldung gemacht. Weil die unterblieb, weil man sich in aller Diskretion zwischen Prag und Bonn auf identische Meßinstrumente zu beiden Seiten der Grenze zur Feststellung der Luftverschmutzung einigte, war der Besuch aus Prag ein Erfolg.

Aus vielen kleinen Kontakten dieser Art, ähnlich der vom niedersächsischen Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, gegenüber dem Ostberliner Umweltminister Hans Reichelt ausgesprochenen Einladung, das umstrittene Kohlekraftwerk Buschaus bei Helmstedt zu besichtigen, wuchs das Vertrauen, daß „München Juni 1984" etwas bewirken könne. Der Ostblock sagte zu und mit ihm die Tschechoslowakei, einer der schlimmsten Luftverschmutzer.

Während man sonst bei repräsentativen Treffen gern ein paar harmlose Abkommen bereit hält, die jedermann ohne Magendrücken unterzeichnen kann, gibt es solche Papiere für München nicht. Wichtig allein ist: Wer eingeladen wurde und auf wen man Wert legt, ist gekommen. Kein Grund zum Jubel, aber Grundlage zur Hoffnung.

Voreilig

Von Thomas Kielinger

Der Pakt, den Chinesen und Amerikaner am 30. April in der Großen Halle des Volkes in Peking unterzeichneten, droht zu brechen: Präsident Reagan wird die Abmachung über den Verkauf amerikanischer Atomreaktortechnologie an China nicht mehr vor der Wahl vorlegen. Er weiß nämlich, daß sich im Kongreß Abwehr aufzubauen beginnt, die zu überwinden ihm derzeit kaum gelingen würde.

Denn die Gesetzgeber sind mißtrauisch geworden, ob denn Peking sich auch an das abgegebene Non-Proliferationsversprechen halten werde. Der US-Geheimdienst glaubt zu wissen, daß die Chinesen den Pakistanis bei der Entwicklung nuklearer Waffentechnologie geholfen haben. Das macht China, wo es schon nicht den Nichtverbreitungsvertrag von 1968 unterzeichnet hat, suspekt.

Hier steht mehr auf dem Spiel als nur die Verzögerung eines Abkommens, das Reagan und Premierminister Zhao Ziyang bereits paraphiert haben. Hier ist chinesisches Prestige und amerikanische Glaubwürdigkeit involviert.

Die US-Administration, besorgt um die Zustimmung im Kongreß, wünscht – wenn möglich - schriftliche Zusicherungen Pekings. Ein in den Augen Chinas unmögliches Ansinnen. Bis zum 30. April hatte dem Weißen Haus ausgereicht, was Premier Zhao in einem Trinkspruch in Washington am 10. Januar gesagt hatte: daß China sich an die Prinzipien der Nichtverbreitung halten werde. Reagan, begierig nach einer Krönung seines China-Besuches greifend, gab sich damit zufrieden. Nun soll nicht mehr gelten, was der Präsident durch seine Unterschrift sanktioniert hatte. Stellt sich die Frage, warum der Deal so publicitywirksam inszeniert wurde, wenn die Absprache mit dem Kongreß noch nicht dicht war? Von der „Pakistan connection" hat man im Weißen Haus schon vor der China-Reise Reagans gewußt.

Zum Glück laufen die Dinge auf der Schiene des Waffentransfers etwas besser, siehe den kürzlich endgültig abgeschlossenen Verkauf von Artillerie, Luftabwehrraketen, Antipanzerwaffen, etc. Doch die Atomreaktorfrage, das 20-Milliarden-Dollar Superding, bleibt in prekärer Schwebe – eine China-Karte wie ein Joker: unberechenbar.

Betäubendes Schweigen

Von Monika Germani

Das State Department, vertreten durch seinen Vizestaatssekretär für Afrika, Frank Wisner, der das südliche Afrika oft bereist hat und die Probleme in dieser Region aus eigenem Augenschein kennen müßte, sagte kürzlich über Zimbabwe, es habe die Lancaster-Haus-Verfassung bis „zum letzten Buchstaben getreu" erfüllt. Ein erstaunlicher Ausspruch, der zu denken gibt. Denn in eben diesem Zimbabwe wird derzeit das Minderheitsvolk der Matabele in einem Genozid ohnegleichen zum Schweigen gebracht, um jedwede Opposition gegen die Einführung des Einparteiensystems zu unterdrücken.

Die Ereignisse in Zimbabwe sollten eigentlich die Augen öffnen: zum Beispiel, daß Mugabes Jugendbrigaden in den Städten Gweru, Katoma und Kwe Kwe die Frauen zwingen, bei Stürmung und Brandstiftung der Zapu-Parteibüros des Matabeleführers Joshua Nkomo mitzuwirken. Abgesehen von den Morden in Matabeleland - jetzt geht die Regierung in Harare daran, die politische Opposition auszulöschen. Das spüren auch die Anhänger der Partei des verhafteten Bischofs Abel Muzorewa, die mit drei Sitzen im Parlament wirklich keine Gefahr für eine Demokratie „à la Mugabe" bildet. Das Schweigen gewisser liberaler Kreise in der ganzen Welt, die sonst über die kleinste „Verletzung der Menschenrechte" lautstark zetern, ist ohrenbetäubend.

Sie schwiegen allerdings auch im Jahre 1978, als Nkomos Zipra-Guerrillas eine Verkehrsmaschine der „Air Rhodesia" über Kariba abschossen und die Überlebenden, hauptsächlich Frauen und Kinder, umbrachten. Auch damals war das Schweigen ohrenbetäubend. Die gleichen Guerrillas werden heute von der Armee und der inzwischen von Großbritannien – ausgebildeten berüchtigten 5. Brigade gejagt, umgebracht oder in Internierungslager gesteckt. Von ihrem Schicksal nimmt niemand Notiz. Mugabe wird sich wohl wieder lautstark über „die ungerechtfertigte Berichterstattung gewisser konservativer Medien" beschweren. Natürlich hat er gute Gründe, die Medienfreiheit in Zimbabwe zu unterdrücken. Denn über die wirklichen Ereignisse in Matabeleland möchte auch er am liebsten ein ohrenbetäubendes Schweigen bewahren.



„Nur Bangemann!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die britische Kluft

Von Fritz Wirth

Die Szenen sind böse und unbritisch. Da läuft seit hundert Tagen die nackte Gewalt streikgelähmter Bergarbeitermuskeln gegen Polizeischilde an. Da stemmt sich der gute brave „Bobby", den sich die Briten immer noch am liebsten als den unbewaffneten Wächter einer zivilisierten Gesellschaft vorstellen, in paramilitärischem Gewand dem Zorn und der Brutalität der Truppen des Bergarbeiterchefs Arthur Scargills entgegen. Da wird die Szene zum Schlachtfeld, wie in Orgreave in Nordengland, und da wird aus dem Buckinghampalast bekannt, daß die Königin schockiert sei über diese Szenen, kurz bevor sich das britische Establishment in der heilen Scheinwelt und der scheinheiligen Krisen-Unversehrtheit der Rennwoche von Ascot versammelte.

Die 400 Kilometer zwischen Ascot und Orgreave sind die Entfernung der tiefen Sozialkluft, die diese Nation zerschneidet. Die letzte Europawahl und die Unterhauswahl vor einem Jahr haben eindringlich die Gefahr einer politischen und sozialen Polarisierung Großbritanniens zwischen Nord und Süd belegt. Hier bilden sich zwei Welten und zwei Nationen.

Es ist wichtig, diesen Kontrast auszuleuchten, um den Ursprung, vor allem aber um die Gefahren und möglichen Folgen des gegenwärtigen britischen Bergarbeiterstreiks zu begreifen, der nun seit vielen 15Wochen währt. Daß er so lange dauert ohne Wirkung zu zeigen, hat einen guten Grund: Er ist vornehmlich ein Ereignis des britischen Nordens. Er hatte den Bürger des Südens, der nichts mehr schätzt, als seine Ruhe zu haben, bisher nicht berührt.

Inzwischen freilich hat der Streik neue Dimensionen erhalten. Er ist emotionalisiert und damit unberechenbar geworden. Der bisher unbeteiligte Bürger beginnt verärgerte und verängstigte Fragen zu stellen. Wie immer, wenn eine Konfrontation die Grenzwerte nervlicher Belastung erreicht, erinnert man sich an die Elastizität des bewährten britischen Pragmatismus. Der Ruf nach dem Kompromiß um des lieben Friedens willen wird wach. Es ist eine Forderung, die im Gegensatz steht zur Prinzipienpolitik der Margaret Thatcher. Der Bergarbeiterstreik hat für sie und ihre Politik einen entscheidenden Höhepunkt erreicht.

Vor zehn Jahren nahm Edward Heath nach zehnwöchiger Konfrontation die Herausforderung der Bergarbeiter an. Er setzte Wahlen an unter dem Motto: „Wer regiert dieses Land, die gewählten Volksvertreter oder die Gewerkschaftsfunktionäre?" Der nach Ruhe dürstende Bürger ließ ihn im Stich, wählte Labor und damit die Kapitulation vor der Gewerkschaftsmacht. Heute sind diese Parallelen zum Jahre 1974 unübersehbar. Margaret Thatcher brachte den Konflikt auf die Formel: „Was gilt hier nun – das Faustrecht oder die Gesetze des Landes?" Die Frage bedarf so wenig einer Antwort wie die Formel des Edward Heath vor zehn Jahren. Die große Frage nur ist: Wie sieht sie der nicht zum Kämpfen aufgelegte britische Bürger? Gewiß, es geht in diesem Streik nicht – wie vor zehn Jahren – um das Überleben der Regierung, doch es geht mit Sicherheit um das Überleben der Prinzipien-Politik Margaret Thatchers. Sie ist immer mehr in den Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung geraten. Dies ist für sie nach dem Falklandkrieg der bisher schwerste und gefährlichste Härtetest.

Frau Thatcher hat in den letzten fünf Jahren den durch Konfrontationen, Kompromisse, Kapitulationen und Regierungs-Interventionen gekennzeichneten britischen Streik-Dschungel mit einer mutigen neuen Strategie durchforstet. Die Lösung on Streikkonflikten ist danach nicht Sache der Regierung sondern der Tarifpartner. Aufgabe der Regierung ist es lediglich, das richtige Umfeld zur Lösung dieser Konflikte zu schaffen und den Tarifpartnern die richtigen Werkzeuge zur Beilegung von Streiks in die Hände zu geben. Sie schuf neue Gewerkschaftsgesetze, die die bisher wirksamste Gewerkschaftswaffe, den Einsatz „fliegender Streikposten" und deren Versuche, Arbeitswillige durch Gewalt einzuschüchtern, lahmlegen sollten. Diese neue Strategie und diese neuen Gesetze feierten vor sieben Monaten ihren ersten glorreichen Triumph beim Druckerstreik.



Bilder eines Sommers: Arthur Scargill und die Ordnungshüter FOTO: AP

Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik aber ist mehr als ein Kampf um Arbeitsplätze und um stillgelegte Zechen, er ist ein direkter Kampf gegen diese neuen Gewerkschaftsgesetze und gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung. Margaret Thatcher befindet sich damit in einem Dilemma. Soll sie diese direkte Herausforderung annehmen oder soll sie diesen Konflikt als Zuschauer der Mechanik ihrer neuen Gesetze überlassen?

Sie hat sich bisher für den zweiten Weg entschieden. Diese Strategie wäre richtig, wenn bisher in irgendeiner Form die Mechanik ihrer neuen Gesetze in diesen Streik eingegriffen hätte, denn es gibt überhaupt keinen Zweifel: Die Szenen der Gewalt, die seit 15 Wochen diesen Streik kennzeichnen, sind eine eindeutige, gezielte und mutwillige Verletzung dieser Gesetze. Die betroffene Bergbaubehörde, aber hat sich bisher gescheut, vor Gericht zu gehen. Sie fürchtet eine Eskalation.

Der Druck auf Regierung und auf Arbeitgeber, diese Gesetze anzuwenden, wird von Tag zu Tag dringlicher. Damit würden neben der Regierung und der Polizei nun auch die Richter mit ins Feindbild der britischen Kumpel und ihrer Funktionäre gerückt. Den Briten steht ein heißer Sommer ins Haus, bevor sie dann wieder Zuflucht suchen zum beliebtesten und zugleich unbefriedigsten britischen Krisenheiler – dem Kompromiß.

IM GESPRÄCH Franz H. Krey

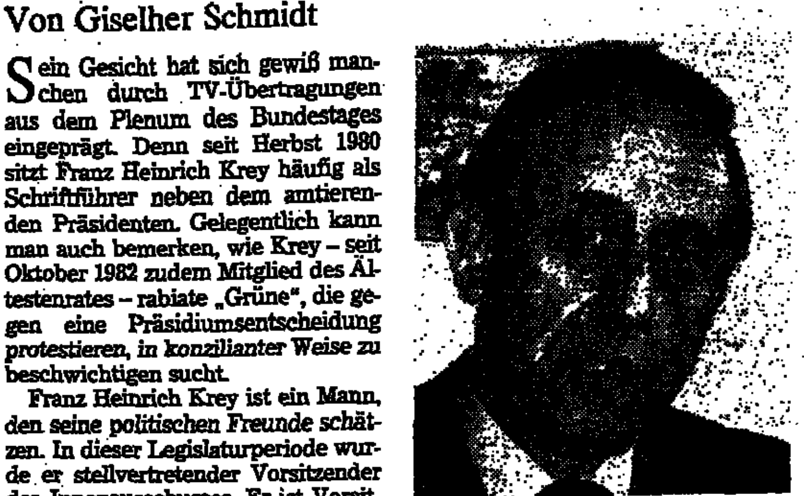
... kennt mich vom Karneval

Von Giselher Schmidt

Sein Gesicht hat sich gewiß manchen durch TV-Übertragungen aus dem Plenum des Bundestages eingeprägt. Denn seit Herbst 1980 sitzt Franz Heinrich Krey häufig als Schriftführer neben dem amtierenden Präsidenten. Gelegentlich kann man auch bemerken, wie Krey – seit Oktober 1982 zudem Mitglied des Ältestenrates – rabiate „Grüne", die gegen eine Präsidiumsentscheidung protestieren, in konziliianter Weise zu beschwichtigen sucht.

Franz Heinrich Krey ist ein Mann, den seine politischen Freunde schätzen. In dieser Legislaturperiode wurde er stellvertretender Vorsitzender des Innenausschusses. Er ist Vorsitzender des Trägervereins der CDU-Bildungsinstitution „Robert-Tillmanns-Haus" in Berlin (Vorgänger: Gerhard Stoltenberg und Egon Klepsch) und – vor allem – Schatzmeister des rheinischen (und damit größten) CDU-Landesverbandes. Außerdem gilt Krey seit Jahren als unangefochtener Boß der CDU im rheinisch-bergischen Kreis. Dort ist er fest verwurzelt: Bereits im 16. Jahrhundert gab es einen Henricus Krey, der das Amt des Schöffen von Bensberg (heute: Bergisch Gladbach) vom Vater übernommen hatte. Auch mütterlicherseits hat der 1930 in Bergisch Gladbach geborene frühere Lokaljournalist und jetzige Parlamentarier Krey nichts anderes als bergisches Blut in den Adern.

Deswegen verwundert es nicht, daß er nahezu jede sitzungsfreie Minute dem bergischen Vereinsleben widmet. Vor allem ist er seit einem



Auf dem Platz neben dem Präsidenten: Franz Heinrich Krey, CDU-MdB FOTO: DIE WELT

Vierteljahrhundert Präsident der Großen Gladbacher Karnevalsgesellschaft. Man tritt ihm gewiß nicht zu nahe, wenn man bemerkt, daß er seine Karriere zu einem Gutteil Fastelovend verdankt. Denn die listige Frage „Ihr kennt mich doch vom Karneval?" tat gewiß ihre Wirkung, als der „bergische Jong" Franz Heinrich Krey – bei der Bewerbung um die CDU-Kandidatur im früheren Wahlkreis von Paul Lücke – sich in den Ortsverbänden vorstellte. Krey machte 1976 das Rennen – gegen manche respektablen Mitbewerber. Bei Bundestagswahlen entfielen auf den Kandidaten Krey stets weitaus mehr Stimmen als auf die CDU-Landesliste. Zuletzt erreichte er sogar 55,9 Prozent der Erststimmen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Das in Ulm herausgegebene Blatt schreibt zum Landessozialgericht Hessen:

Die IG Metall sieht sich jetzt in ihrer ursprünglichen Auffassung bestätigt, daß den Arbeitnehmern Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zusteht, die wegen Produktionsstillegungen ohne Beschäftigung sind. Der Gewerkschaft bleibt damit erspart, für ihre mittelbar von Streik und Aussperrung betroffenen Mitglieder außerhalb der vom Arbeitskampf betroffenen Tarifgebiete aus der eigenen Kasse Unterstützung zahlen zu müssen. An der Darmstädter Entscheidung wird im jetzigen Konflikt nicht mehr zu rütteln sein, zumal da die Bundesanstalt für Arbeit sich offenbar dem Richterspruch beugen und die Arbeitsämter anweisen will, jetzt doch Kurzarbeitergeld zu zahlen. Die IG Metall sollte dennoch klug genug sein, aus dem sozialgerichtlichen Rückschlag für die Bundesanstalt für Arbeit kein tarifpolitisches Kapital in der Auseinandersetzung mit den Metallarbeitgebern schlagen zu wollen. Denn die „Minimax"-Theorie, mit der der Streik begonnen wurde, ist nur sehr bedingt gerechtfertigt. Außerdem gilt für beide Seiten, daß nach dem Ende des Arbeitskampfes wieder eine gedeihliche Zusammenarbeit möglich sein muß.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es über das vorverlegte Rücktrittsdatum Genschers:

Bangemann, geh' du voran! Nun klatscht die Basis Beifall: Genscher habe endlich den Weg freigemacht zu jener Runderneuerung der Liberalen, ohne die die FDP ihrer eigenen Einschätzung nach verloren wäre. Wenn sich da die Herren Möllemann, Morlok, Rasch und Co. nur nicht täuschen! In den Ländern liegt der Kurswert der FDP bei Null. Nur im Bund wird sie dank der unermüdlichen Arbeit ihrer Galionsfiguren Genscher und Lambsdorff noch notiert. Ob nach der Demontage Lambsdorffs und der Zermürbung Genschers ausgerechnet der Verlierer der Europawahl, Bangemann, der geeignete Führer sein wird, um ein landesweites liberales Wunder zu bewirken, ist doch sehr zu bezweifeln. Zumal bislang nicht sichtbar ist, wie die Basis den Wählern die Unersetzlichkeit der FDP plausibel machen will.

WZ Westdeutsche Zeitung

Das Düsseldorfer Blatt merkt zu Genscher an:

Wenigstens in der Art, wie er seine Selbstdemontage betreibt, ist der FDP-Chef konsequent geblieben. Mehr Positives ist dazu aber kaum noch zu sagen. Genscher hätte wissen müssen, daß er nicht zwei Jahre lang als Vorsitzender auf Abruf amtieren kann. Und selbst seine jetzige Ankündigung, das Amt „schon" im Februar zur Verfügung zu stellen, bringt weder ihm noch der Partei Vorteile. Im Gegenteil. Es werden sich die Stimmen mehren, die ihm raten, doch sofort zurückzutreten und auf einem schnell einberufenen Sonderparteitag den Nachfolger aufs Schild zu heben, der ohnehin schon ausgeguckt scheint: Martin Bangemann.

MAIN ECHO

Die in Aschaffenburg herausgegebene Zeitung bewertet Bangemanns Aussichten:

Was Genscher jetzt tut, ist Nachlaßregelung. Sollte Bangemann im kommenden Jahr Parteichef werden, verdankt er das Genschers Weichenstellung. Wer hätte vor ein, zwei Wochen an Bangemann gedacht? Aber an wen sonst? Leute, die nunmehr den Namen Baum ins Spiel bringen, wollen entweder der FDP schaden oder haben nichts begriffen. Im Verständnis der liberalen Erneuerungsbewegung ist Baum ein Mann von gestern, genauso wie Genscher und Mischnick. Anders Bangemann. Wohl hat auch er sich schon in der Parteigeschichte getummelt, doch das ist vergessen. Inzwischen hat er die Gelegenheit genutzt, im entfernten Europa unterzutauchen und seinen zweiten Karriereweg einzufädeln. Das Kraftpaket aus Baden-Württemberg erscheint heute als erste Wahl, nachdem Graf Lambsdorff ausfällt.

Ihr Pragmatismus hat sie durch alle Fährnisse geleitet

Aber der Westen darf die Ungarn nicht überfordern / Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn es im kommunistischen Teil Europas ein Land gibt, mit dem die Bundesrepublik keine Probleme hat, so ist es Ungarn, dem Bundeskanzler Kohl gerade einen offiziellen Besuch abgestattet hat. Was Bonn und Budapest voneinander trennt, ist die Zugehörigkeit zu entgegengesetzten Bündnissystemen und, natürlich, die Gesellschaftsordnung.

Blickt man auf Deutsche und Ungarn aus einer historischen Perspektive, dann entdeckt man große Gemeinsamkeiten. Ungarn und Deutsche sind über viele Wechselfälle in der Geschichte hinweg Europäer, ja, mehr noch, Mitteleuropäer geblieben. Beide bewohnen jenen Teil des alten Kontinents, der das Herzstück Europas ausmacht. So sehr sich die politische Landkarte Europas in den letzten Jahrzehnten verändert hat: Dieser Faktor ist konstant geblieben und bestimmt unsere beiderseitigen Interessen, aber auch die Empfindungen, die in diesem Zusammenhang nicht ganz unwichtig sind. Budapest erscheint so den Zehntausenden von Besuchern aus der Bundesrepublik (und übrigens auch aus der „DDR") als eine mitteleuropäische Metropole, die sich etwas vom Glanz des alten Europa bewahrt hat.

Die Bundesrepublik ist der wichtigste westliche Handelspartner Ungarns, und seit der Überwindung einiger Schwierigkeiten gibt es auch ein Kulturabkommen zwischen beiden Ländern. Der Fremdenverkehr hat erhebliche Ausmaße erreicht: 700 000 Deutsche aus der Bundesrepublik waren im vergangenen Jahr in Ungarn, etwa 100 000 Ungarn reisten in den deutschen Westen.

Vor allem haben die Beziehungen sich auch nach dem Bonner Regierungswechsel als stabil erwiesen. Die ungarischen Kommunisten und ihr Parteichef Kadar mögen vielleicht in ihrem inneren Herzen mehr Sympathien für die SPD als für die Unionsparteien empfinden – sie wären aber keine Ungarn, wenn sie nicht mit Pragmatismus an die manchmal verwirrende deutsche innenpolitische Szene herangingen. Zu einer Zeit etwa, als manche anderen kommunistischen Partei- und Staatsführer Osteuropas die Unionsparteien mit Geringschätzung behandeln zu können glaubten, war man in Budapest bereits vorausschauend genug, abseits von aller Ideologie Kontakte zu einigen führenden CDU- und CSU-Politikern zu pflegen – sogar zu Franz Josef Strauß.

Diese ungarische Flexibilität zeigte sich übrigens nicht nur gegenüber Bonn. So wurde die „Eiserne Lady", Margaret Thatcher, neulich in der ungarischen Hauptstadt auf das Freundlichste empfangen. Und was die USA unter Reagan betrifft, stehen die Ungarn zwar in den weltpolitischen Grundfragen auf der sowjetischen Linie. In den bilateralen Beziehungen zu Amerika aber halten sie ein gutes Betriebsklima aufrecht.

Der hier offenbare Realitätssinn der kommunistischen Politiker hat die Volksrepublik aus schweren Erschütterungen und Katastrophen herausgeführt. Ende 1956, nach der Niederschlagung des Aufstandes durch ein Massenaufgebot von sowjetischen Panzern, glaubte kaum jemand, der das zum zweiten Mal seit 1945 brennende und verwüstete Budapest sah, daß sich dieses Land in absehbarer Zeit erholen werde.

Heute muß man sagen, daß die Ungarn auch mit dieser furchtbaren Erfahrung fertig geworden sind, wobei der kommunistische Parteichef Kadar eine ganz ungewöhnliche Rolle gespielt hat. Der Mann, der einst als Exponent der sowjetischen Militärpräsenz galt, gilt heute wegen seines persönlich bescheidenen Auftretens, seiner Abneigung gegen jeden Pomp und Kult, den meisten Ungarn als eine Art „Vater des Vaterlandes".

Der österreichische Ex-Kanzler Bruno Kreisky, ein Kenner der Verhältnisse im östlichen Europa meinte einmal, Kadar sei der wohl einzige kommunistische Parteiführer, der auch bei einer freien Wahl im westlichen Sinne eine Mehrheit der Stimmen erhalten könnte.

Der Westen und die Bundesrepublik können die ungarische Entwicklung, vor allem die Wirtschaftsreform, nur mit Sympathie verfolgen. Dabei ist man sich in Bonn und anderswo im westlichen Europa darüber im klaren, daß man die Ungarn nicht überfordern darf. Weder erwarten wir, daß sich das kommunistische System in eine liberale Demokratie verwandelt, noch kann es in unserem Interesse sein, die Ungarn in einen politischen Gegensatz zu ihren Bündnispartnern und zur Führungsmacht Sowjetunion zu bringen. Wenn der ungarische Pragmatismus, der Sachverstand und Realitätssinn darüber hinaus auch in Moskau aufmerksame Zuhörer finden sollte – um so besser für uns alle.

Ungarn zeigt sich Kohl europäisch

Zum Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Ungarn gehörte auch viel Geschichte. Sie reichte vom Sieg der Ungarn über die Türken bis zu den Ungarndeutschen. Geschichte allerdings, die Wegweiser für Gegenwart und Zukunft ist.

Von CARL G. STRÖHM

Mein Gott, die haben etwas, was wir nicht haben: eine intakte, geschichtlich gewachsene Hauptstadt!" Dieser Stoßseufzer entrang sich einem der deutschen Gäste, die das Treffen zwischen Parteichef Janos Kadar und Bundeskanzler Helmut Kohl am vergangenen Freitag im Budapester Parlament beobachten konnten. Der imposante, im historischen und neugotischen Stil errichtete Bau steht zwar noch keine 100 Jahre – aber demonstriert auf seine Weise das Geschichtsbewußtsein auf den Nationalstolz der Ungarn. Beide Eigenschaften haben alle Umstürze und Wechselfälle des Schicksals überstanden.

Kadar erwartete den deutschen Regierungschef in jenem Saal des Parlamentsgebäudes, welcher der Erinnerung an die Schlacht von Nandorfehervar (Belgrad) im 15. Jahrhundert gewidmet ist. Die Wandgemälde, unter denen Kadar und Kohl konferierten, waren von tiefer Symbolik: Da stand der triumphierende Feldherr Hunyadi über den besiegten Türken, da läuteten Engel die Kirchenglokken. Da sah man an den Seiten die großen gotischen Kathedralen des Abendlandes – von Mailand bis Reims, von Westminster bis zur Wiener Stephanskirche – und zum Dom von Köln.

Die Schlacht von Belgrad war der letzte große Sieg der Ungarn über die Türken, bevor das Land dem Ansturm aus dem Osten erlag. Diese Schlacht begründete aber eine Tradition, die im christlichen Europa bis heute beibehalten wurde: Das Läuten der Kirchenglocken um die Mittagszeit geht auf den Sieg über die Türken zurück, die damals als die größte tödliche Bedrohung für den Westen galten. So ist auch die Inschrift zu verstehen, unter welcher der ungarische KP-Sekretär und der deutsche Kanzler ihre Gespräche führten: „hungaria propugnaculum christianitatis" – Ungarn ist das vorgeschobene Bollwerk der Christenheit.

Das Wandgemälde im Budapester Parlament ist also ein Zeugnis für den Anspruch der Ungarn, zu Europa – und zwar zu Mitteleuropa – zu gehören und den alten Kontinent verteidigt zu haben. Es ist bezeichnend für die Selbsteinschätzung auch der kommunistischen Führung Ungarns, daß sie Kohl – und vor ihm bereits andere ausländische Gäste – vor einem solchen Hintergrund empfangen hat.

Seltsame Umkehrung der Perspektiven: Die Deutschen aus Bonn wirkten vor der geschichtsträchtigen Kulisse in Budapest fast wie Amerikaner, wie Gäste aus der Neuen Welt, in der Technik und unverwüstlicher Optimismus, unbelastet von Erinnerungen, den Ton angeben. Kohl strahlte in jenem Augenblick durch nichts zu beeinträchtigende Zuversicht und Zufriedenheit aus. Auf dem Gesicht des 72jährigen Kadar meinte man die Erfahrungen – oft auch solche bitterer Art – vieler Jahrzehnte ungarischer Geschichte zu sehen, die er entscheidend mitgestaltet und miterlebt hat.

Daß Ungarn und Deutsche durch Jahrhunderte eng miteinander verbunden waren, war dem deutschen Kanzler bewußt. Er sprach mehrmals davon. Während seiner Pressekonferenz meinte Kohl zur aktuellen politischen Situation, es gebe zwischen Ungarn und der Bundesrepublik in einer Reihe von Problemen unterschiedliche Auffassungen, aber in den „entscheidenden Fragen" herrsche völlige Übereinstimmung. Entscheidend aber ist auch für Budapest, daß der Kontakt zum Westen nicht abreißt und daß Ungarn – bei aller Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt und zur östlichen Wirtschaftsgemeinschaft RGW – seine Beziehungen weiter pflegen kann. Dies sollte auch durch den Empfang für Kohl demonstriert werden, dem in diesem Frühjahr ein Besuch der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi vorausgegangen war. Die Ungarn haben also innerhalb weniger Monate die Regierungschefs der drei wichtigsten „Aufstellungsländer" (für US-Mittelstrekkenraketen im Rahmen der NATO-Nachrüstung) empfangen.

Auch die Budapester Beziehungen zu den USA laufen, abgesehen vom verbalen Geplänkel in den Zeitungen, weiter. In der ungarischen Hauptstadt sieht man heute mehr Amerikaner als je zuvor in den letzten Jahren, darunter auch viele ehemalige Flüchtlinge, die das Land nach dem Aufstand 1956 verlassen mußten und jetzt als Besucher wiederkehren.

Wenn es aber über das übliche Maß eines offiziellen Besuchs hinaus in Ungarn jemanden gibt, der über Kohls Anwesenheit hoch befriedigt war, dann sind es die Ungarn-Deutschen. Diese Volksgruppen, die noch bis vor kurzem unter den psychologischen und politisch-ökonomischen Nachwirkungen des Jahres 1945 zu leiden hatte, ist nicht nur von ungarischer Seite voll rehabilitiert worden. Sie wurde jetzt zum ersten Mal von einem deutschen Regierungschef in ihrer Bedeutung für die ungarisch-deutschen Beziehungen erkannt und anerkannt.

Daß Kohl die Ungarn-Deutschen in seiner Rede und in der Pressekonferenz nicht nur erwähnte, sondern daß er auch mit führenden Vertretern des „Demokratischen Verbandes der Ungarn-Deutschen" zu einem Gespräch zusammentraf, hat alle Erwartungen der Donauschwaben übertroffen, die sich bisher von der Bundesrepublik vergessen fühlten. Jetzt ist diesen fast eine Viertel Million zählenden Deutschen in Ungarn nicht nur von Kohl, sondern auch von Kadar und der ungarischen Führung bestätigt worden, daß sie eine wichtige Mittlerrolle zu spielen haben.

Gewiß – die politisch-ideologischen Tatsachen blieben auch während dieses freundlichen deutsch-ungarischen Frühsommers bestehen. Zwei der mit Kohl angereisten Bonner Journalisten erhielten von den Ungarn keine Akkreditierung und durften folglich an den offiziellen Treffen nicht teilnehmen: ein Korrespondent des amerikanischen Senders „Radio Freies Europa" – eine Station, die in den Sprachen Osteuropas Programme ausstrahlt – und ein Vertreter von „RIAS Berlin", dessen Zielgebiet die „DDR" ist. Auch hier aber gab es eine „ungarische Lösung": Die Journalisten durften sich in Budapest aufhalten und konnten ungehindert ihre Artikel schreiben.

An der Wolga ehrt Mitterrand alle Gefallenen

Der Gast kam nach Wolgograd, um die Toten der Schlacht von Stalingrad zu ehren. Für die Stadt an der Wolga ein fast tägliches Ereignis. Doch der französische Präsident überraschte seine Gastgeber. Er gedachte aller Gefallenen; auch der Deutschen und ihrer Verbündeten.

A. GRAF KAGENECK

François Mitterrand steht in der sengenden Sonne von Wolgograd und schaut auf 400 Sowjetbürger herab, die französische und sowjetische Papierfähnchen schwenken. Der heiße Wind aus der Kalmückensteppe spielt mit seinem schütteren Haupthaar und den Schleifen des Kranzes, den er soeben zu Füßen des Ehrenmals für die 500 000 russischen Toten der Schlacht von Stalingrad niedergelegt hat.

Der französische Präsident hat darauf bestanden, seine dreitägige Rußlandreise hier unten an der Wolga zu beenden, um, wie gespannt auch immer seine Gespräche mit der Moskauer Nomenklatura gewesen sein mögen, dem Sowjetvolk für seinen Anteil am Sieg über Hitler-Deutschland zu danken. Genauso wie er das einige Tage vorher Amerikanern und Engländern gegenüber an der Küste der Normandie getan hatte.

Mitterrand zieht ein Papier aus der Tasche, das, wie immer, von seiner nervösen Handschrift überzogen ist und beginnt eine Rede zu verlesen, die Satz für Satz von einer Dolmetscherin übersetzt wird. „Die Schlacht, die vor über vierzig Jahren hier geliefert wurde, hat über das Schicksal der Welt entschieden." Der Präsident schildert diese Schlacht. Für ihre Grausamkeit läßt er einen Zeugen sprechen: „Wenn nach all dem Feuer und Eisen des Tages der Abend gekommen ist, kriechen die Hunde aus den Trümmern hervor zur Wolga und stürzen sich in den Fluß, um verzweifelt das andere Ufer zu erreichen. Die Tiere entfliehen der Hölle, nur die Menschen bleiben."

In sichtlicher Bewegung ehrt der französische Präsident die russischen Soldaten, die in dieser Hölle aushielten, vergleicht sie mit den Kämpfern von Verdun und heftet nachher das Kreuz der Ehrenlegion an die Fahne der 13. russischen Gardedivision, die hier kämpfte.

Aber dann sagt er etwas, was die Überlebenden da vor ihm noch nie gehört haben. „Ich werde aber auch nicht die Soldaten vergessen, die damals auf der anderen Seite kämpften. Deutsche, Rumänen, Italiener und Ungarn. Sie haben gelitten und sind, fern von ihrer Heimat und ihrem Vaterland, auf dieser Erde gefallen. Absurde Opfer eines selbstmörderischen und irren Systems. Als Söhne nobler Völker haben sie alle ihren Platz oder werden ihn eines Tages haben in der Welt, die wir aufzubauen im Begriff sind. Die Wiederversöhnung von heute wird die Zerrissenheiten von gestern überwinden."

Da wächst dieser französische Sozialist, dieser ehemalige Kriegsgefangene in einem deutschen Lager, einmal mehr über sich selbst hinaus. Dasselbe hat er schon in der Normandie bei den Gedenkfeiern für die Invasion gesagt und auch in Moskau, wo er von den vier Millionen „tapferen und zuverlässigen deutschen Soldaten" sprach, die dann später, im Juni 1944, durch die sowjetische Großoffensive jenes Sommers im Osten gebunden wurden, damit die Amerikaner im Westen vorankamen.

Mitterrand liebt die Geschichte. Er lebt ganz in ihr und das ermöglicht ihm, die Klischees und Haßreflexe weit hinter sich zu lassen, die oft im Westen wie im Osten noch das Bild der Deutschen verdunkeln. Er predigt geradezu überall die Aussöhnung.

Er tut dies auch hier in Wolgograd, das einmal Stalingrad hieß, in der Stadt, die die Sowjetunion zum ewigen Symbol des Sieges über den Nationalsozialismus erkor und in der Heere von Touristen aus ganz Osteuropa vor Schlachtenpanoramas und imponierenden Heldengedenkstätten wie dem Mamijew-Hügel immer nur von der „Hitler-Bande" zu hören bekommen, die man damals hier vernichtet habe.

Mitterrand vollzieht das nicht mit. Er gibt den Deutschen von damals ihre Würde zurück und beteuert die Aussöhnung mit ihnen. Das haben die Menschen, die ihm zuhören, noch nie gehört und werden es lange nicht mehr zu hören bekommen. Werden sie es in ihren Herzen überlegen? Wie etwa Mitterrands Anspielung auf die Rumänen und Ungarn, damals Verbündete Nazi-Deutschlands, heute Zwangsverbündete der Sowjetunion, die der Franzose aber miteinbezieht in den Kreis der Völker, die eines Tages am Aufbau einer neuen und besseren Welt mithelfen sollen.

Das ist nicht nur ein Rückblick auf die Geschichte, das ist hochbrisanter politischer Sprengstoff, den der Präsident Frankreichs da am Wolga-Ufer zurückgelassen hat. Wenn Verdun im September zum Symbol der deutsch-französischen Wiederaussöhnung werden soll, warum sollte nicht Stalingrad eines Tages Symbol der Wiederaussöhnung zwischen West- und Osteuropa sein?

Marianne und Franz Josef Strauß waren seit dem 6. Mai 1957 verheiratet. FOTO: SVEN SIMON

Marianne Strauß – First Lady mit natürlicher Autorität

Marianne Strauß, die Gattin des *bayerischen* Ministerpräsidenten, ist tot. Die 54jährige starb in der Nacht zum Samstag an den Folgen eines Verkehrsunfalls.

Von PETER SCHMALZ

Die Straße steigt gemächlich an, führt in eine sanfte Linkskurve, gefahrlos und selbst für einen ungeübten Fahrer ohne Schwierigkeiten. Marianne Strauß war eine erfahrene Lenkerin, fuhr „sicher wie ein Mann", sagen ihre Freunde. Sie kannte die wenigen Kilometer von Rottach am Tegernsee vorbei an Kreuth bis hinauf zum herzoglichen Wohnsitz Wildbad Kreuth, wo die Hanns-Seidel-Stiftung ein Bildungszentrum unterhält und die Familie Strauß eine Wohnung gemietet hat.

Es wird wohl ein Rätsel bleiben, warum an dem kleinen Weiher Scharling der gelbe Mercedes schnurgeradeaus fuhr, erst mit den rechten Reifen übers Bankett polterte, einen niedrigen Weidezaun niederriß, dann fast hundert Meter über eine Wiese preschte, Sträucher und einen kleinen Baum fällte, schließlich noch über einen ungeteerten Viehtrieb flog, der unter der Straße durchführte, und auf der anderen Seite der Böschung an einem Baum zerschellte.

Das muß gegen 22.30 Uhr in der Nacht zum Samstag geschehen sein, während der Ehemann in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident im jugoslawischen Zagreb mit Politikern debattierte. Franz-Georg, der jüngere Sohn, begleitete ihn, sein 25jähriger Bruder Max Josef hütete das Münchner Haus und wähnte seine Mutter sicher in der Kreuther Wohnung. Es wird über neun Stunden dauern, ehe am Morgen ein Landwirt vorbeikommt, das gelbe, von mitgerissenen Zweigen halbverdeckte Wrack entdeckt und darin eingeklemmt das Unfallopfer sieht.

Die Frau muß herausgeschweißt werden, Polizeibeamte finden den Führerschein, unter der Listennummer 1168 vom Landratsamt Wasserburg ausgestellt, und lesen den Namen: Marianne Strauß. Genickbruch stellen Münchner Gerichtsmediziner später fest; die Frau des bayerischen Ministerpräsidenten war nicht angeschnallt.

Sohn Max wird in München alarmiert, der versucht den Vater in Jugoslawien zu erreichen. Gegen 12.30 Uhr mittags wird die Strauß-Kolonne 30 Kilometer vor Ljubljana auf eine Raststätte gewinkt, Strauß erfährt die Todesnachricht, bricht den Besuch sofort ab und fliegt mit einer Bundeswehrmaschine vorzeitig nach München zurück.

27 Jahre war das Ehepaar verheiratet. Die Ehe war für Franz Josef Strauß „die Kraftquelle in seinem turbulenten politischen Leben", sagt Bayerns Finanzminister Max Streibl, ein enger Vertrauter des Ministerpräsidenten. Wer den CSU-Vorsitzenden nur von politischen Auftritten her kennt, kann nicht ermessen, welchen Rang in seinem Leben die Zurückgezogenheit in Ehe und Familie ihm bedeutet. „Wenn der Tagesstreß mal besonders dick auf ihn niederprasselt, dann kann er in der Familie davon noch am besten abschalten", sagte einmal seine Frau. Und: „Ich versuche, eine ausgeglichene Atmosphäre zu schaffen. Manchmal ist er gereizt, manchmal brummig. Dann laß' ich ihn brummen."

Sie wußte um die persönlichen Belastungen, die sie sich mit einem Politiker als Ehemann einhandeln würde. Ihr Vater, der Brauereibesitzer Max Zwicknagl aus dem oberbayerischen Rott am Inn, war Gründungsmitglied der CSU. Und als die Diplom-Volkswirtin mit den Dolmetscherdiplomen für Englisch und Französisch mit 27 Jahren dem damals 41jährigen Bundesverteidigungsminister Franz Josef Straß das Ja-Wort geben wollte, forderte die Politik ihren Tribut: Am Polterabend ertrtanken 15 Bundeswehrsoldaten beim Versuch, die Hochwasser führende Iller zu durchqueren. Der Minister mußte noch in der Nacht zum Katastrophenort eilen.

Marianne Strauß, voller herzlicher, zupackender und ansteckender Fröhlichkeit, überließ ihrem Mann das öffentliche Parkett, nicht ganz ohne Wehmut verzichtete sie auf ihren Beruf und widmete sich voll der Familie. Sie wird einmal sagen: „Ich halte nichts davon, seinen Ehrgeiz auf Kosten der Hilflosen zu befriedigen, und hilflos sind die Kinder allemal." Und später, als ihr Mann bayerischer Ministerpräsident ist und sie sich nur widerwillig das Etikett „Landesmutter" anheften läßt, als sie aber die natürliche Autorität dieses verfassungsrechtlich nichtexistenten Amtes nutzt für humanitäre und soziale Impulse, da wird sie das Ziel ihrer neuen Aufgabe mit den Worten beschreiben: „Das gesunde Kind in einer normalen, gesunden Umwelt."

Über die eigenen drei Kinder meint sie mit spürbarem Mutterstolz, sie seien „wirklich gut geraten". Um anderen Kindern diese Chance auch zu geben, steigt sie sogar in die politische Arena. Auf einem familienpolitischen Kongreß der CSU formuliert sie ihre Leitsätze zur Familienplitik, deren zentraler lautet: „Wir müssen unseren Kindern klare Orientierungshilfen geben, dürfen sie nicht allein lassen mit ihren Fragen, Zweifeln, Ängsten und Unsicherheiten, damit sie nicht leichte Beute von totalitären Ideologen, Psycho-Sekten, Alkohol und Drogen werden."

Daß Bayern in den letzten Jahren zur deutschen Speerspitze in der Familienpolitik wurde, ist nicht zuletzt ein Verdienst ihrer Aktivitäten. Im zuständigen Münchner Sozialministerium fühlte man nicht selten die kraftvolle Energie der bayerischen „First Lady".

Unverständlich blieben ihr die Gründe, weshalb die öffentliche Meinung ein weithin von negativen Klischees verunstaltetes Bild ihres Mannes hegt: „Mein Mann ist ganz anders!" Sie stärkte Franz Josef Strauß den Rücken, als dieser auf dem Höhepunkt der gegen ihn gerichteten Kampagne 1962 die Politik verlassen und in die Wirtschaft gehen wollte. „Ich sagte mir: Niederlagen müssen durchgekämpft werden. Männer dürfen nicht aus Niederlagen heraus den Kampf aufgeben, sonst zerbrechen sie innerlich."

Dennoch hat sie ihn in den letzten Jahren immer wieder beeinflußt, nicht mehr zuviel politischen Ballast auf sich zu nehmen. Sie war nicht erfreut über seine Kanzlerkandidatur 1980 und sie hat ihm immer wieder abgeraten, noch einmal einen Kabinettsposten in Bonn anzustreben. Er hat in diesem Fall auf sie gehört. Aber schon wird in München darüber gerätselt, ob der CSU-Chef nach diesem schweren persönlichen Schicksalsschlag nicht doch noch einmal seine Kräfte mobilisiert und in die Bonner Regierung drängt.

Brandt: Kein Terrain aufgeben, von den Grünen nichts abgucken

Neues SPD-Präsidium faßt „alle Strömungen" zusammen / Apel gewählt, Ehmke nicht

PETER PHILIPPS, Bonn

SPD-Chef Willy Brandt sagte auf die Frage nach seiner eigenen Bewertung des neuen Partei-Präsidiums nur ein Wort: „Ausgewogen." Wenn man sich die aktuellen Mehrheitsverhältnisse in der SPD betrachtet, die sich auf dem Essener Parteitag vor wenigen Wochen manifestierten, dann gibt dieser am Wochenende gewählte, „geschäftsführende" Parteivorstand in der Tat ausgewogen die Lage wieder.

Die „Rechten", während der Kanzlerschaft Schmidts eindeutig die Mehrheit in der SPD, sind nur noch in der Bundestagsfraktion von Gewicht. Offensichtlich um sich nicht noch gegenseitig der letzten Chancen zu berauben, kandidierten der Berliner Spitzenkandidat Hans Apel und die Sozialexpertin Anke Fuchs nicht gleichzeitig für das Präsidium. Der Erfolg gab ihnen recht. Apel wurde mit gutem Ergebnis in die Riege der ansonsten eher auf dem linken Flügel angesiedelten Führungscrew hineingewählt.

Sechs Sitze in dem 11köpfigen Präsidium standen am Ende der zweitägigen Vorstandsklausur in Bonn zur Disposition; der Vorsitzende Willy Brandt, seine Stellvertreter Hans Jochen Vogel und Johannes Rau, Schatzmeister Hans-Jürgen Wischnewski und Geschäftsführer Peter Glotz sind „geborene" Mitglieder. Acht Vorständler blieben als Bewerber übrig, und Brandt versuchte alle dadurch möglicherweise entstehenden Dissonanzen schon vorab herauszufangen: „Ich erkläre hiermit, die sind alle gut," sagte er augenzwinkernd *in die Runde. Das Stimmener*gebnis für die einzelnen werde etwas „mit diesem grundsätzliche Dilemma" zu tun haben, das mehr gute Kandidaten zur Wahl stünden als Plätze zu vergeben seien.

Von den 38 Mitstimmenden erhielten die beiden Länderchefs oberhalb aller Gruppeninteressen die meiste Unterstützung: Hans Koschnick (Bremen) und Holger Börner (Hessen) wurden mit jeweils 34 Stimmen wiedergewählt. Erhard Eppler, nach dem Münchener Parteitag 1982 vor allem von Helmut Schmidt aus dem Präsidium gedrängt und nach seinem Erfolg auf dem Kölner Nachrüstungsparteitag *ausgleichender und mode*rierender Sprecher der linken Parteitagsmehrheiten, kam mit 30 Stimmen gleich dahinter. Ironischer Brandt-Kommentar zu dem Ergebnis des von ihm hoch Geschätzten: „Da kommen alte und neue Wertschätzungen zusammen."

Herta Däubler-Gmelin, seit der letzten Bundestagswahl bereits her-



Hans Apel

ausgehoben als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erhielt mit 25 Stimmen das drittbeste Ergebnis. Und dann kam die Überraschung: Hans Apel, in Köln als 22. gerade noch im ersten Wahlgang in den Vorstand gewählt, erhielt die von ihm dringend



Horst Ehmke

benötigte Rückenstärkung für sein Berliner Engagement: mit 24 Stimmen – deutlich mehr als der mit 18 Voten als erster wiedergewählte Egon Bahr – kam er erstmals in den engsten Führungszirkel. Brandt selbst hatte sich in den vergangenen Monaten häufig für Apel stark gemacht, weil er dessen Kompetenz und politisches Talent hoch einschätzt und nicht unter den veränderten *Mehrheitsverhältnissen* leiden lassen möchte.

Daß die Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Frauen, Inge Wettig-Danielmeier, mit 16 Stimmen das Ziel verpaßte, wird ihr niemand als Manko anrechnen. Aber daß der immer agile und ehrgeizige Horst Ehmke seinen Anspruch wieder einmal nicht eingelöst bekam und bei der Wahl zum Partei-Präsidium (17 Stimmen) auf der Strecke blieb, wird mit Sicherheit viele hämische Kommentare auslösen.

Über das Präsidium hinaus, bei den ebenfalls noch durchgeführten Wahlen zu den Vorstands-Kommissionen wurde die Handschrift vom Parteichef Brandt unübersehbar: die 11 in Köln neugewählten Vorstandsmitglieder sollten ebenso wie Vertreter aus den Ländern und vor allem aus der Europa-Fraktion stark in Aufgaben und Verantwortlichkeiten eingebunden werden. Dies zeigte sich an der Kommission für die internationa*le Arbeit*, in der Koschnick für Wischnewski den Vorsitz übernahm und als Stellvertreter Karsten Voigt, Katharina Focke und Uwe Holtz erhielt, genauso wie bei Wirtschaft und Finanzen mit Wolfgang Roth und den Stellvertretern Hans-Ulrich Klose, Magdalena Hoff und Hans Apel sowie der Umweltkommission des Volker Hauff, Willi Görlach, Klaus Matthiesen und Beate Weber.

Nach Brandts Worten will die Parteiführung auf diese Weise „alle unterschiedlichen geistigen und politischen Strömungen in der SPD zusammenfassen". Ende September sollen die Arbeitsprogramme der Partei auf den Schwerpunktfeldern für die kommenden Monate beschlossen werden. „Wir geben kein Terrain frei," gab Brandt als Zielrichtung vor, die SPD habe vor allem „von den Grünen nichts abzugucken". Die Richtung wird in vielen Bereichen vom neuen Parteistar Oskar Lafontaine aus Saarbrücken gezeigt werden.

Südafrika aus Weltpostverein ausgeschlossen

P. ZERBE, Hamburg

Nach zweitägigen intensiven Beratungen hat der Weltpostverein in Hamburg beschlossen, die Republik Südafrika aus der Vereinigung auszuschließen. Gleichzeitig beschloß der Kongreß am Wochenende nach Angaben eines Sprechers, daß das Land auch *nicht* – wie in der Vergangenheit schon geschehen – auf Antrag wieder zum Weltpostverein zugelassen werde, solange es auf seiner Apartheid-Politik bestehe. Der Antrag zum Ausschluß war von zahlreichen afrikanischen Staaten *gestellt* worden. *Die* Begründung für den endgültigen Ausschluß hat folgenden Wortlaut: „*Die Republik Südafrika kann ihre* Eigenschaft als Mitgliedsland der Organisation der Vereinten Nationen *nicht geltend machen*, um ihre Wiederzulassung zum Verein zu erreichen, solange sie ihre Apartheid-Politik verfolgt." In diesem Kongreß war zugleich der beantragte Ausschluß Israels abgelehnt worden.

„DDR"-Minister nach Buschhaus?

DW. Berlin

Zu einem Besuch des umstrittenen Braunkohlekraftwerkes Buschhaus bei Helmstedt hat der niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten, Wilfried Hasselmann, den „DDR"-Umweltminister Hans Reichelt eingeladen. Der Besuch werde allerdings nicht mehr in diesem Jahr stattfinden können. Jedoch habe man für die Zukunft einen ständigen Informationsaustausch über Umweltfragen *vereinbart. Das Kraftwerk* führt nach Auffassung der „DDR"-Behörden zu „*unvertretbaren Belastungen durch Luftschadstoffe* für das Territorium der DDR". Diesen Besorgnissen ist Hasselmann in dem *Gespräch mit Reichelt* entgegengekommen, mit dem Hinweis, daß das Kraftwerk Buschhaus noch nicht zum 1. Juli in Betrieb genommen werde. Die Überlegungen, den Schwefeldioxid-Ausstoß zu senken, könnten erst Mitte des Jahres '88 abgeschlossen sein.

Andreas von Bülow wieder Minister?

DW. Wiesbaden

Die Spekulationen über die vom hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) vorgesehene Umbildung des Kabinetts sind über das Wochenende um neue Kombinationen erweitert worden. So heißt es in der hessischen Landeshauptstadt, daß der frühere Bundesforschungsminister Andreas von Bülow neuer Wirtschaftsminister werden könnte. Börner selbst will seine Pläne heute zunächst im Landesvorstand seiner Partei erörtern und dann dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion vorlegen. Die in Wiesbaden kursierenden Mutmaßungen laufen darauf hinaus, daß der derzeitige Kultusminister Hans Krollmann Finanzminister wird, nachdem der derzeitige Amtsinhaber Heribert Reitz nach der Annäherung der SPD an die Grünen auf einen Kabinettssitz verzichtet hatte. Als Nachfolger Krollmanns in einem – möglicherweise – aufgeteilten Kultusministerium gelten der derzeitige Umweltminister Karl Schneider (*Schulminister) und die jetzige Mini*sterin für Bundesangelegenheiten Vera Rüdiger als neue Chefin eines Hochschulministeriums.

Als neuen Spitzenmann in einem Ministerium für Landwirtschaft und Forsten sehen „*informierte Kreise*" in Wiesbaden Willi Görlach, der dieses Ressort einschließlich des Bereiches Umwelt schon einmal von 1974 bis 1980 geleitet hatte. Die Aufgaben des Umweltschutzes sollen nach diesen Angaben dem Sozialministerium zugeordnet werden, dessen Chef Armin Clauss künftig als Minister für Arbeit und Umwelt firmieren könnte.

Gegen Vorverlegung der Tagesschau

AP, Mainz

Gegen eine Vorverlegung der Tagesschau auf 18.45 Uhr hat sich der Rundfunkrat des Südwestfunks in Mainz ausgesprochen. Nach einer Mitteilung des Senders trat das Gremium dafür ein, „daß die Tagesschau auf jeden Fall auf dem Sendeplatz im Ersten Programm um 20.00 Uhr erhalten bleibt". Der erste Teil des Hauptabendprogramms sollte entsprechend zeitlich vorverlegt werden. Der Intendant des Südwestfunks, Willibald Hilf, begrüßte die Empfehlung und sagte, er hoffe, daß in den Beratungen innerhalb der ARD und in den Verhandlungen mit dem ZDF die zeitliche Vorverlegung des Hauptabendprogramms erreicht werden könne. Eine Veränderung der gesamten Programmstruktur kann nach seiner Auffassung ohnehin frühestens im Herbst 1985 erfolgen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



In diesem Jahr mit dem Konrad-Adenauer-Preis ausgezeichnet: Wladimir Bukowski (ganz links), Chefredakteur Herbert Kremp (Mitte) und Professor Peter R. Hofstätter (2. von rechts) FOTO: CLAUS HAMPEL

Bukowski wirft auch dem Westen eine doppelbödige Moral vor

PETER SCHMALZ, München

Von Überzeugungstreue und Mut schrieb Bundespräsident Karl Carstens in einem Glückwunsch an den sowjetischen Bürgerrechtler Wladimir Bukowski, der an diesem Wochenende im Herkulessaal der Münchner Residenz mit dem diesjährigen Konrad-Adenauer-Friedenspreis für Literatur durch die „Deutschland-Stiftung" ausgezeichnet wurde. Beide Eigenschaften stellte der Regimekritiker in seiner Dankrede eindrucksvoll unter Beweis, indem er nicht nur die Sowjetunion der Lüge im internationalen Dialog bezichtigte, sondern auch dem Westen doppelbödige Moral vorhielt.

„Intaktes Gewissen"

Bukowski, dem Cornelia Gerstenmaier in ihrer Laudatio „intaktes Gewissen, moralische und intellektuelle Unbestechlichkeit und ein ausgeprägtes Rechtsbewußtsein" attestierte, forderte die Regierungen des freien Westens auf, das KSZE-Abkommen von Helsinki zu kündigen und sich von Moskau nicht länger in immer neue Verhandlungsserien verstricken zu lassen, deren Ergebnisse die Sowjetunion dann doch wieder brechen werde. „Der Westen hängt noch immer an diesem Überbleibsel der Entspannungspolitik", meinte Bukowski, eingeschüchtert durch die fortdauernden Erpressungen der Sowjets und ohne eigenes klares Konzept seien die westlichen Völker „besessen von dem Verlangen nach Gesprächen".

Der Westen zeigt nach Ansicht des Bürgerrechtlers kaum Solidarität mit den vom Kommunismus unterdrückten Völkern, die im Kampf um die Freiheit ihr Leben zu opfern haben, während der Westen nicht einmal bereit ist, seine Profite zu opfern und die östlichen Unterdrücker mit Waren, Krediten und moderner Technologie versorgt.

Namentlich rügte Bukowski die Entscheidung der niederländischen Regierung gegen eine Raketenstationierung, weil dadurch die gemeinsame Front des Westens brüchig werde. „Alle Anstrengungen der Sowjets in den letzten Jahren", mahnte der Bürgerrechtler, „alle ihre Einschüchterungstaktik und ihre Schikanen haben durch diesen einen Erfolg plötzlich eine Bestätigung erhalten. Und sie werden ermuntert, ihren Druck auf den Rest der Gemeinschaft künftig noch zu verstärken".

Wie bei Bukowski sind auch Leben und Werk des zweiten Preisträgers von einem unbeugsamen Willen und einer praktizierten Aufrichtigkeit geprägt: Professor Peter R. Hofstätter, der Sozialpsychologe, den die Nationalsozialisten einst von der Hochschule fernhielten, weil er für seine Arbeiten „die dem deutschen Geist völlig fremden statistischen Methoden" nutzte, erhielt den Konrad-Adenauer-Preis für Wissenschaft. Er habe, so heißt es in der Begründung, der Sozialpsychologie durch Übernahme internationaler Erfahrungen in die deutsche Wissenschaft neue Erkenntnisse vermittelt. Der vom europäischen Humanismus geprägte Wissenschaftler belegte, daß die in Amerika übliche Gruppenentscheidung der der europäischen Tradition entsprechenden einsamen Individualentscheidung überlegen ist. Er bewies Mut, als er in den siebziger Jahren die Vererbung für den dominanten Faktor der Intelligenzvererbung erklärte. In seiner Laudatio würdigte Professor Erwin Scheuch den Preisträger als scharfsinnigen Kritiker versteckter Formen von säkularisierten Heilslehren, die als Mittel der Aggression und Kontrolle über den Menschen verwendet werden. Scheuch erwähnte beispielhaft Hofstätters Aufsätze gegen die Jugendsekten und wider die Antipädagogik.

„Wahrheit und Klarheit"

Als Dritter derer, die sich – wie Gerhard Löwenthal meinte – „wider den linken Zeitgeist klar bekannt haben", wurde WELT-Chefredakteur Herbert Kremp mit dem Konrad-Adenauer-Preis für Publizistik ausgezeichnet. Laudator Hans Klein, selbst versierter Journalist und inzwischen hauptberuflich Bundestagsabgeordneter der CSU, sprach von Kremps Fähigkeit, „Wahrheit und Klarheit ohne Schaum vor dem Mund zu vermitteln". Er sei für viele insbesondere in den Jahren, in denen nur wenige seiner Kollegen wider den sozialliberalen Stachel zu locken wagten, eine Herausforderung gewesen. Bundespräsident Carstens schrieb in seinem Glückwunschbrief: „Wenige Journalisten haben wie Sie die öffentliche Diskussion in unserem Lande beeinflußt und mitgeprägt. Ihre Kommentare zeichnen sich gleichermaßen durch scharfsinnige Analyse wie durch unbestechliches Urteilsvermögen aus."

Der Konrad-Adenauer-Preis wurde heuer zum 13. Mal vergeben, unter den bisherigen Preisträgern sind die Autorin Christa Meves, der Verleger Axel Springer und der Soziologe Helmut Schelsky.

Die ÖTV erklärt mit Nachdruck Bereitschaft zum Arbeitskampf

Tiefer Riß in der Gewerkschaft / Die Vorruhestandsregelung bleibt in der Diskussion

rtr, München

Der Arbeitskampf der Metaller und *Drucker ist noch nicht zu Ende*, da zeichnet sich schon für den Herbst die nächste große Tarifauseinandersetzung in der Bundesrepublik ab. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) rüstet sich bereits für einen Streik, um die von den öffentlichen Arbeitgebern geplante „Nullrunde" für die 2,24 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden zu vereiteln. Doch im Vorfeld des Konflikts geht durch die ÖTV ein tiefer Riß: Die einen wollen für die 35-Stunden-Woche kämpfen, die anderen für eine Vorruhestandsregelung.

Die beiden Lager lieferten sich Freitag abend gut fünf Stunden lang auf dem Münchner ÖTV-Kongreß eine offene Feldschlacht. Der Sieger steht noch nicht endgültig fest. Bei der beschlossenen Kompromißformel, wonach die 35-Stunden-Woche Vorrang haben soll, zugleich aber auch eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit gefordert wird, haben die Verfechter einer Wochenarbeitszeitverkürzung zwar die Nase vorn.

Die endgültige Entscheidung über die Forderung fällt aber erst am 6. September in der Großen Tarifkommission. Bis dahin soll noch mit den 1,2 Millionen ÖTV-Mitgliedern diskutiert werden. Dem Gewerkschaftsvorstand, der sich klar zugunsten der 35-Stunden-Woche festgelegt hat, dürfte die Diskussion am Freitag abend einen Warnung gewesen sein. Wenn nämlich das zutrifft, was die Kritiker von der Stimmung an der Basis berichten, könnte die ÖTV auch nach einem positiven Votum der Großen Tarifkommission bei ei*nem anschließenden Streik* für die 35-Stunden-Woche leicht ins Schlingern geraten.

Denn offenbar besteht in weiten Teilen der Arbeiterschaft, die einen Streik im öffentlichen Dienst tragen müßte, nach den bitteren Erfahrungen der Metaller und Drucker wenig *Lust, für dieses Ziel* in den Kampf zu ziehen. Vor allem aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen kamen *die Verfechter einer* Vorruhestandsregelung, die sich auf dem Kongreß sofort entschlossen in die Schlacht *stürzten*. „*Genau aus den* Kampftruppen kommt der Widerstand gegen die 35-Stunden-Woche", warnte ein *Delegierter der Duisbur*ger Verkehrsbetriebe.

Der baden-württembergische Bezirksvorsitzende Willi Müller sprang ihm bei. Die große Mehrheit der Mitglieder sei gegen die 35-Stunden-Woche, nämlich Müllabfuhr, Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Energieversorgung. Ein Delegierter aus einem Düsseldorfer Kraftwerk mit 3000 Beschäftigten redete Tacheles: „Ich bin beauftragt, gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche zu sprechen. Die Kollegen wünschen die Prioritäten bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Sie sagen, selbstverständlich nehmen wir auch die 35-Stunden-Woche, aber wir sind nicht bereit, dafür zu kämpfen." Dies seien genau „die Kampftruppen, die früher die *Kastanien aus dem Feuer geholt*" hätten.

Ein baden-württembergischer Betriebsrat wurde noch drastischer. Seit den Äußerungen der ÖTV-Chefin Monika Wulf-Mathies über Streik und 35-Stunden-Woche gebe es Mitgliederaustritte. „Ganze Abteilungen" hätten gedroht, falls er aus München mit einer reinen 35-Stunden-Forderung nach Hause komme, würden sie ihre Mitgliedsbücher zurückgeben. Er bekomme „keine Streikmehrheit".

Auch ein Delegierter der Stuttgar*ter Straßenbahner* berichtete: „Die Kollegen wollen im Moment nicht die Wochenarbeitszeitverkürzung, sie wollen die Tarifrente." *Und er nannte* auch zwei entscheidende Gründe. Einmal hätten vor allem die Arbeiter Angst vor *Einkommensverlusten* bei einer kürzeren Wochenarbeitszeit, zum anderen würden die Auseinandersetzungen bei Druck und Metall die „tarifpolitische Landschaft verändern". Die ÖTV müsse daher „eine neue Einschätzung treffen".

Ein anderer Delegierter gab gar der alten Arbeitgeber-These Auftrieb, als er meinte: „Außer den Hauptamtlichen gibt es nur wenige, die für die 35-Stunden-Woche *sind*." Einer der Baden-Württemberger äußerte sich ähnlich: In allen Kreisverwaltungen des Landes werde *die Verkürzung* der Lebensarbeitszeit favorisiert.

Mitunter wurde die ohnehin erregte Diskussion sogar ruppig. Diejenigen, die immer am lautesten nach Streik riefen, hätten dann „im Rathaus" gesessen, „den Vorhang gehoben" und gehofft, daß die unten kämpfenden Müllmänner Erfolg hätten, empörte sich ein Kraftwerker.

Der hessische Bezirksvorsitzende Herbert Mai zahlte mit gleicher Münze heim: „Ich habe den Eindruck, daß sich einige abmelden wollen aus der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche." Die Quittung waren Pfui-Rufe und heftige Wortgefechte.

Die Befürworter der 35-Stunden-Woche *argumentierten* im wesentlichen mit gewerkschaftspolitischen Gründen. Man dürfe die Metaller und Drucker nicht im Stich lassen, es gehe generell um die Macht der Gewerkschaften, und die ÖTV könne jetzt „keine Schwäche zeigen". Einer machte Mut: „Selbst in den Betrieben, wo die Bewußtseinslage nicht da ist, können wir sie noch schaffen."

Frau Wulf-Mathies griff schließlich selbst in das Getümmel ein: „Wenn uns hier einer hört, der müßte denken, daß wir in der Arbeitszeitfrage völlig zerstritten sind." Mit ihrem Appell für den Kompromißantrag („Eine *breite Basis, auf der sich* alle versammeln können") brachte sie den Kongreß schließlich wieder in Griff.

Durch Festnahme verscheucht?

Haftbefehl wegen versuchten zweifachen Mordes gegen Manuela Happe

WERNER KAHL, Bonn

Führende Mitglieder der terroristischen „Roten Armee Fraktion" (RAF) haben sich in den letzten Wochen offenbar wieder im Pendelverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und europäischen Nachbarstaaten bewegt.

Das wurde nach der Festnahme der als neues Mitglied zum RAF-Untergrundkommando gerechneten 29jährigen Manuela Maria Happe bei Deizisau in Württemberg bekannt. Durch die spektakuläre Ergreifung der mit Schweizer Identitätskarte ausgestatteten früheren Berliner Hausbesetzerin, die sich in der Nähe der Wohnung eines Richters im Prozeß gegen die RAF-Führer Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar aufhielt, sind weitere Mitglieder des auf 6 bis 8 Personen geschätzten „harten Kerns" vermutlich „verscheucht" worden, mutmaßen die Sicherheitsbehörden. Gegen Manuela Happe wurde wegen versuchten zweifachen Mordes inzwischen Haftbefehl erlassen.

Nicht in Fahndung

Überrascht stellte die baden-württembergische Polizei jetzt fest: Manuela Happe wurde bereits im Frühjahr 1980 in Berlin zum RAF-Umfeld gerechnet, aber dann aus bisher nicht bekannt gewordenen Gründen aus der beobachtenden Fahndung herausgenommen.

Das Fernsehen filmte die angebliche Studentin beim Sturm auf das Amerika-Haus in West-Berlin. Für Gewalt als politisches Mittel und gegen die USA als Schutzmacht in der geteilten Stadt, so lautete im Mai 1980 die Parole unter etwa 200 Linksextremisten, die das amerikanische Kulturinstitut am Bahnhof Zoologischer Garten besetzten. Es handelte sich damals um die seit Jahren schwersten Auseinandersetzungen in Berlin. 48 Polizisten wurden verletzt, 14 Sympathisanten der „Roten Armee Fraktion" wurden dem Haftrichter vorgeführt. Sie waren nach Auskunft des Staatsschutzes seit längerem aus dem Umfeld der Terrorgruppe be*kannt. Zu ihnen gehörte* Manuela Happe. Wegen ihrer Rolle bei den Ausschreitungen wurde sie 1981 zu einer *Freiheitsstrafe* von zwei Jahren verurteilt.

Nach der Strafverbüßung suchte die RAF-Sympathisantin offenkundig Anschluß an die Terrorgruppe und ging als neues Mitglied in den Untergrund. Darauf deutet nach Angaben von Experten die Bewaffnung und finanzielle Ausstattung mit Geld aus dem jüngsten Bankraub in Würzburg hin. Bei diesem Überfall waren 171 000 Mark erbeutet worden.

Nach Darstellung der Bundesanwaltschaft und des Bundeskriminalamtes hatte Frau Happe am Freitag früh an einem Zeltplatz bei Deizisau aus einem großkalibrigen Revolver (Neunmillimeter) mit sogenannten Dum-Dum-Geschossen auf zwei Polizeibeamte gefeuert, die eine Ausweiskontrolle vornehmen wollten. Daraufhin hätten auch die Beamten geschossen und Frau Happe durch einen Streifschuß verletzt. Die Beamten seien unverletzt geblieben.

Die Polizisten fanden sowohl den echten Personalausweis auf den Namen Manuela Maria Happe als auch eine gefälschte Schweizer Identitätskarte auf den Namen Ludmilla Bauzner, geboren am 5. Juni 1954 in Zürich.

Ferner entdeckten die Beamten einen 500-Mark-Schein, der aus einem *Raubüberfall auf die Städtische* Sparkasse Würzburg am 26. März dieses Jahres stammt. Der Raub sei von der „Roten Armee Fraktion" (RAF) verübt worden, heißt es in der Erklärung der Polizei und Justiz. Wegen dieses Überfalls werden führende Mitglieder des sogeannannten „harten Kerns" der RAF, darunter der Arzt Ekkehard von Seckendorf, Sigrid Sternebeck und Ingried Jakobsmeier, als Mittäter verdächtigt.

Hohe Belohnung

Das Bundeskriminalamt hat die Bevölkerung zu Hinweisen aufgerufen, wo sich Manuela Happe alias Ludmilla Bauzner aufgehalten hat. Für Angaben ist eine Belohnung von 50 000 D-Mark ausgesetzt. Das gilt auch für Hinweise auf konspirative Wohnungen und Verstecke.

Gutachten der Sicherheitsbehörden weisen auf eine nach wie vor existenten intensiven Informationsaustausch innerhalb der verschiedenen Ebenen der RAF hin. Mitglieder des „harten RAF-Kerns" wurden in letzter Zeit aus *dem terroristischen* Umfeld von Personen, die nicht observiert werden oder sich der beobachtenden Fahndung entziehen konnten, über alle Vorgänge unterrichtet.

Zuversicht und gereizte Toleranz

Hearing zur neuen privaten wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung

JOACHIM NEANDER, Mainz

Wenn am 1. Oktober die „Private Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung" in Koblenz planmäßig mit etwa 40 Studenten ihren Vorlesungsbetrieb aufnimmt, dann ist das sie umgebende politische Klima gekennzeichnet durch realistische Zuversicht (beim Träger, der privaten Wirtschaft), wohlwollende Aufmerksamkeit (beim Staat) und einer Art gereizten Toleranz (bei der Konkurrenz, den staatlichen Universitäten des Landes). Dies wurde bei einem Hearing vor der rheinland-pfälzischen Landespressekonferenz in Mainz deutlich.

115 Studienbewerber (aus einer Zahl von ursprünglich fast 900 Interessenten) haben, wie die WELT be*richtete, am schriftlichen Aufnahme*test teilgenommen. Dieser von der Studienstiftung des Deutschen Volkes durchgeführte Test legt u. a. großes Gewicht auf Fremdsprachenkenntnisse, da der Studiengang dieser ersten privaten Hochschule im Bereich der Wirtschaftswissenschaften auch obligatorische Auslandssemester vorsieht. Die Ergebnisse im Französischen, berichtete jetzt Karl Darscheid, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Koblenz, seien ein wenig hinter den Erwartung zurückgeblieben. Es wurde zu Intensivkursen geraten. Ansonsten sei der Eindruck gut. 64 Bewerber werde man zur mündlichen Aufnahmeprüfung zulassen. Am 1. Oktober wolle man dann mit den ca. 40 besten Studenten an zuächst zwei Lehrstühlen beginnen.

Zur finanziellen Situation: Auf dem Konto sind über 2 Millionen Mark, insgesamt liegen für ca. 9 Millionen feste Zusagen für das Stiftungsvermögen vor. Gebraucht werden auf lange Sicht ca. 30 Millionen. Darscheid: „Es gibt viel Interesse und ein hohes Maß an Bereitschaft – aber auch noch viele Unternehmer, die so tun, als ginge sie das gar nichts an."

Bis zum 1. August müssen die Trä*ger eine* Bankbürgschaft über 12 Millionen Mark beibringen. Daran ist die offizielle Genehmigung durch das rheinland-*pfälzische Kultusministeri*um geknüpft. Darscheid ist überzeugt, daß dies gelingt. Er geht davon aus, daß ¼ der Studenten Stipendiaten, der Rest volle Gebührenzahler (10 000 Mark pro Jahr) sein werden.

Kultusminister Georg Gölter (CDU) betonte noch einmal seine Grundpositionen: Der Staat sei interessiert an Wettbewerb und privater Initiative auch im Bildungsbereich, werde aber keine öffentlichen Gelder beisteuern. Ein Scheitern der Koblenzer Bemühungen würde er sehr bedauern. Es wäre eine „Niederlage für die Privatinitiative schlechthin".

Professor Klaus Beyermann, der Vizepräsident der Mainzer Universität, versprach Toleranz gegenüber der neuen Konkurrenz. Eine gewisse Gereiztheit bei den geplanten „normalen" Hochschulen ist jedoch nicht zu übersehen. Beyermann: Koblenz sei gar keine Universität (nur ein Studiengang, keine *breite Bildung*), greife sich nur ein relativ billiges Fach heraus, um die teuren Sachen dem Staat zu überlassen, und werde entgegen allen Beteuerungen versteckte staatliche Subventionen erhalten: Beamtete Hochschullehrer der Universitäten würden nebenamtlich auch in Koblenz lehren, und durch die Stiftung würden die Träger Steuern sparen, die sonst u. U. den Universitäten zugutekämen.

Professor Klaus Rose, Mitglied des Koblenzer Gründungausschusses (ansonsten ordentlicher Professor in Mainz) konterte: Keiner der Gründungsprofessoren in Koblenz habe das Wort „Elite" je in den Mund genommen. So werde es auch bleiben.

Umweltschutz: Osteuropa in München dabei

DW. München

Die erste Ost-West-Konferenz über Umweltschutz hat gestern in München begonnen. Beteiligt sind 31 Staaten und vier internationale Organisationen, darunter mit Ausnahme Albaniens auch alle osteuropäischen Länder. Der sowjetische Umweltminister Juri Israel traf nach Angaben des Bundesinnenministeriums an der Spitze einer Delegation in München ein. Bei einer Vorkonferenz im Mai hatten die Sowjets noch ebenso wie die meisten anderen sozialistischen Länder gefehlt. Ziel des bis zum Mittwoch dauernden Treffens ist eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Luftverschmutzung.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bezeichnete es als einen „wichtigen umweltpolitischen Erfolg", daß der Einladung der Bundesregierung alle Staaten des Ostblocks gefolgt seien. Zuletzt hatten noch Rumänien und Jugoslawien zugesagt. Bundeskanzler Helmut Kohl schrieb in einem Grußwort, die Bewältigung der durch die Luftverschmutzung verursachten schweren Wald- und Gewässerschäden seien „eine der großen Herausforderungen unserer Zeit".

Zimmermann hatte zuvor deutlich gemacht, daß die Konferenz keine völkerrechtlich bindenden Normen setzen könne. Sie solle aber auf hoher Regierungsebene Konzepte zur Verringerung der Luftverschmutzung festschreiben. Obwohl es ausschließlich um den Umweltschutz gehen werde, könne durch das Zusammentreffen der Umweltminister das Gesprächsklima zwischen Ost und West auch auf anderen Gebieten verbessert werden.

Seite 2: Luft-Schutz-Internationale

Kein Europäer wagte im Kreml so harte Worte wie Mitterrand

Paris weiß um seinen Stellenwert / Vertrauen in das Deutschland von heute betont

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident François Mitterrand muß heute nicht mit leeren Händen vor seine europäischen Freunde in Fontainebleau treten, wenn er ihnen zu Beginn des Europäischen Gipfels von seiner Moskau-Reise berichtet. Zwar hat er das im Schatten von SS-20 und Pershing stark verdunkelte Ost/West-Verhältnis nicht um einen Deut aufhellen, keine neuen Perspektiven in der Abrüstung oder einen wünschenswerten amerikanisch-sowjetischen Dialog eröffnen können, falls immer das seine Absicht gewesen sein sollte.

Aber er hat als erster westlicher Staatsmann überhaupt den Sowjets die Grenzen aller wirklich vertrauensvollen Zusammenarbeit mit ihnen gezeigt, indem er ihnen Dinge aufzählte, mit denen sich der Westen niemals abfinden wird: Afghanistan, Polen, die atomare Erpressung und die mit Füßen getretenen Menschenrechte.

Die Herren im Kreml mögen dies alles schon einmal hinter verschlossenen Türen von westlichen Beobachtern zu hören bekommen haben. Diesmal aber war das russische Volk Zuhörer, denn Mitterrand sprach zweimal in aller Öffentlichkeit über diese Dinge. Und selbst wenn die Parteizeitung „Prawda" ihn am anderen Morgen schamlos zensierte – die vielen Zuhörer des offiziellen Banketts und seiner abschließenden Pressekonferenz werden dafür sorgen, daß all dies unter die Leute kommt. Die wutschnaubende Reaktion des Kreml-Sprechers Samjatin auf Mitterrands mutiges Eintreten für den wehrlosen Sacharow vor der Weltpresse verriet jedenfalls, daß die Schläge gesessen haben.

Mitterrand war nach Moskau gereist, weil er den Zeitpunkt für eine offene Aussprache für gekommen sah. Die Amerikaner können zur Zeit nicht mit den Sowjets reden. Der deutsche Außenminister Genscher holte sich im Mai im Kreml eine Abfuhr. Auch Mitterrand erzielte kein konkretes Ergebnis. Es gibt kein Kommuniqué und die Verlautbarungen von beiden Seiten sprechen nur von „harter Konfrontation der Standpunkte". Mehr wollte der französische Präsident nicht.

Aber die Sowjets wissen jetzt wenigstens präzise, daß sie niemals einen Keil zwischen die Amerikaner und die Europäer oder zwischen Franzosen und Deutsche treiben können. Und daß alles Beteuern einer friedlichen Koexistenz zwischen Ost und West leeres Geschwätz bleibt, solange die Grundfreiheiten in der Sowjetunion nicht beachtet, sowjetische Truppen nicht aus Afghanistan zurückgezogen und die hektische Aufstellung von immer neuen, auf Europa zielenden Raketen nicht beendet wird.

All das wird Mitterrand seinen Kollegen in Fontainebleau sagen und sie werden ihm nur zustimmen können. Frankreichs Stimme sollte in ihrem Gewicht für Moskau nicht unterschätzt werden. Militärisch, wirtschaftlich und kommerziell mag frankreich für den roten Riesen eine „quantité negligeable" sein. Historisch und politisch aber ist es ein für Moskau beachtenswerter Partner. Es gehört zu den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und wacht mit über Deutschlands Schicksal, es sitzt als ständiges Mitglied neben den übrigen Großmächten im Sicherheitsrat der UNO, es verfügt über eine unabhängige Atomrüstung und hat seit dem Krim-Krieg nicht mehr gegen Rußland gekämpft. Tschernenko hat nicht versäumt, dies in seiner Tischrede hervorzuheben.

Aber noch 1965 erinnerte Podgorny im Amt des Staatschefs seinen französischen Gast Pompidou daran, daß Frankreich und die Sowjetunion die beiden Bollwerke im Westen und Osten Europas gegen einen neuen deutschen Expansionsdrang seien. Wie starr die Sowjets in ihrer Argumentation sind, ging aus Tschernenkos Anspielung auf den deutschen Revanchismus („Einige im Westen wollen die Grenzen verändern, die der Zweite Weltkrieg gezogen hat") hervor. Mitterrand ist dem entschieden entgegengetreten und hat viermal auf sowjetischem Boden sein Vertrauen in das Deutschland von heute, das zum Freund und Partner wurde, bekundet. Daß die Sowjets aber immerhin auf diesen historischen, wenn auch überholten Aspekt einer französisch-sowjetischen Zusammenarbeit in Europa hinweisen, zeigt, welchen Stellenwert sie Frankreich zumessen und gibt folglich dem französischen Staatspräsidenten einen größerem Spielraum als anderen Europäern. Spielraum wofür? Jedenfalls nicht für eine Vermittlung zwischen den beiden Supermächten, die Mitterrand klar zurückwies. Spielraum aber für eine Sprache in Moskau, wie sie kein anderer Europäer bisher zu führen wagte.

Seite 3: Alle Gefallenen geehrt

„Es muß nicht zum Krieg mit Moskau kommen"

Präsident Reagan korrigiert Äußerung eines Generals

D. SCHULZ, Washington

Präsident Reagan glaubt nicht an die Unvermeidbarkeit eines Krieges mit der Sowjetunion. Entschieden wies er entsprechende Thesen eines hohen US-Generals zurück, die in Washington für Aufregung sorgten. Es gehöre zu den gefährlichsten Dingen in der Welt, sagte Reagan vor Reportern, wenn sich jemand die These von der Unvermeidlichkeit eines Kriegs in den Kopf setze. „Meine These ist, daß es nicht zu einem Kriege kommen muß."

Vor einem geladenen Publikum hatte Generalleutnant Bernard Trainor, stellvertretender Stabschef des US-Marine Corps für Planung und Operationen, an der Marine-Kriegsakademie in Newport (Rhode Island) erklärt, daß es seiner Ansicht nach „noch in dieser Generation" mit „fast unvermeidbarer Wahrscheinlichkeit" zu einem „begrenzten Krieg" zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kommen werde.

Der Dreisterne-General begründete diese Ansicht mit der „Machtprojektion" der Sowjets. Die sowjetische Marine fordere Amerika heute auf fast allen Seegebieten heraus. Offene Seewege seien für die USA lebenswichtig, nicht jedoch für die Sowjetunion. Wenn die sowjewtische Marine jetzt in Seegebieten auftrete, die einst klar von der amerikanischen Flotte beherrscht worden seien, dann verübe sie einen „unnatürlichen Akt", dann „überspringe sie Barrieren", dann begebe sie sich auf „unseren Rasen".

Der General, der nach Auskunft des Verteidigungsministeriums nicht für seine Äußerungen zur Rechenschaft gezogen werden soll, war offensichtlich der Meinung, daß er vor einer geschlossenen Gesellschaft gesprochen habe.

Tatsächlich gehörten jedoch auch Reporter zu den geladenen Gästen der Kriegsakademie der US-Marine. Es war ein Reporter der „Washington Post", der die Ausführungen Trainors an die Öffentlichkeit brachte.

In Washington wurden daraufhin das Verteidigungsministerium und das Hauptquartier der Marineinfanterie den ganzen Tag über mit Fragen bestürmt. Ein Sprecher des Marine Corps versuchte anfangs, die Bemerkungen des Generals als Teil einer provokanten Herausforderung vor militärischen Kriegstheoretikern hinzustellen, als eine Art Kriegsspiel unter Militärs, wie sie in Stäben und Kriegsakademien an der Tagesordnung seien. Später nahm man jedoch von dieser Version Abstand, als feststand, daß die Akademie in Newport zu einem „offenen Forum" eingeladen hatte.

General Trainor sprach ausdrücklich von der Wahrscheinlichkeit eines „begrenzten Krieges", das heißt eines nichtnuklearen Konflikts. Beide Supermächte würden ein übermächtiges Interesse daran haben, jeden bewaffneten Konflikt so bald wie möglich zu beenden. Amerika müsse darauf sehen, daß es selbst in einem kurzfristigen Konflikt die Oberhand behalte, weil andernfalls ernste Probleme für die Rolle der USA in der Weltpolitik zu befürchten wären.

(SAD)

Aufklärung: Zusammenarbeit mit Paris

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit dem Interesse an „eigenen, unabhängigen und sehr viel mehr auf unsere Interessen zugeschnittenen Informationsquellen" hat Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner die Einrichtung einer Arbeitsgruppe begründet, die Voraussetzungen für deutsch-französische Aufklärungs-Satelliten prüfen soll. Wörner wollte sich im Fernsehen nicht darauf festlegen lassen, daß die Finanzierung eines solchen Projekts rund eine Milliarde Mark kosten würde.

Wörtlich sagte der Verteidigungsminister: „Sicher ist, daß wir uns an der französischen Nuklearstreitmacht nicht beteiligen wollen, auch nicht beteiligen können – wir haben auf Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen verzichtet, das gilt auch gegenüber den Franzosen." Eine gemeinsame europäische Atomstreitmacht liegt nach Ansicht Wörners „so weit in der Zukunft, daß es für absehbare Zeit nicht aktuell sein wird".

Auf die Frage, ob man aus dem französischen Vorschlag, die in die NATO integrierte Westeuropäische Union (WEU) zu reaktivieren, auch darauf schließen könne, daß Frankreich stärker als bisher in der NATO mitarbeiten wolle, meinte Außenminister Hans-Dietrich Genscher, diese Union „biete eine Möglichkeit, enger mit den europäischen Partnern zusammenzuarbeiten".

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke sagte, „schon aus Gründen, die in der Vergangenheit der Bundesrepublik liegen", sei eine europäische Atomstreitmacht abzulehnen. Dagegen nahm der rüstungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Todenhöfer, eine andere Position ein.

Eliten in Frankreich und Großbritannien: Das heißt vor allem, harte Auslese, Hang zur Exklusivität und ungebrochenes Selbstbewußtsein. Die beiden wichtigsten Partner der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft versuchten in den letzten Jahren aber auch, die Aufstiegsmöglichkeiten in ihre Führungsschicht breiter zu fächern. Bislang sind die Erfolge solcher Versuche freilich noch gering. Die WELT beendet ihre Serie über die Förderung, das Wirken und das Selbstverständnis von Eliten in Ost und West mit Beiträgen ihrer Korrespondenten in Paris und London.



Sieger gibt's nur auf dem Wasser: Das Rennen zwischen Oxford und Cambridge geht wissenschaftlich seit Jahrhunderten unentschieden aus. Bekommen die Top-Stars bald Konkurrenz? FOTO: CAMERA PRESS

Als das Radio kam, zerstob die Legende: Westminster Palace war nicht der Gral

Von FRITZ WIRTH

Die Fährtensuche nach der Elite der Nation strandet nirgendwo so schnell im Dschungel der Vorurteile und Klischees wie in Großbritannien. Denn hier wuchern die Strukturen der britischen Klassengesellschaft in diese Suche hinein. Das Ergebnis: Nur zu häufig wird diese Elite mit den „Upper Classes" identifiziert. Die Folge: Hier wird dann automatisch jeder närrische Lord aus dem britischen Hinterwald, dem der Titel in die Wiege gelegt wurde, und, der Zeit seines erwachsenen Lebens, nicht viel anderes getan hat, als alte Autos zu sammeln und Moorhühner zu schießen, zur Stütze der Gesellschaft, zum Teil des Establishment, und zum zählenden Mitglied der Elite der Nation.

Ist er natürlich nicht. Denn obwohl der „Sunday Telegraph" im letzten Jahr in einem Leitartikel entdeckte, daß die Aristokratie wieder in Mode komme und gesellschaftlich relevant werde, ist die Ausfallsrate der britischen Adeligen auf dem steinigen Weg zur Eliteklasse außergewöhnlich hoch.

Von außen betrachtet, ist die Suche nach der Elite in Großbritannien verführerisch einfach und doch irreführend. Der Grund: Diese ist eine Gesellschaft mit einem fest eingewebten Hang zur Exklusivität, der keineswegs nur für die höheren Stände gilt. In den britischen Gewerkschaften wird Exklusivität sogar zum Kampfmittel in der Form des „closed shop".

Wäre Exklusivität bereits ein hinreichendes Kriterium für die Zugehörigkeit zur Elite, genügte ein Spaziergang durch die Londoner „Mall" und angrenzende Nebenstraßen, ihr auf die Fährte zu kommen. Man brauchte nur im „Athenaeum", dem ehrwürdigsten aller Clubs, *anzuklopfen*, der nur ehemalige Premiers, Botschafter und Bischöfe aufnimmt, oder im „Travellers Club", wo die Herren des Foreign Office ihre Zeitungen lesen, oder im „Reform Club", wo Journalisten und Rechtsanwälte sich nach *fünf zum „drink" treffen*, oder gar im „Carlton Club", dem Elfenbeinturm der Tories, wo bis vor 20 Jahren noch, bevor sich die Konservativen entschlossen, bei der Wahl ihrer Parteichefs und Premiers der Demokratie ein Chance zu geben, die legendäre Abschußrampe für konservative Senkrechtstarter vermutet werden durfte.

Die Elite der Nation in den Clubsesseln der „Mall" zu vermuten, ist aber ein Mißverständnis. Britische Clubs waren niemals Wiegen der Macht und des Einflusses, sie waren eher Spielwiesen der Exzentrik und des besonderen britischen Hangs, von Zeit zu Zeit Fluchtstätten des Unbehelligtseins aufzusuchen.

Bis zur Jahrhundertwende war es relativ *leicht, die britische Elite zu* orten: Sie war am Hof, im Parlament, in der Kirche, der Marine und der Armee und in „Oxbridge" zu finden. In diesen Institutionen vereinigten sich Macht, Einfluß und das Vermögen, die Mächtigen des Landes zu *formen*.

Im Großbritannien des Jahres 1984 ist von der Macht dieser Institutionen wenig übriggeblieben. Die politische Macht der nach außen hin wohl elitärsten Erscheinungsform britischer Selbstdarstellung, die des Hofes, ist praktisch nicht mehr existent. Der Hof führt aus, was ihm die Politiker anordnen. Die Macht des Monarchen, einen Premier zu ernennen oder zu stürzen, ist nur noch verfassungsrechtliches Zeremoniell.

Das bedeutet nicht, daß der Hof damit aus dem Kreis der Elite der Nation ausscheidet. Im Gegenteil: Er besitzt trotz seines politischen Macht*verlustes über alle ideologischen, par*teipolitischen und klassenorientierten Grenzen hinweg, die diese Nation teilen, nach wie vor normative und einigende gesellschaftspolitische Kräfte, die Großbritannien noch zusammenhalten. Der britische Hof, im *Ausland im wachsenden Maße zu ei*nem Klatschspalten-Ereignis reduziert, mag keine politische Macht mehr haben, aber er besitzt Einfluß. Er vermag Stimmungen, Emotionen und mit der Entfaltung historischer Traditionen das Gefühl der Beständigkeit und Stabilität zu verbreiten. Vor allem: Dieser Hof genießt bei nahezu allen Bürgern unverminderten Respekt und spielt damit im Leben dieser Nation eine sehr viel größere Rolle, als ihm allgemein zugebilligt wird.

Was beweist: Der Besitz oder die Ausübung von Macht ist nicht unbedingt ein ausreichendes Kriterium zur Identifizierung einer Elite. Wäre dies der Fall, dann wären zumindest im letzten Jahrzehnt die britischen Gewerkschaften, die *zwischen* 1969 und 1979 den Höhepunkt ihrer Macht erreichten, zur Elite der Nation zu zählen gewesen. Sie brachten in diesem Jahrzehnt mit Edward Heath und James Callaghan immerhin zwei Premierminister zu Fall und veran*laßten Harold Wilson, der angetreten* war, diese Gewerkschaftsmacht zu brechen, den britischen Metallarbeiterchef Hugh Scanlon aufzufordern: „Hugh, ziehe deine Panzer von meinem Rasen ab." Scanlon galt zu jener Zeit zusammen mit dem Gewerkschaftschef der Tansportarbeiter, Jack Jones, als der mächtigste Mann im Staate. Beide sind inzwischen zurückgetreten. Bergarbeiterchef Arthur Scargill versucht, in ihre Kleider zu schlüpfen, und es bedarf schon artistischer Überzeugungskunst, einem Briten zu suggerieren, daß dieser Mann der britischen Elite zuzuordnen sei.

Der Verfall der britischen Staatskirche als prägender Kraft muß nicht mehr beschrieben werden. Die Äußerungen ihrer Bischöfe, selbst eines so sozialkritischen und unbequemen Mannes wie David Sheppard aus Liverpool, bleiben – sowohl bei Regie*renden wie Regierten – ohne Echo.*

Und die 650 Parlamentarier? Sie mögen die Gewählten und Erwählten der Nation sein, doch sie sind kaum ihre Elite. Ein Teil ihrer Macht hat sich aus dem Palast von Westminster nach Downingstreet verlagert, und ein beträchtlicher Teil ihres Ansehens ist geschwunden, seit die Briten die Chance haben, die oft lähmende Qualität ihrer Reden und ihr zuweilen rowdyhaftes Benehmen über den Rundfunk zur Kenntnis zu nehmen. Dieses Parlament hatte einen legendären Ruf, solange es eine mehr oder minder geschlossene Gesellschaft war.

Bleibt die letzte wirkliche und noch einigermaßen intakte Elite dieses Landes: „Oxbridge". Nichts hat in den letzten sieben Jahrhunderten dieses Land und seine Elite stärker geformt als diese beiden Universitäten und die ihnen zuliefernden „Kadettenanstalten", der Public Schools von Eton bis Winchester. Mag sein, daß die zumeist romantischen Legenden, die sich um sie bildeten, in den letzten Jahrzehnten etwas angekratzt wurden, Tatsache bleibt: Sie sind nach wie vor die beiden führenden *Lehr- und Forschungsanstalten* in der Welt. Es gibt keine Universität in Europa, die mehr Nobelpreisträger vorweisen kann als Oxford und Cambridge.

Daß sie zur Legende wurden, hat einen schlichten Grund: Sie waren – *sieht man einmal von den vier schot*tischen Universitäten in St. Andrews, Glasgow, Aberdeen und Edinburgh ab – fast sechs Jahrhunderte lang, zwischen 1249 und 1836, die einzigen Universitäten im Lande. Wer also glaubt, daß Oxford und Cambridge die Spitze einer eindrucksvollen *Lehr- und Erziehungspyramide* in Großbritannien waren, erliegt einem Irrtum. Sie waren eher Stätten intellektueller Exzellenz, die auf gefährliche Weise die Öde und die Versäumnisse des britischen Erziehungssystems an der Basis überdeckten.

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gab es in Großbritannien proportional weniger Studenten als in jedem anderen Land Europas, mit Ausnahme der Türkei. Im Jahre 1910 existierten zwischen Dover und Aberdeen nur insgesamt 16 Universitäten. In den 40 Jahren bis 1950 kam nur eine weitere hinzu, und 15 dieser insgesamt 17 britischen Universitäten *waren zweite Wahl. Oxford und Cam*bridge beherrschten die Szene. Schüler, die die Aufnahme in diese beiden Universitäten nicht schafften, trügen bereits mit 17 das Stigma gescheiterter Existenzen mit sich herum.



Fritz Wirth wurde 1929 in Essen geboren. Er studierte in Köln und Münster Germanistik, Philosophie und Publizistik. Im Jahre 1958 trat er in die Redaktion der WELT ein. Neun Jahre später wurde er als Korrespondent nach Großbritannien geschickt. Seither wohnt und arbeitet er in London. FOTO: HANS-W. HÖFT

Es war die Regierung Macmillan, *die schließlich die Gefahren dieser* intellektuellen Überzüchtung erkannte, und es war der kürzlich verstorbene Lord Robbins, der in seinem berühmten Untersuchungsreport warnte: „Es ist keine gute Sache, daß Oxford und Cambridge einen zu hohen Anteil der besten Köpfe des Landes anziehen und damit immer stärker eine exklusive und bestimmte Art von intellektueller Elite heranzüchten." Lord Hailsham akzeptierte damals innerhalb von 48 Stunden die Robbins-Vorschläge. Es war der Beginn eines gewaltigen Universitäts-Booms. Ihre Zahl wuchs innerhalb von zwei Jahrzehnten von 17 auf 47.

Oxford und Cambridge verloren ihre Monopolstellungen. Nur noch jeder zwölfte Student des Landes studiert heute in „Oxbridge". Hier wächst außerhalb dieser beiden Universitäten eine völlig neue Elite heran, diesseitiger, weniger arrogant und *leistungsbezogener. Denn ein großer* Teil dieser neuen Universitäten konzentriert sich auf Bereiche, die in „Oxbridge" traditionell vernachlässigt wurden, den Bereich der Technologie und der Wirtschaftswissenschaften. So genießt heute in der Biologie die neue Universität in Sussex einen besseren akademischen Ruf als Oxford. Manchesters Reputation in der *Mathematik* konnte zwar den legendären Ruf Cambridges in diesem Bereich nicht antasten, wohl aber den Oxfords. Und in der Soziologie rangiert heute Essex hinter der „London School of Economics" und Oxford bereits an dritter Stelle.

Dieser Universitätsboom und die daraus erwachsene neue Konkurrenz enthüllten darüber hinaus eine besondere Schwäche Cambridges und Oxfords. Beide Universitäten waren und sind zwar heute noch die eindrucksvollste Versammlung brillanter Gelehrter in der Welt. Der Haken ist aber: Man setzte stets voraus, daß ein glanzvoller Forscher und Gelehrter auch ein brillanter Lehrer sein müsse. Sie sind und waren es selten. Die Vermittlung von Wissen wird an manchen neuen Universitäten erfolgreicher und für die Studenten nützlicher praktiziert als in „Oxbridge".

Dieser Wandel ist indes noch zu *jung, um die zur Stunde* herrschende Elite dieses Landes zu ändern. Und deshalb wird sie im Augenblick immer noch maßgeblich durch „Oxbridge" repräsentiert. Während Cambridge nach wie vor den britischen Gelehrten-Nachwuchs prägt und die besten und führenden Juristen des Landes hervorbringt, hatte Oxford stets ein direkteres Verhältnis zur politischen Macht. So ist das „Sommerville College" an der Woodstock Road in Oxford immer noch die erfolgreichste Brutstätte für weibliche Karrieren. Ihre glanzvollsten Produkte sind Margaret Thatcher, Indira Gandhi, Shirley Williams, die Präsidentin der britischen Sozialdemokraten, und Dorothy Hodgkin, Großbritanniens erste weibliche Nobelpreisträgerin.

Und es gibt nach wie vor keinen sichereren Weg zur politischen Macht als jenen, der über das Amt eines *Präsidenten der „Oxford Union"* führt, der seit einem Jahrhundert wohl größten Wiege politischer Karrieren. Männer wie Edward Heath, Harold Macmillan, der ehemalige liberale Parteichef Jeremy Thorpe, der einstige „Times"-Chefredakteur William Rees-Mogg, der Labour-Rebell Tony Benn und der ehemalige Außenminister Anthony Crosland waren *einst* alle Präsidenten der „Oxford Union", die freilich auch einen Revolutionär wie den Pakistani Tariq Ali gebar, der 1968 vergeblich in Großbritannien den Studenten-Aufstand probte.

Das freilich sind nur die sichtbaren Produkte von „Oxbridge". Wesentlich wirksamer und einflußreicher war und ist die stille, diskrete, fast unsichtbare Elite, die „Oxbridge" hervorbrachte und die heute sehr viel intensiver die Geschicke dieses Landes beinflußt als die gewählten Politiker. Es ist eine Elite von etwa 250 Beamten, den sogenannten „Mandarinen von Whitehall". Es sind die „Permanent Under Secretaries" in den Ministerien und ihre engsten Mitarbeiter, jene Männer, die die Minister Ihrer Majestät beraten und beeinflussen, und die gegenüber diesen Ministern einen großen Vorteil haben: Sie werden niemals abgewählt. Sie sind im ständigen politischen und ideologischen Wechselbad der Macht das stabilisierende Element in der britischen Staatsführung.

Diese Männer, ergänzt durch ein paar Dutzend Richter, sind die wirklich beherrschende Elite Großbritanniens. *Ein Mann wie der legendäre* Lord Denning, „Master of the Rolls", hat in seiner Richterkarriere mit einer Reihe aufsehenerregender Urteile die sozialpolitischen Strukturen dieses Landes intensiver beeinflußt als eine ganze Generation von Politikern. Und ein Mann wie Lord Goodman, Master des „University College" in Oxford, verfügt heute in Politik, Wissenschaft, Fernsehen und Kultur über mehr Einfluß als jeder gewählte Volksvertreter.

Endstation der Fährtensuche nach der britischen Elite. Sie führt mit Sicherheit in die Irre, wenn man sich an Vorurteilen, großen Namen und den *Muskelprotzen der Macht orientiert.* Nur eines ist in jedem Fall gewiß: Wie immer man auch Einfluß und Ausmaß dieser Elite definieren mag – alle Spuren führen, wenigstens vorläufig noch, nach „Oxbridge".

Vom großen Traum, im grüngoldenen Frack der Unsterblichkeit zu strahlen

Von A. GRAF KAGENECK

Was da wie von einem Brennglas zusammengerückt um einen Tisch auf dem Podium der zweiten französischen Fernsehanstalt „Antenne 2" sitzt und sich 90 Minuten lang in einer „Stunde der Wahrheit" gegenseitig entblättert, ist die perfekte Illustration der alten und *der neuen französischen Elite. Der* Befragte ist Valery Giscard d'Estaing, ehemaliger Präsident der Republik, vom Scheitel bis zur Sohle die Inkarnation französischen elitären Selektionismus". Von frühester Kindheit an von ehrgeizigen Eltern auf das Ziel vorbereitet, *einmal der erste Mann* des Landes zu sein, hat er den steil bergan verlaufenden Weg der unbarmherzigsten Auslese durchlaufen, die man in Europa anwendet.

Kindergarten bei den katholischen Brüdern, Gymnasium Blaise-Pascal in seiner *Heimatstadt* Clermont-Ferrand, Umzug nach Paris, Weiterstudium an den beiden Exklusiv-*Anstalten Jeanson-de-Sailly und* Louis-le-Grand (beide natürlich privat und teuer zu bezahlen), Baccalaureat mit summa cum laude, Ecole Polytechnique, Finanzinspektion – eine der am wenigsten bekannten „großen Schulen des Landes", (vom ersten Konsul Napoleon Bonaparte gegründet und dazu bestimmt, die Budget-Vorlagen der Ministerien, aber auch die *Ausgabenpolitik aller* verstaatlichten Unternehmen zu prüfen), Sprungbrett meist für sehr viel höhere Ehren. Die kamen dann für Giscard – mit 30 Jahren – mit der Wahl in die Nationalversammlung. Zwei Jahre später, 1958, Minister unter General de Gaulle, und 1974, noch nicht 50 Jahre alt, Wahl zum Präsidenten der Republik. Ein „Parcours ohne Fehler", wie man in Frankreich sagt.

Um Giscard herum drei Journalisten, drei Vertreter der neuen Elite des Landes. Fernsehstars alle drei, nirgendwo anders für den gemeinen Bürger erreichbar als über den Bildschirm, Halbgötter der Massenkommunikation, Verkünder des wahren *Evangeliums nach François Mitter*rand. Alle drei stehen natürlich dem neuen Regime nahe, nur einer unter ihnen, Alain Duhamel, bei weitem der Gerissenste und Gescheiteste, hat sich aus der Giscard-Ära herüberretten können, was er mit gelegentli*chem vertraulichen Augenzwinkern* zum alten Freund hinüber manifestiert. Die beiden anderen, Serge Joly und Albert du Roy, gehören seit Jahren zum linken Establishment des französischen Journalismus. Alle drei sind Produkte einer unbarmherzigen Auslese in den großen Schulen und eines mörderischen Machtkampfes in den Zentralen der staatlich kontrollierten Fernsehanstalten. Hauchdünn ist die Schicht derer, die sich halten können in der dünnen Luft der audiovisuellen Elite. Aber Elite, im Sinne der Definition des Wortes im Larousse („eine kleine Gruppe, die als das Beste, als das Distinguierte, angesehen werden muß") sind sie alle, und sie baden sich genüßlich im Bewußtsein dieser Zugehörigkeit.

Frankreich ist, wir sagten es schon, wohl das am stärksten auf Auslese und Elite-Bildung ausgerichtete Land Westeuropas. Es mag mit der überaus starken Zentralisierung des Staates zusammenhängen, die ein Erbe des langen Machtkampfes zwischen der königlichen Zentralgewalt *und den Herzögen in den Provinzen* ist und von der Revolution an systematisch betrieben wurde. Diese Zentralisierung betrifft gerade die Bildungsanstalten des Landes. Es ist fast erschreckend zu sehen, wie groß noch heute das Bildungsgefälle zwischen Paris und der Provinz ist, trotz aller Dezentralisierungsversuche mehrerer bürgerlicher und sozialistischer Regierungen seit 1969. Nach wie vor sind sämtliche „großen Schulen" in der Hauptstadt und ihrer Bannmeile konzentriert, befinden sich die besten Gymnasien in ihren Mauern. Nur die Universitäten haben sich nach der großen Explosion der Sorbonne im Mai 1968 ein wenig über das flache Land verteilt und versuchen, den Zustrom an Studiumswilligen schon in Lyon, Caen oder Mont*pellier abzufangen. Aber sie sind* Bildungsinstitute zweiten Grades in diesem einer steilen Pyramide gleichenden Land. Wer wirklich etwas werden will in den „Grands Corps de l'Etat", in den staatlichen Institutionen, geht an die Ena oder die Polytechnique in Paris, schreibt sich, wenn er die Bildungslaufbahn gewählt hat, in die „normale Supérieur" in der Rue *d'Ulm ein, an der Pompidou* und Senghor studierten, ehe sie Präsidenten ihrer Länder wurden, oder besucht die unzähligen Spezialschulen für das Wirtschafts-, das Finanz-, das Gruben- oder das Forstwesen, die fast alle noch in den ehrwürdigen Gebäuden im Sorbonne-Viertel untergebracht sind, in denen sie einst Colbert, Ludwig der Vierzehnte oder Napoleon installierten.

Sie bilden eine Clique unter sich, hochmütig ein wenig und sehr elitär. Oft sind sie durch Freundschaften fürs Leben verbunden, die dann in der Wirtschaft oder im staatlichen hohen Beamtentum nicht selten für unersprießliche Interessenverfilzung sorgen, andererseits *aber Frankreich* jenes phänomenale Korsett liefern, das den Staat über alle Regierungskrisen der 3. und 4. Republik, über alle „große Wenden" der 5. Republik hinweg erhalten hat. Das gilt für weithin anerkannte Wirtschaftsführer, wie Pierre Brunet, *bis vor zwei Jah*ren Botschafter Frankreichs in Bonn, heute Präsident des verstaatlichten Elektrizitätskonzerns CGE, oder Alain Chevalier, den Generalmanager der Moet-Hennessy-Familiendynastie. Beide absolvierten die hohen *Schulen, beide bekleideten hinterein*ander oder nebenher staatliche wie öffentliche Ämter. Beide sind begehrte Gäste in Pariser Spitzensalons. Beide könnte man sich im prunkvollen grüngoldenen Frack des „Unsterblichen" vorstellen, jenes absoluten Eliteprodukts der Nation, *das* über die ewige Reinheit der französischen Sprache wacht.



August Graf Kageneck wurde 1922 in Lieser an der Mosel geboren. Sein Großvater war der letzte Landwirtschaftsminister Kaiser Wilhelms. Nach dem Abitur in Trier absolvierte Kageneck seinen Kriegsdienst bei der Panzertruppe. Seit 1969 ist er Frankreich-Korrespondent der WELT. FOTO: TIBOR PASTORY

Diese Auserlesenen der Nation sind indes nur der dünne Schaum, der auf einem immensen Meer von *Eingeschulten schwimmt. Schon im* dritten Lebensjahr wird der junge Franzose auf die Schule vorbereitet, buchstäblich in die Pflicht genommen. Rüdiger Stephan, ein deutscher Philosoph, der als Leiter der Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes in Paris das französische Schulwesen lange studierte, schrieb in einer Studie für das deutsch-französische Jugendwerk den Satz: „Das Wort von der Schule für das Leben könnte in seiner Umkehrung für das französische Bildungswesen gelten – ein Leben für *die Schule." In der Tat wird nirgend*wo sonst in Europa die Jugend so von der Schule in Anspruch genommen wie in Frankreich, wird so gnadenlos selektiert, werden so gewaltige Anforderungen an Wissen, sprachlichen Ausdruck und Strenge der Analyse *gestellt.* Oft bleiben *psychologische* Folgen nicht aus. Das Baccalaureat, unbarmherzige Schwelle zum Eintritt in ein Leben der Privilegierten, wird vielfach als Guillotine empfunden. Trotzdem bleibt das Phänomen der „Aussteiger" auf einige wenige Fälle begrenzt. Auch wer unter den Tisch fällt, auf dem um die Aufnahme in die Eliten gewürfelt wird, bleibt im Schoße der Nation geborgen. Wer aber durchkam, ist einer würdigen Anstellung auf Lebensdauer sicher, und wer gar als „Major" seiner „Promotion" *aus einer großen Schule hervorging,* darf sich auf die höchsten Weihen gefaßt machen.

Der Mai 1981 hat nichts an diesen Gegebenheiten verändert. Auch der Sozialismus ist elitär. Bei allem Streben nach Egalität und Nivellierung „an der Basis" bleibt er der Pyramide verbunden, die zwangsläufig zur Verdünnung an der Spitze führt. Versuche, die Eliten dem Volke durch eine Reform der großen Schulen näher zu bringen, dem Einfachen leichteren Zutritt zu ihnen zu verschaffen, sind am Kastengeist der Auserwählten gescheitert. Schon vor dem Sieg Mitterrands haben brillante junge Männer wie Jean-Pierre Chevenement, der Führer des linken Flügels der Sozialistischen Partei, oder Gilles Martinet, einer der am schärfsten denkenden Theoretiker des Sozialismus, sich ihr Zeug für spätere Ministerposten auf der Ena oder in der Finanz-Inspektion geholt. Sie sind Eliten des neuen Regimes, aber sie wissen, was sie einer Institution zu verdanken haben, die sich auf die Wurzeln des französischen Staates zurückführen läßt und deren Bestand sie mit Zähnen und Klauen gegen alle Reformversuche verteidigen würden.

Gleichwohl dienen sie als Eliten des Sozialismus einer schlechten Sache. Sie sind das, was Friedrich von Hayek dieser Tage in Paris die „Volontaristen", die „Konstruktionisten" nannte, verschrieben einem „gesellschaftlichen *Projekt", das sich dem* jahrhundertelangen Streben der Menschheit nach mehr wirtschaftlicher, unternehmerischer Freiheit widersetzt. Es gibt Anzeichen dafür, daß sie umzudenken begonnen haben, konstatierte der Nobelpreisträger auf einem Symposium der Mont-Pelerin-Gesellschaft: „Einer der dominierenden Faktoren unserer Zeit scheint mir zu sein, daß die *jungen Eliten* unserer Länder überkommene Ideen zurückweisen und die liberalen Konzeptionen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens wiederentdecken." Es könnte sich die Frage daran knüpfen, ob Hayek nicht eine Binsenwahrheit aussprach, ob Elite und Sozialismus sich nicht ohnehin gegenseitig ausschließen. Frankreich hat sie noch nicht beantwortet.

Ende

Preissprünge gefährden Özals Sanierungsplan

Ankaras Parlament und Presse kritisieren den Premier

E. ANTONAROS, Athen

Wenn das Stichwort Türkei in diesen Tagen in Westeuropa erwähnt wird, so wird automatisch an Todesurteile von Regimegegnern, an unmenschliche Haftbedingungen und an die drei – möglicherweise sogar vier – Polit-Häftlinge gedacht, die im Laufe der letzten Woche an den Folgen ihres Hungerstreiks im Istanbuler Gefängnis Metris gestorben sind. In der Türkei selbst haben die 46 Millionen Türken andere Sorgen: Ihr Hauptgesprächsthema ist die horrende Teuerungswelle, die neuerdings schon wieder gewaltige Sprünge nach oben macht und das Stabilisierungsprogramm der konservativen Regierung von Turgut Özal ins Wanken gebracht hat.

Jede türkische Hausfrau ärgert sich zum Beispiel über die Tomatenpreise: Die knallrote Frucht, die in der Türkei im Überfluß vorhanden ist und als Beilage zu fast jedem türkischen Gericht gehört, ist für viele unerschwinglich teuer geworden. Auf den Märkten von Istanbul und Ankara ist ein Kilo nicht unter 300 Lira (umgerechnet etwa 2,30 Mark) zu haben. Letztes Jahr war der Preis um zwei Drittel niedriger.

Sechs Monate nach der Regierungsbildung durch Turgut Özal und knapp drei Monate nach seinem zweiten Wahlsieg bei den Kommunalwahlen im März müssen die Türken die Gürtel immer enger schnallen. Allein in den ersten fünf Monaten von 1984 sind die Preise um 23 Prozent gestiegen.

Özals engste Mitarbeiter betrachten diese ungünstige Entwicklung gelassen. Zwar räumen sie ein, so der Staatssekretär im Schatzamt, Ekrem Pakdemirli, daß „gewisse Fehler gemacht worden sind". Aber sie interpretieren die Preissprünge als ein „notwendiges Übel, eine Art Kurskorrektur, die vor der endgültigen Stabilisierung der Wirtschaftslage erfolgen muß". Vizepremier Kaya Erdem: „Die Probleme können nicht von heute auf morgen gelöst werden."

Zweifel in der Partei

Weniger zuversichtlich sind jedoch die Fraktionsmitglieder der rechtskonservativen „Mutterlandspartei", die die Türkei seit den Wahlen im November 1983 mit einer bequemen Parlamentsmehrheit regiert. Während einer stürmischen Fraktionssitzung erlebte Özal eine regelrechte Rebellion seiner Abgeordneten. Sie hielten ihm vor, das Parlament bei wichtigen Entscheidungen zu umgehen, die Meinung der Fraktion zu ignorieren und mit autoritärem Gehabe die Macht auszuüben. Zahlreiche Volksvertreter sagten Özal ins Gesicht, daß er zu stark mit seinem Sanierungsprogramm beschäftigt sei und für die Probleme des Durchschnittstürken kein Verständnis habe.

Kritik kommt auch von der Presse. Sie prangert die „unübersichtliche Marschroute der Regierung mit einem Zickzack-Kurs" an. Und selbst Özals einst wichtigste Verbündete, die Industrie- und Unternehmerkreise in Istanbul, Izmir und Adana gehen auf Distanz zu ihm.

Die Unternehmerverbände haben Özal aufgefordert, seine restriktive Kreditpolitik teilweise zu ändern und die Kreditzinsen zu senken. „Es gibt kaum noch Investitionen, die Produktion stagniert, die Arbeitslosigkeit kann auf diese Art und Weise nicht bekämpft werden", meinte Mehmet Yazar, der Vorsitzende des Verbands aller türkischen Industrie- und Handelskammern. Aber Özal ist zum Nachgeben nicht bereit. Im Gegenzug kündigte er an, daß er die Kredithähne zusätzlich zudrehen will, weil zu viel Bargeld im Umlauf sei.

Hohe Arbeitslosigkeit

Özal pocht auf seine Teilerfolge in den Jahren 1980 bis 1982, als er als Vizepremier unter den Generälen die Staatsfinanzen in Ordnung brachte und die Inflation von jährlich 130 auf 35 Prozent senkte. Daher ist er jetzt zuversichtlich: Seiner Ansicht nach sind die derzeit hohe Inflationsrate und die Arbeitslosigkeit eine Art Nachwehen der Liberalisierung der türkischen Wirtschaftsstruktur, die er im Laufe seiner ersten sechs Amtsmonate ohne Rücksichtnahme auf Proteste und Reaktionen vollzogen hat. Bis zum Jahresende braucht er noch Zeit: Erst dann wird sich zeigen, ob seine Roßkur, die immer weniger populär ist, Erfolge zeigt.

Denn ungeduldig werden nicht nur Lohnempfänger und Unternehmer. Özal bekommt auch die Unzufriedenheit der Generäle in den Kulissen zu spüren. Staatspräsident General a. D. Kenan Evren sagte öffentlich, daß er die Wirtschaftspolitik der Regierung nicht voll akzeptieren könne. Auch andere Generäle haben für Özals marktwirtschaftliche Öffnung nicht viel übrig. Ihnen ist aus Traditionsgründen das stark etatistische Modell, das die Türkei wohl mit wenig Erfolg seit den Gründungsjahren Atatürks angewandt hat, viel zu liberal. Möglicherweise von den Generälen ermutigt, haben einige Oppositionspolitiker vorausgesagt, daß Özal spätestens im Herbst gezwungen werden soll, eine Koalitionsregierung zu bilden.

Aber Özal verwahrt sich gegen Eingriffe in seine Wirtschaftspolitik. Es ist ein offenes Geheimnis in Ankara, daß er bei der Aufgabenteilung mit den Generälen Entscheidungsfreiheit im Wirtschaftsbereich erkämpft hat. Diese haben wiederum das letzte Wort in Sicherheits- und außenpolitischen Fragen. Daher will Özal nichts unternehmen, was die Generäle – etwa im Zusammenhang mit den Haftbedingungen in den Gefängnissen – verärgern könnte. Er anerkennt die Existenz von Polit-Häftlingen nicht und spricht von „Straftätern".

(SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streik, Schlichter, Logik

Georg Leber ist um seine ehrenvolle, aber fast zum Scheitern verurteilte Aufgabe nicht zu beneiden. Er ist seinen Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen zur Solidarität verpflichtet. Aber kann er dem so entsprechen, wie diese es verstehen, als verantwortungsbewußter Politiker, als der er sich bisher stets erwiesen hat? Kann er das schon mit Rücksicht auf jene nicht wenigen Partei- und Gewerkschaftsfreunde, die todunglücklich darüber sind, was sich seit Wochen im Kampf um die 35-Stunden-Woche tut?

Es wird viel Mut zu dem richtigen Rollenverständnis gehören, den heute auch ein Sozialdemokrat und Gewerkschaftsmann haben muß, wenn er nicht politisch auf Wirtschafts- und Gesellschaftskrise spekuliert, sondern an das Gemeinwohl denkt. Was wird in Zukunft alles notwendig sein, wenn wir mit den Herausforderungen unserer Zeit fertig werden wollen! Mit Umweltschutz, internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Entwicklungshilfe, unrationellem Sozial- und Bildungssystem und ausreichender Verteidigungsfähigkeit, um nur einige der wichtigsten zu nennen.

In einer solchen Situation können wir uns am allerwenigsten ein so irrationales Experiment wie die generelle 35-Stunden-Woche mit oder ohne Lohnausgleich leisten, weil es auf jeden Fall zu viel kosten würde, ohne eine auch nur einigermaßen sichere Garantie für einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit zu bieten. Hoffen wir, daß Georg Leber seine Kollegen zu überzeugen vermag.

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg 52

*

Das „Zerstörungswerk der derzeitigen Streiks" (F. J. Sstrauß) erheischt neue Antworten. Hier handelt es sich nicht mehr bloß um einen Konflikt der Tarifparteien, sondern wird ebenfalls der Staat schwerstens brüskiert.

Wo heute schon in bestreikten Betrieben die Mehrheit der Arbeitswilligen lt. Presseberichten von mobilen (oft überwiegend kommunistischen) Blockadetrupps durch Gewalt, schlimmste Schmähungen und Bedrohung am Betreten ihrer Betriebsstätten gehindert wird, liegt offene Nötigung vor. Wie lange soll sie noch straffrei bleiben? Und Nötigung kommt, wie Schelsky nachweist, seitens des DGB auch schon gegenüber Regierungsorganen offen zur Anwendung. Obleich es rühmliche Ausnahmen im DGB gibt: Die Mehrzahl seiner Funktionäre, nicht zuletzt Vorsitzender Ernst Breit (obschon als gemäßigt geltend), billigt und schürt diesen rechtswidrigen Arbeitskampf, der, gegen den Willen der großen Mehrheit auch der Arbeitnehmer geführt, aller demokratischen Spielregeln spottet.

Warum ermittelt hier noch kein Staatsanwalt? Laut Artikel 9 des Grundgesetzes sind Vereinigungen, deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderläuft, verboten. Auch Art. 1 (Achtung vor der Menschenwürde), Art. 2 (Respektierung des Sittengesetzes) und andere Artikel des Grundgesetzes werden vom DGB – übrigens schon seit Jahrzehnten! – ständig verletzt. Ein Staat aber ist zur Durchsetzung des Rechts gegen Rechtsbrecher verpflichtet.

Das Streikrecht kann mißbraucht werden. Es ist bedenklich, daß die Polizei lt. vorliegenden Meldungen in den vergangenen Wochen an mehreren Streikplätzen gegen Gewalt nicht eingriff. Erinnern solche Mißstände nicht in fataler Weise an das Endstadium der Weimarer Republik, wo man gegen Hitler nicht mehr vorzugehen wagte, weil er schon als zu stark galt? Will auch Bonn den Weg Weimars gehen?

Rolf von Schoen, 8172 Lenggries

*

Sehr geehrte Herren,

die Behauptung, daß das Streikziel, die Einführung der 35-Stunden-Woche, eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bewirken werde, wird heute nicht einmal mehr von allen ihren früheren Verfechtern aufrechterhalten. Dafür sind die Gegenrechnungen zu überzeugend.

Natürlich ist die 35-Stunden-Woche ebensowenig das Endziel ihrer Befürworter, wie es seinerzeit die 40-Stunden-Woche war. Vielmehr liegt es in der Natur der Sache, daß sie sich mit Hilfe der Streikwaffe dem Traumzustand der Null-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich so weit wie möglich annähern möchten.

Damit stellt sich die Frage, wo das Recht auf Arbeitsverweigerung zur Durchsetzung von Forderungen seine Grenzen findet. Die Antwort darauf hat der Gesetzgeber längst gegeben. § 240, Abs. 1, StGB lautet: „Wer einen anderen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe, in besonders schweren Fällen mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft." Rechtswidrig ist die Tat laut Absatz 2 dann, „wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist".

Es dürfte schwer sein, die Verwerflichkeit von Handlungen oder Unterlassungen zu bestreiten, durch die sich eine Anzahl Menschen Vorteile verschaffen möchte, deren Auswirkungen die Allgemeinheit schädigen und am empfindlichsten die sozial Schwachen treffen, die nicht streiken können.

Im Fall des Druckerstreiks kommt hinzu, daß hierbei die Abhängigkeit der Zeitungsverleger von ihren Anzeigeneinnahmen ausgenutzt wird, um sie zu zwingen, sich den gegen sie erhobenen Forderungen zu beugen. Da durch die Folgen des Streiks außerdem die Informationsfreiheit der Bürger beeinträchtigt und Art. 5 des Grundgesetzes verletzt wird, ist dieser Streik, geführt von Personen, deren Löhne seit langem – teilweise erheblich – über dem allgemeinen Lohndurchschnitt liegen, besonders verwerflich.

Für Streiks dieser Art, die keiner Notlage entspringen, ist nicht der Schlichter, sondern der Richter zuständig.

Horst-Peter Lenz, München 71

*

Die Kernsätze aus dem Gespräch mit Hermann Rappe, „daß sich die Gewerkschaften nicht gegen den technologischen Fortschritt stellen dürfen" sowie „andererseits darf und kann sich keine Gewerkschaft mit 2,5 Millionen Arbeitslosen abfinden" ist genau so aufschlußreich wie „Die Schmerzgrenze liegt bei etwa einer halben Million".

Einem Gewerkschafter, der über vierzig Jahre ausschließlich in chemie- und kunststofferzeugenden Firmen gearbeitet hat, kommt in Erinnerung die Zeit der Weimarer Republik mit sechs Millionen miserabel versorgten Arbeitslosen und Notverordnungen, die auch vor Tarifvereinbarungen nicht halt machten, sondern zweimal trotz steigender Preise von Amts wegen Herabsetzungen vornahmen.

Zur anvisierten Schmerzgrenze. Ich höre in den letzten Tagen immer von „etwa einer halben Million". Warum noch länger warten? Wir hatten im Jahr 1974 582 000; 1975 1 074 000; 1976 1 060 000; 1977 1 030 000; 1978 993 000; 1979 876 000; 1980 889 000; 1981 1 272 000 und 1982 1 833 000 Arbeitslose in der Bundesrepublik Deutschland.

Haben wir dies so schnell vergessen? Und abschließend noch eine mir besonders am Herzen liegende Frage: Gibt es, was die Gewerkschaftsunternehmen anbetrifft, keine Schmerzgrenze?

E. Götz, Waiblingen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Nichts braucht man so sehr in künstlerischer Arbeit wie das Gewissen. Es ist der einzige Maßstab. Darum ist es sehr wichtig, in den frühen Jahren das Gewissen nicht zu mißbrauchen, nicht hart zu werden an der Stelle, auf der es liegt."

Rainer Maria Rilke; dt. Dichter (1875–1926)

Personalien

EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, Prälat **Paul Bocklet**, für seine Verdienste um die Beziehungen zwischen Staat und Kirche das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Bocklet hat die Auszeichnung in Düsseldorf aus der Hand des nordrhein-westfälischen Kultusministers Hans Schwier entgegengenommen.

*

Dr. **Wolfgang Pehnt**, Redakteur und Leiter der Abteilung Literatur und Kunst im Deutschlandfunk, ist mit dem „Literaturpreis" des Deutschen Architekten- und Ingenieurverbandes (DAI) ausgezeichnet worden. Der Preis, der vor vier Jahren zum letzten Male verliehen wurde, gilt dem „umfangreichen literarischen und publizistischen Werk, dessen kritische Auseinandersetzung mit Architektur richtungweisende Maßstäbe in der Verantwortung gegenüber Architektur setzt".

*

Der bayerische Kultusminister Professor **Hans Maier** hat Professor Dr. **Heinz Goerke** aus München, Professor Dr. **Heinz Jagodzinsky** aus Gauting und Professor Dr. **Arthur Mayer** aus München das ihnen vom Bundespräsidenten **Karl Carstens** verliehene Bundesverdienstkreuz Erster Klasse überreicht.

*

Im Rahmen eines Empfangs für die Deutschen Europaparlamentarier verlieh der Bundespräsident **Karl Carstens** das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband an den schwäbischen Europaabgeordneten **Hans August Lücker**. Der Bundespräsident würdigte dabei die hervorragenden Dienste und den besonderen Einsatz Lückers für das europäische Einigungswerk. Lücker ist Gründungsmitglied des Europaparlamentes und gehört ihm seit 1958 an. Zehn Jahre war er ununterbrochen Sprecher des Europäischen Parlaments für den Aufbau der europäischen Agrarpolitik; anschließend war er sechs Jahre Vorsitzender der christdemokratischen Fraktion und zuletzt drei Jahre Vizepräsident des Parlamentes. Lücker ist bisher der einzige Europaparlamentarier, der diese höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat.

*

Paul-Dieter Steeger erhielt im Rahmen der 34. Jahrestagung der Vereinigung Nordwestdeutscher Orthopäden eV in Bremen den Albert-Hoffa-Preis. Der Professor der Universität Mainz bekommt die mit 5000 DM dotierte Auszeichnung für seine wissenschaftliche Arbeit zur „elektro-myographischen Analyse über Patienten, die an einer Hüftverschleißungserkrankung leiden". **Albert Hoffa** (1859–1907) führte 1889 die erste nicht verstümmelnde Operation zur Behandlung der angeborenen Hüftgelenkverrenkung aus. Unter den rund tausend Teilnehmern des Kongresses befinden sich 160 Referenten aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Italien und den Niederlanden. Zum Hauptthema wurde u. a. die Diagnostische Arthropädie großer Gelenke ausgewählt, was so viel heißt wie die Beobachtung des Gelenkinnern mit eigens dazu entwickelten Geräten einschließlich Video-Übertragung.

*

Die Mainzer Maler **Guido Ludes** und **Dittmar Groß** sowie der Kölner Bildhauer **Peter Großbach** werden mit dem Daniel-Henry-Kahnweiler-Preis 1984 am 24. Juni (Sonntag) ausgezeichnet. Der 1884 in Mannheim geborene Kunsthändler Kahnweiler zählt als Wegbereiter der Kunst des 20. Jahrhunderts. In Paris förderte er die Maler **Pablo Picasso**, **Georges Braque**, **Juan Gris** und **Ferdinand Leger** sowie die Bildhauer **Manolo** und **Henri Laurens**.

*

Mit dem Ehrenbürgerrecht der Stadt Kassel wurde Dr. **Elisabeth Selbert** ausgezeichnet. Dr. Elisabeth Selbert ist eine der vier Frauen im 67köpfigen parlamentarischen Rat gewesen, die maßgeblich Anteil an der Gestaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland hatte. Sie ist vor allem für ihr Eintreten für die Rechte der Frauen sowie für ihr Engagement für ihre Vaterstadt Kassel geehrt worden. So hatte sich die heute 87 Jahre alte Rechtsanwältin und SPD-Politikerin über sechs Jahrzehnte aktiv für die verfassungsmäßige Verankerung der Gleichberechtigung der Frau eingesetzt.

GEBURTSTAG

Münchens ungekrönter Modefürst **Max Dietl** feierte seinen 70. Geburtstag. Der Herrenschneider, der bei zahlreichen Prominenten vom ehemaligen Bundespräsidenten **Walter Scheel** über den Konzernherrn **Friedrich Karl Flick** bis zum gewichtigen Sänger **Ivan Rebroff** Maß und Tuchfühlung genommen hat, ist gleichzeitig Präsident des Deutschen Modeinstitus München und Modepreisträger der bayerischen Landeshauptstadt. Dietl wuchs bereits mit der Mode auf: Sein Vater war Zuschneider bei einer Münchner Bekleidungsfirma. Sein Sohn Max bewies schon bald Talent im Umgang mit Nadel und Schere, legte 1937 als einer der jüngsten die Meisterprüfung ab, war bis 1943 als Zuschneider in führenden Häusern tätig und begann nach dem Krieg mit dem Umarbeiten von Uniformen zu Anzügen. 1945 machte er sich selbständig und zog in die Räume an der Residenz in München, die er inzwischen zum luxuriösen Modetempel hochstilisiert hat.

Wird Alessandro Natta Italiens KP-Chef?

Er vertritt die Parteilinie Berlinguers / Morgen ist Wahl

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Nach Abschluß der Sondierungsgespräche, in denen alle führenden KPI-Funktionäre ihren Vorzugskandidaten für das Amt des neuen Parteichefs benennen konnten, scheint die Vorentscheidung über die Nachfolge des verstorbenen Generalsekretärs Enrico Berlinguer gefallen zu sein. In Rom wird allgemein damit gerechnet, daß sich das Zentralkomitee morgen abend mit großer Mehrheit für den 66jährigen Alessandro Natta entscheidet. Natta war bisher Präsident der zentralen Kontrollkommission und koordinierte nach der plötzlichen Erkrankung Berlinguers die Arbeiten des Parteisekretariats. Der promovierte Philologe und Artillerieleutnant des Zweiten Weltkrieges, der aus dem ligurischen Imperia stammt, hat in den letzten Jahren stets ohne jede Einschränkung die Parteilinie Berlinguers vertreten. Seine Wahl wäre nach Ansicht politischer Kreise eine Übergangslösung – darauf angelegt, den notwendig werdenden Generationswechsel in der Parteiführung vorzubereiten.

Die Methode der Sondierung bei der Auswahl eines neuen Parteisekretärs ist in der Geschichte der italienischen KP zum erstenmal praktiziert worden. Eine ganze Woche lang hatten die Sekretariatsmitglieder Pecchioli und Tortorella Einzelgespräche mit den 175 Mitgliedern des Zentralkomitees und den 64 Mitgliedern der zentralen Kontrollkommission geführt. In diesen Gesprächen, deren Verlauf protokolliert wurde, konnte jeder Befragte seinen Kandidaten für die Berlinguer-Nachfolge benennen und seine Meinung über den künftigen Kurs der Partei kundtun. Der Parteivorstand will dann morgen vor der Zentralkomiteesitzung die Protokolle sichten und auf ihrer Grundlage seinen Wahlvorschlag unterbreiten.

Obwohl der Inhalt der Protokolle vor der Öffentlichkeit streng geheimgehalten wird, haben viele der Befragten nach ihren offiziellen Gesprächen im römischen Parteihauptquartier unter der Hand ihre Präferenzen durchblicken lassen. Diese ihrer Eräußerungen ergeben zusammengenommen ein ziemlich klares Bild über den Stand der Nachfolgediskussion. Nattas Kandidatur war offenbar zuerst von der Gruppe der engsten Berlinguer-Gefolgsleute lanciert worden, die in der Partei eine Position der Mitte einnehmen. Der „rechte" Flügel, der ursprünglich für den „gemäßigten" Gewerkschaftsfunktionär Luciano Lama eingetreten sein soll, hat sich dann angeblich auch für die Unterstützung der Natta-Kandidatur entschieden, weil sie sich als „Übergangslösung" anbiete und für die definitive Nachfolgeregelung nicht präjudiziere.

Die Turiner „Stampa" führte parallel zu den Sondierungsgesprächen im römischen KP-Hauptquartier eine private Befragung der leitenden Parteifunktionäre in zehn der wichtigsten italienischen Regionen durch. Außer in der Lombardei, wo die meisten der Befragten Lamas Namen nannten, sprach sich in allen diesen Regionen die Mehrheit der Funktionäre für Natta aus. Zur Begründung dieser Wahl wurde dabei vorwiegend das Argument ins Feld geführt, daß mit Natta die Fortsetzung des Berlinguer-Kurses und die Geschlossenheit der Partei am ehesten garantiert seien. Erst in zweiter Linie wurden die Namen Lamas, des noch relativ jungen Sekretariatsmitgliedes Achille Occhetto und des ehemaligen Bologneser Bürgermeisters Renato Zangheri genannt.

Zur diskussion gestellt wurde im Verlauf der Sondierungsgespräche dem Vernehmen nach auch die Möglichkeit, Natta als Parteisekretär einen Parteipräsidenten oder ein bis zwei Vizeparteisekretäre zur Seite zu geben. Natta soll jedoch mit einer solchen De-facto-Einschränkung seiner Befugnisse nicht einverstanden sein.

Gemeinsames Kommando für Golf-Stabschefs?

AFP/rtr, Manama/Riad

Die Stabschefs der sechs im Golf-Kooperationsrat (GCC) zusammengeschlossenen Staaten haben am Samstag in der saudiarabischen Hauptstadt Riad über die Schaffung eines gemeinsamen Oberkommandos beraten. Dem Rat gehören Saudi-Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrein, *Katar und Oman* an. Zwecks der Gespräche war nach Angaben des katarischen Stabschefs Scheich Mubarak Bin Abdul-Rahman eine militärstrategische Integration zwischen den sechs Staaten, die nach seinen Worten jedoch erst nach geraumer Zeit verwirklicht werden kann.

Arabische Diplomatenkreise bewerteten die Beratungen als weiteren Schritt in den von Saudi-Arabien betriebenen Bemühungen, die Golf-Staaten militärisch auf einen Ausweitung des seit dreieinhalb Jahren anhaltenden Krieges zwischen Irak und Iran vorzubereiten. Vor allem den Luftangriffen auf die Handelsschifffahrt im Persischen Golf hatten die *Golfanrainer bisher wenig entgegen*zusetzen. Erst am 5. Juni schossen saudiarabische Jäger erstmals einen iranische Maschine ab.

Der Generalsekretär des Golf-Kooperationsrates Abdullah Bischara nannte die Konferenz die Konsequenz aus den Beschlüssen der GCC-Gipfelkonferenz. Sie unterstreiche die Entschlossenheit ihrer Mitglieder, ihre Interessen zu verteidigen und ihre Sicherheit selbst zu gewährleisten.

„DDR"-Diplomat verschwunden

AFP, New York

Der bei der UNO tätige *mitteldeut*sche Diplomat Dietmar Wall ist seit zwei Tagen spurlos aus seiner New Yorker Wohnung verschwunden.

Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums erklärte, es gebe *keinen Grund zu der Annahme*, daß der Diplomat „abgesprungen" sei. Nach Angaben der Polizei haben Kollegen Walls das State Department benachrichtigt, nachdem der Diplomat zwei Tage nicht an seinem Arbeitsplatz erschienen war. In seiner Wohnung seien „nichts Anormales und keine Spuren von Gewalt" festgestellt worden.

Genscher: FDP-Chef soll auch Minister sein

Zimmermann nennt Strauß für Lambsdorff-Nachfolge

STEFAN HEYDECK, Bonn

Das FDP-Präsidium und die Landesvorsitzenden der Freien Demokraten treten morgen abend in Bonn zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen werden, wie schon bei einem Treffen zwischen Parteichef Hans-Dietrich Genscher und den Landeschefs am vergangenen Donnerstag, Personalfragen stehen. Dabei wird es in erster Linie darum gehen, ob und wann der frühere FDP-Generalsekretär und bisherige Vor*sitzende der liberalen Fraktion im* Europa-Parlament (ELD), Martin Bangemann, die Nachfolge von Genscher als FDP-Vorsitzender antritt. Ein weiteres Thema wird die Frage sein, ob Bangemann im Falle der Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, zu der es möglicherweise in dieser Woche kommen wird, dessen Regierungsamt übernimmt. Außerdem könnte die Diskussion darüber fortgesetzt werden, ob bei ei*nem Rücktritt von Lambsdorff* gleichzeitig auch Bundesjustizminister Hans Engelhard abgelöst wird.

Sonderparteitag gefordert

Am Wochenende hatten sich die Liberalen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Bangemann als Genscher-Nachfolger ausgesprochen. Dabei hatte der Hauptausschuß der schleswig-holsteinischen FDP in Bad Bramstedt für den Herbst einen Sonderparteitag gefordert. Denn ohne eine rechtzeitige Neuwahl des FDP-Chefs könnten die Liberalen die im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahlkämpfe in Nordrhein-Westfalen, Berlin und dem Saarland nicht unbelastet von Personaldiskussionen führen. Dagegen ließ der Berliner FDP-Vorsitzende Rasch *in Sachen Bangemann Distanz* erkennen.

Übereinstimmend haben Genscher und Bangemann am Wochenende erklärt, daß der künftige Parteivorsitzende auch ein Ministeramt in Bonn *erhalten solle. Im Hessischen Rund*funk betonte Genscher dazu, daß jede der drei Koalitionsparteien über die Besetzung der ihnen zustehenden Ministerien selbst entscheide. Gegenüber „Welt am Sonntag" sagte Bangemann, durch die „Verankerung" im Kabinett werde das „politische Gewicht" eines Parteivorsitzenden größer. Er trat dafür ein, „allen persönlichen Zündstoff aus der Koalition herauszuhalten". Es gebe nur zwei Mög*lichkeiten für das Regierungsbünd*nis: „Entweder wir finden uns zusammen und versuchen, unser Programm *zu verwirklichen, oder wir überlassen* den Rot-Grünen das Feld."

Union braucht starke FDP

Auch Genscher wies mit Blick auf die Opposition darauf hin, daß die Union zur weiteren Gestaltung der Politik an einer starken FDP interes*siert sein müsse. Er räumte ein*, daß die „Notwendigkeit einer sehr eindeutigen und kämpferischen Auseinandersetzung mit den Grünen" zu lange verkannt worden war. Ausdrücklich sprach er sich für „eine sehr dichte Abstimmung" und möglichst enge Zusammenarbeit der Vorsitzenden der Regierungsparteien aus.

Vorbehalte gegen die Berufung von Bangemann zum Wirtschaftsminister meldete unterdessen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann an. Im „Spiegel" meinte der CSU-Politiker zur Frage einer größeren Kabinettsumbildung, diese hänge davon ab, ob die FDP das Wirtschaftsministerium mit einem erstklassigen Mann besetzen könne: „Hier habe ich bis jetzt nichts Überzeugendes gehört." Gleichzeitig brachte er erneut CSU-Chef Franz Josef Strauß als Lambsdorff-Nachfolger ins Gespräch.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, der durch eine Beitrag im „Spiegel" wegen einer angeblichen Verknüpfung von privaten wirtschaftlichen Interessen mit Amtsgeschäften ins Zwielicht gebracht worden war, hat inzwischen alle Rücktrittsforderungen zurückgewiesen und dem „Spiegel" eine Ge*gendarstellung zugeschickt.* Darüber hinaus will Möllemann heute mit Dokumenten und einer Erklärung seine *Unschuld* beweisen. In „Bild am Sonntag" kündigte er außerdem an, „rechtlich" gegen seinen früheren Mitgesellschafter des TFK-Verlags, Georg Fuß, vorzugehen. Der hatte gegenüber BamS erklärt: „Alle Vorwürfe im 'Spiegel' sind richtig."

Grüne wollen die Rotation abschaffen

dpa, Stuttgart

Die Partei der Grünen muß und wird nach Auffassung ihrer Frak*tionssprecherin Waltraud Schoppe* die sogenannte Rotation in der Mitte der Legislaturperioden abschaffen *und mehr hauptamtliche, bezahlte* Kräfte einstellen. In einem Interview zog Frau Schoppe aus dem Ergebnis der Grünen bei der Europawahl die Konsequenz, daß die Grünen ihre Arbeit professionalisieren müssen.

Das bedeute, daß das Prinzip der kurzfristigen Rotation, also der Wechsel der Mandatsträger in der Mitte der Wahlperioden, nicht durchzuhalten sei. Die Grünen hätten nicht genügend Leute, um alle Mandate mit Abgeordneten und Nachrückern doppelt zu besetzen, wenn sie bei den kommenden Wahlen so gut abschnitten wie bei der Europawahl. Daher *werde die Rotation nicht „hinhauen"*. Zugleich müßten die Grünen „viel mehr Leute freistellen und bezahlen, die die Arbeit organisieren, auch wenn die Basis das nicht hören will".

Frau Schoppe ging aber davon aus, daß die Grünen in der Mitte dieser Bundestagswahlperiode rotieren werden, weil sie in diese Runde mit dieser Absicht *hineingegangen* seien.

Mittelstand: Kritik an Gewerkschaften

lnw, Düsseldorf

„Einseitige Parteinahme" hat die Mittelstandsvereinigung der CDU Rheinland in ihrem Informationsdienst „Mittelstand aktuell" den Gewerkschaften vorgeworfen. Sie befänden sich im Schlepptau der SPD, die zunehmend zur „linksradikalen Gewerkschaftspartei" werde. Der „Schulterschluß von Gewerkschaften und *SPD" sei vollzogen.*

Den CDU-Mitgliedern in den Gewerkschaften und insbesondere den *Mitgliedern der CDU-Sozialaus*schüsse wirft das Blatt vor, ihr Aufruf, in die Gewerkschaften ein*zutreten, um über die Mitgliedschaft* diese „unheilvolle Entwicklung" zu stoppen, sei vordergründig und selbst für eine „Alibifunktion zu schwach". Niemand wolle die Gewerkschaften abschaffen, betont „Mittelstand aktuell". Aber „muß man wirklich hinter Gewerkschaftsbossen herlaufen, die in Wirklichkeit unablässig für die gegnerische Partei tätig sind?"

Statt Wahlen: In Bangladesch ist die Armee allgegenwärtig

General Erschad in der Defensive / Eine unterdrückte, aber starke Opposition

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„CMLA" ist das Kürzel für „Chief Martial Law Administrator" (Oberster Kriegsrechtsverwalter), was schlicht „Militärdiktator" bedeutet: Gemeint ist General Erschad, der sich selber zum Präsidenten von Bangladesch ernannt hat. CMLA heißt aber auch „Cancellation of my last announcement" – Annullierung meiner letzten Ankündigung. Dieses Wortspiel kursiert zur Zeit als politischer Witz in der Hauptstadt Dhaka. Dreimal hat Erschad in den letzten zehn *Monaten Termine* für Wahlen bekanntgegeben, dreimal hat er sie widerrufen. „Erschad", so meint nicht *nur die Oppositionsführerin Hasina* Wajed, sondern auch viele Militärs, „hat den letzten Rest an politischer Glaubwürdigkeit verloren."

Zwei Allianzen

Für das Regime des Generals, der vor 28 Monaten in einem unblutigen Staatsstreich die Macht in Bangladesch übernommen hatte, geht es seitdem nur ums politische Überleben. Trotz vieler Versprechen, mit der Korruption im Land aufzuräumen, Land an Besitzlose zu verteilen und die Wirtschaft in Schwung zu bringen, hat sich nichts geändert – im Gegenteil: *die Armee ist allgegenwär*tig, wird mit großzügigen Investitionen bei Laune gehalten. Im Land herrscht noch immer Kriegsrecht, politische Aktivitäten der Oppositionsparteien – die zeitweise verboten waren – werden unterdrückt.

Dennoch ist die Vereinte Opposition stärker denn je: die 15-Parteien-Allianz unter der Führung von Hasina Wajed, Tochter des ermordeten Staatspräsidenten Scheich Mundschib-ur Rahman und die Sieben-Parteien-Allianz der Witwe des ebenfalls ermordeten Präsidenten Zia-Ur Rahman, Begum Khaleda Zia.

Ihrem Druck und dem der demonstrierenden Bevölkerung in den Städten des Landes mußte er nachgeben, nachdem er im vergangenen Jahr verkündet hatte, er wolle erst Präsidentschafts- und dann Parlamentswahlen durchführen lassen. Auch sein Plan, Vorsitzende der „Upa Zilla" – eine Art Distriktverwaltung – wählen zu lassen, scheiterte an einer Welle von Demonstrationen und Terroranschlägen, bei denen 15 Top-Kandidaten Erschads ermordet worden waren. Alle 460 Kandidaten kamen im übrigen aus dem Lager Erschads.

Endlich schien dann im März die Opposition ihr Ziel erreicht zu haben, als „Kompromiß" verkündete der Kriegsrechts-Herrscher, er werde am 27. Mai gemeinsame Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durchführen lassen. Doch auch dazu kam es nicht: Erschad hat per Fernsehansprache der Nation verkündet, die Zeit für Wahlen sei „noch nicht reif", sie könnten „irgendwann im Winter stattfinden". Damit hat er – nach den Worten von *Hasina* Wajed – „die ganze Nation enttäuscht".

Die Gründe für die Unsicherheit des Generals liegen in der Schwäche seines Regimes, das über die Frage „Militärdiktatur für alle Zeiten" oder „*demokratische* Regierungsform" zerstritten ist. Von den Generälen der 73 000 Mann starken Armee sind einige bereit, den Waffenrock auszuziehen um Ministerämter zu bekleiden, andere aber halten Demokratie für schlichten Unsinn, der das Land tiefer in Ruin und Chaos stürzen würde. Einer, der so *denkt, ist Generalmajor* Abdul Mannaf, Kommandant jener Chittagongregion, von der bisher stets der *Funken zum* Umsturz bestehender Regierungen ausging, und den Erschad jetzt kurzerhand entlassen hat.

Erschad stützt sich in seinem Bemühen um Demokratie im Land auf *jüngere Offiziere* mit politischen Ambitionen. Doch wie weit er sich auf diese verlassen kann, ist fraglich, nachdem einer seiner engsten Berater aus dieser jungen Garde, der Chef des militärischen Geheimdienstes, Generalmajor Abdus Salam, offensichtlich selber Präsident werden will.

Kein Rückhalt im Volk

Auch die Jana-Dal-Partei, die Erschad Ende 1983 als Sprungbrett zum Wahlsieg gegründet hatte, steht nicht mehr geschlossen hinter dem Staatschef, nachdem Erschad bei der Nominierung seines Ministerpräsidenten Parteipräsident Chaudhury übergangen hat. Die Jana-Dal wird zwar von der Armee gefördert, wo immer es mög*lich ist, dennoch fehlt ihr der* Rückhalt in der Landbevölkerung – *die Mehrheit der Wähler.* Sie genießt *bei ihr den Ruf*, eine bunt zusammengewürfelte Organisation zu sein.

Die hat die Opposition zwar auch *nicht, dafür* aber den Rückhalt in der Bevölkerung und das gemeinsame Ziel, Erschad zu stürzen. Wie es dann weitergehen soll – darüber streiten sich heute schon Hasina Wajed und Khaleda Zia: Die eine will eine Regierung nach britischem Vorbild, die andere das von ihrem Ehemann eingeführte Präsidialsystem.

Kennedy an der Seite Mondales?

US-Demokraten plädieren für jährlichen Gipfel zwischen Moskau und Washington

DW. Washington

In den USA wird in Kürze damit gerechnet, daß Senator Edward Kennedy förmlich die Anwartschaft Ex-Vizepräsident Walter Mondales auf Nominierung für die Präsident*schaftskandidatur der oppositionel*len Demokraten bestätigt und unterstützt. Mitarbeiter Mondales erklär*ten, der prominente* Senator habe heute seinen Besuch in Mondales Haus angesagt. Über den Zweck des Besuches machten sie aber keine Angaben.

In zuständigen Kreisen wurde die Vermutung geäußert, Kennedy wolle Mondale seine Unterstützung zusichern, nachdem er den ehemaligen Vizepräsidenten *bisher mehrfach mit* harten Worten kritisiert hatte. Die Möglichkeit, daß Kennedy die Absicht haben könnte, seine Anwartschaft für das Amt des Vizepräsidenten unter Mondale anzumelden, wurde von Mitarbeitern Mondales ausgeschlossen. Mondale führt zur Zeit Gespräche mit führenden Demokraten, um einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten im Vorfeld der Präsidenten-Wahlen am 6. November zu finden.

Die demokratische Partei hat am Samstag in Washington ihr Wahlprogramm verabschiedet, das deutlich auf den Sieger der Primärwahlen, Walter Mondale, zugeschnitten ist. Das Programm enthält aber auch Ideen, die die beiden bedeutendsten Rivalen Mondales, Senator Gary Hart und der Farbigenführer Jesse Jackson, während ihrer Wahlkampagne entwickelt hatten.

Das Wahlprogramm, das von einem Sonderausschuß der Demokrati*schen Partei ausgearbeitet* wurde, wird im Juli auf dem Konvent der Demokratischen Partei in San Francisco als Diskussionsgrundlage dienen. In San Francisco wird der demokratische Herausforderer des republikanischen Präsidenten Reagan bei den Wahlen im November gewählt werden.

Auf außenpolitischem Gebiet schlägt die Wahlplattform der Demokraten einen jährlichen Gipfel zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie „vernünftige Abkommen über Rüstungskontrolle" *vor. Die Demokraten werfen Präsi*dent Reagan vor, seit 50 Jahren der erste amerikanische Präsident zu *sein, der nicht mit der sowjetischen* Führung zusammengetroffen ist. Im Hinblick auf das Mittelamerika-Problem sieht das Wahlprogramm eine Einstellung der Hilfe der amerikanischen Regierung für die Rebellen vor, die die nicaraguanische Regierung bekämpfen. Gleichzeitig wird eine „Stabilisierung" der Beziehungen zu Kuba vorgeschlagen. Die Militärmanöver der Vereinigten Staaten in Mittelamerika sollen eingeschränkt werden. Die Hilfe an El Salvador soll von einer Verbesserung der Menschenrechtslage in diesem Land abhängig gemacht werden.

Auf innenpolitischem Gebiet weist die Wahlplattform eine bedeutende Reduzierung des Verteidigungsbudgets zurück, wie Jesse Jackson sie gefordert hatte. Die Demokraten kritisieren das enorme Haushaltsdefizit der Bundesregierung, das auf 200 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Insgesamt zeigt das Wahlprogramm, daß es Mondale geschickt verstanden hat, mit seinen Mitkonkurrenten zusammenzuarbeiten. Die für heute vorgesehene Begegnung *mit Edward Kennedy* demonstriert zugleich, daß er – zunächst erfolgreich – den Versuch unternimmt, den *linksliberalen Teil der Demokrati*schen Partei mit einzubinden.



„Solidarität" gibt geringere Wählerzahlen an als Regierung

AP, Warschau

Die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" hat am Wochenende weitere *Zahlen über die Beteiligung* an den polnischen Kommunalwahlen vom vergangenen Sonntag verbreitet. Sie *wirft der Regierung vor*, weit überhöhte Angaben über die Wahlbeteiligung veröffentlicht zu haben. Einer der im Untergrund aktiven Führungsfunktionäre der Gewerkschaft, Zbigniew Bujak, gab an, in Breslau habe die tatsächliche Wahlbeteiligung nur 40 Prozent betragen, in Danzig 55 Prozent und in Posen 66 Prozent. Bereits am Mittwoch hatte die Gewerkschaft in einem Flugblatt erklärt, in Warschau seien nur 57,4 Prozent der Berechtigten zu den Urnen *gegangen und nicht*, wie *von der Re*gierung angegeben, 71 Prozent.

Nach Darstellung der Regierung in Warschau sollen sich im Landesdurchschnitt 75 Prozent der Bürger an der Wahl beteiligt haben. Bujak erklärte, dies sei um „über ein Dutzend Prozentpunkte" übertrieben. Die Gewerkschaft gibt an, Tausende hätten in ihrem Auftrag *heimlich* an den Wahllokalen die Wähler gezählt oder als Mitglieder von Wahlkommissionen die bei dieser Tätigkeit *erlang*ten Informationen weitergegeben.

Bujak erklärte: „Wir haben die mystische Barriere der 99 Prozent durchbrochen, die nach jeder Wahl in den Ländern des Sowjetblocks bekanntgegeben werden." Es sei ein Beweis für die Stärke der Gewerkschaft, daß die Behörden nicht zu behaupten wagten, sie würden von der gesamten Bevölkerung unterstützt. Die „Solidarität" müsse sich „nicht betrogen fühlen".

FDP lehnt neue Ordnung der Gerichte entschieden ab

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten lehnen mit Nachdruck eine vom Bundesrat angestrebte *Novelle* der Verwaltungsgerichtsordnung (VGO) ab, mit der oft langwierige Verfahren vor Verwaltungsgerichten *gegen die Errichtung* von Großanlagen wie Kraftwerken, Flughäfen und Autobahnen beschleunigt werden sollen. In dieser Haltung sehen sie sich nach den Worten des FDP-Rechtsexperten Detlef Kleinert durch die Ergebnisse einer Expertenanhörung vor dem Rechtsausschuß des Bundestags in der letzten Woche bestätigt. In einem *WELT*-Gespräch meinte *Kleinert*, es sei nicht einzusehen, daß es bei derartigen Verfahren künftig nur noch *zwei Instanzen geben soll und die* Verwaltungsgerichte als erste fortfallen sollen, „während kleinere und geradezu unbedeutende Sachen drei haben". Gegen eine solche Verkürzung des Rechtszugs hätten die Liberalen „schon immer Bedenken gehabt, weil dann Auswirkungen auf andere Bereiche nicht auszuschließen" seien.

Außerdem dürften Verfahren, die in erster Linie umweltbewußte Bürger interessieren, durch eine Verlagerung an die Oberverwaltungsgerichte von vornherein nicht „publikumsferner" gemacht werden. Es könnte sonst in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, „es soll in diesen Sachen eine Instanz wegmanipuliert werden".

Kleinert sprach sich gleichzeitig allerdings dafür aus, Vereinfachungen und *Möglichkeiten* zu einer Verfahrensbeschleunigung in eine geplante Novelle der Verwaltungsprozeßordnung (VwPO) *einzubringen*

Ost-Berlin setzt auf Kontakte zu jungen Polen

hrk. Berlin

Anstelle des nun schon seit nahezu vier Jahren so gut wie eingestellten privaten Reise- und Besuchsverkehrs zwischen Polen und der „DDR" setzen SED und PAP jetzt verstärkt auf Kontakte der Jugendverbände.

Bei einem „Freundschaftstreffen" fanden sich 10 000 FDJ'ler *und polni*sche Jung-Kommunisten in Stettin ein. Von Ostberliner Seite war der immer stärker in den Vordergrund rückende ZK-Sekretär und designierte Honecker-Nachfolger Egon Krenz mit den Kontakten beauftragt. Er eröffnete gemeinsam mit Volkskammer-Präsident Horst Sindermann die dreitägige Zusammenkunft.

Das „Kampf-Meeting" fand nach siebenjähriger Unterbrechung statt. Daran erinnerte auch Armeegeneral Wojciech Jaruzelski in seiner Grußadresse. Zugleich machte er unter allen am Wochenende im „Neuen Deutschland" veröffentlichten Referaten und Diskussionsbeiträgen die einzige Anspielung auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Polen. Er schrieb: „Ihr seid jung, also wißbegierig, aktiv und schöpferisch. Das sind Rechte eures Alters. Viele Dinge seht ihr schärfer."

Der Jugendaustausch *zwischen* Polen und der „DDR" war im Sommer vergangenen Jahres in großem organisatorischen Stil *eingeleitet* worden, als ausgewählte junge Polen zu einem zweiwöchigen Besuch in verschiedene „DDR"-Bezirke reisten. Sie mußten dort in der Produktion arbeiten und befanden sich in abgeschirmten Gemeinschafts-Unterkünften.

Ostblock-Rarität

Mk. – Der jüngste Ostblock-Gipfel hat auch bei deutschen Außenhändlern neue Hoffnungen genährt, daß die Stagnation im Warenaustausch überwunden werden könnte. Ob dieses mehr als der berühmte Strohhalm ist, muß sich aber erst noch zeigen. Zweifel sind angebracht.

Die jetzt aufkeimenden Erwartungen stützen sich auf den Beschluß der Staaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), ihren Intrablockhandel auszuweiten. Überdies sollen die kleineren RGW-Staaten mehr Nahrungsmittel und industrielle Konsumgüter, einige Arten von Konstruktionsmaterialien, Maschinen und Ausrüstungen „hoher Qualität und mit technischem Weltniveau" in die Sowjetunion liefern, um die Rohstoff- und Energieimporte auszugleichen. Kurz: Die Spezialisierung und die Arbeitsteilung sollen vorangetrieben, die Qualität der Produkte verbessert werden. Wenn künftig mehr Produkte aus dem Osten zur Verfügung stehen, die international absetzbar sind, so könnte dies auch dem Westhandel zugute kommen. Da die Lieferungen des RGW auf längere Sicht das Volumen des Handels bestimmen, machen sich auch manche Exporteure in der Bundesrepublik Hoffnungen.

Nur: Mit der Qualitätssteigerung im Ostblock ist das so eine Sache. Noch so schöne Beschlüsse können nicht die Stimulanz des Wettbewerbs ersetzen. Und selbst die technologischen Zukäufe aus dem Westen haben in den siebziger Jahren nicht den Durchbruch gebracht. Vermarktungsfähige Fertigprodukte aus dem Osten bleiben wohl vorerst noch eine Rarität.

Übertrieben

Km. – Der Bau ist keine Konjunktur-Lokomotive mehr. Als eine der Ursachen hat das Gewerbe die Investitions-Abstinenz der öffentlichen Hände ausgemacht, die ihre Haushaltsdefizite abgebaut haben, aber eben in erster Linie zu Lasten der Ausgaben für Bauten. Mehr noch: Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie malt auch noch das Gespenst vom nationalen Kapitalstock an die Wand, der verkommt. Dies ist nun doch allzu starker Tobak. So generell läßt sich diese Behauptung zum einen nicht belegen, zum anderen gehören doch wohl auch die Bauinvestitionen auf den Prüfstand, wenn der Umfang der staatlichen Aktivitäten neu geschnitten werden soll. Nur so können doch Projekte mit einer hohen Priorität vorgezogen, andere verschoben oder aufgegeben werden. Entscheidend kommt es auch in diesem Bereich auf die Stetigkeit der Auftragsvergabe an. Dann kann das Gewerbe die Kapazitäten planen und werden die Steuerzahler vor Preissteigerungen geschützt, die ein Vergabestoß mit sich bringt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Neuer Lagebericht der Kommission

Strukturschwäche der Wirtschaft verringert die Wachstums-Chancen

WILHELM HADLER, Brüssel

Die wirtschaftliche Erholung in der EG wird sich nach den Erwartungen der Brüsseler Kommission zwar auch 1985 fortsetzen, jedoch noch keine allgemeine Verbesserung der Beschäftigungslage bewirken. Immerhin verzeichnet die Europa-Behörde für den heute in Fontainebleau beginnenden EG-Gipfel erneut eine verstärkte wirtschaftliche Konvergenz zwischen den Ländern, die dem Europäischen Währungssystem (EWS) angehören.

Der traditionelle Bericht für die Staats- und Regierungschefs rechnet damit, daß sich der konjunkturelle Auftrieb im laufenden Jahr weiter bestätigt und auch 1985 anhält. Die Wirtschaft der Gemeinschaft dürfte danach 1984 im Schnitt um 2,2 Prozent und 1985 um zwei Prozent wachsen, was vor allem der Expansion des Welthandels und der konjunkturellen Erholung in der Bundesrepublik und Großbritannien zuzuschreiben sei. Das voraussehbare Wachstum werde jedoch im Vergleich zu früheren Ergebnissen bescheiden ausfallen.

Fraglich ist außerdem, wie weit sich diese Entwicklung selbst trägt und welche Rolle die Investitionen spielen: Während die Erholung 1983 weitgehend vom außenwirtschaftlichen Sektor bestimmt wurde, dürfte nach Meinung der EG-Experten der Wachstumsprozeß künftig verstärkt durch die produktiven Investitionen in Gang gehalten werden.

Die Inflationsrate dürfte 1984 und 1985 weiter zurückgehen und zwar zunächst auf durchschnittlich fünf, später auf 4,3 Prozent. Wichtiger für den Zusammenhalt der EG ist, daß die Preissteigerungsraten zwischen den Mitgliedsstaaten (ohne Griechenland) voraussichtlich 1984 noch zwischen 2,9 und zehn Prozent, im kommenden Jahr jedoch nur noch zwischen zwei und 6,5 Prozent divergieren werden.

Die wichtigsten Anpassungen bei den binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten werden nach dem Bericht der Kommission sowohl im Bezug auf die Lohnentwicklung wie auf die Reduzierung der öffentlichen Defizite und die Gesundung der Zahlungsbilanzen weitergehen. Auch in diesem Bereich dürfte – wenn auch weniger ausgeprägt als an der „Inflationsfront" – das Gefälle innerhalb der Gemeinschaft kleiner werden.

Dagegen bleiben die Entwicklungsaussichten für die Beschäftigung „sehr unbefriedigend". Trotz der Erholung rechnet die Kommission 1985 mit einem erneuten Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt von 11,4 Prozent (1983: 10,4 Prozent).

Das Gipfel-Papier führt die stagnierende Beschäftigung zum großen Teil auf die Strukturschwächen der europäischen Volkswirtschaften zurück. Zwar seien in den letzten vier Jahren in der Gemeinschaft bedeutende Anpassungsfortschritte gemacht worden, doch müßten diese Anstrengungen weiter fortgesetzt werden, um der EG für einen hinreichend langen Zeitraum ein kräftiges Wachstum zu garantieren.

Als vordringlich bezeichnet die Kommission die Konsolidierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation sowie eine Politik zur Erhöhung der Flexibilität und Dynamik der europäischen Wirtschaft. Die Gemeinschaft könne vor allem auf dreierlei Weise zu einem Erfolg beitragen, durch:

- mehr wirtschaftliche Geschlossenheit, währungspolitische Stabilität, kollektive Disziplin in der Wirtschaftspolitik,
- die Ausnutzung der Chancen eines großen integrierten Wirtschaftsraumes, wie ihn der gemeinsame Markt darstelle und eine
- Förderung der technologischen Entwicklung durch eine gegenseitige Anerkennung von Normen in den Spitzensektoren und gemeinsame Aktionen im Bereich der Forschung und Ausbildung.

Unsicherheitsfaktoren bleiben nach dem EG-Bericht schließlich auch die Zins- und Wechselkursentwicklung. Deshalb gelte es, durch geeignete Überwachungsmechanismen eine größere Kohärenz der Wirtschaftspolitiken sowie eine organisierte währungspolitische Zusammenarbeit im internationalen Rahmen anzustreben.

US-AKTIENMÄRKTE

Der Einbruch der Vorwoche wurde völlig wettgemacht

LEO FISCHER, Bonn

Zu einer überraschend starken Erholung kam es in der letzten Woche an der Wall Street. Nachdem der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte in der Vorwoche um 44,35 Punkte auf 1086,90 und damit auf den niedrigsten Stand seit mehr als 15 Monaten gefallen war, gewann das wichtigste Kursbarometer in den USA in den letzten fünf Börsentagen 44,17 Punkte und glich damit den Vorwochenverlust fast auf die Kommastelle wieder aus. Der Dow-Jones-Index beendete die Berichtsperiode bei 1131,07, der breiter gestreute NYSE-Index bei 89,06 nach 88,17 in der Woche zuvor. Umgesetzt wurden im Tagesdurchschnitt 100,95 Millionen Aktien, den höchsten Tagesumsatz gab es am Donnerstag mit 123,38 Millionen Aktien.

Gründe für die nachhaltige Erholung sind schwer zu finden. Allenfalls läßt sich der Kursanstieg als technische Reaktion auf die vorangegangenen Verluste erklären. Auch scheinen bei den institutionellen Anlegern hohe Mittel bereitzustehen, die in den Aktienmarkt drängen. Offensichtlich waren die Kurse nach Ansicht vieler institutioneller Anleger in den Wochen zuvor allzu stark gedrückt worden.

Der Markt wurde in den beiden letzten Wochen von der Kursentwicklung bei IBM beherrscht. Der Kurs der Computeraktie fiel in der Vorwoche bis auf knapp über 97 Dollar und zog den Markt mit nach unten. In der letzten Woche erholte sich der IBM-Kurs auf 108½ und löste den Aufschwung des Gesamtmarktes aus. Börsengerüchte über die Absicht der Unternehmensleitung, eigene Aktien zurückzukaufen, soll zu der Kurserholung bei IBM geführt haben.

Im Gegensatz zum Aktienmarkt tendierte der US-Anleihemarkt schwach, ganz im Gegensatz zur Vorwoche, als der Rentenmarkt fest war und der Aktienmarkt den erwähnten Kurseinbruch erlebte. Broker erklären dies damit, daß die in der Vorwoche vorherrschende Vermutung über eine Verlangsamung der Konjunkturbelebung durch die neuesten Zahlen über die Geldmengenentwicklung keine Bestätigung fanden. Im Gegenteil: Die Geldmenge M1 (Bargeld und Sichteinlagen) stieg zuletzt um drei Milliarden Dollar und überschritt den Zielkorridor erstmals wieder seit Februar dieses Jahres. Am Anleihemarkt verstärkte sich wieder die Befürchtung, daß der Fed die Kreditzügel anziehen könnte.

Günstig aufgenommen wurde vom Aktienmarkt der geringe Anstieg der Verbraucherpreise im Mai. Der Index stieg saisonbereinigt um 0,2 Prozent gegenüber dem Vormonat. Dagegen war die unerwartet starke Zunahme des Auftragseingangs für langlebige Güter (plus 3,3 Prozent im Mai gegenüber April) nicht dazu angetan, die Sorgen über eine Verschärfung der Kreditpolitik zu zerstreuen.

Ruhrkohle & Co.

Von HANS BAUMANN

Die Lager sind gespalten. Die einen sehen, wie sich die Riege von Sargträgern formiert, die anderen eine besonders große Chance, die heimische Steinkohle für jenen Tag zu bewahren, da sie wieder stärker gefragt sein wird. Gemeint sind die Verhandlungen um eine Reform des Eigentums an der Ruhrkohle, die im Frühjahr 1983 von Bonn angeregt worden war, weil man meinte, daß die notleidenden Stahlkocher sich von ihren wenig geliebten Kohleanteilen trennen und so ihre subventionshungrigen Kassen aufpäppeln könnten.

Die neuen Eigentümer boten sich geradezu zwangsläufig an: Jene, die die größten Kunden der Kohle sind, die also auch als Eigentümer an einer besonders rationellen Förderung und an Technologien interessiert sind – und daran arbeiten –, die eine bessere Ausbeute des Energieinhaltes der Steinkohle zum Ziel haben. Der Jahrhundertvertrag der Kraftwirtschaft mit dem Steinkohlenbergbau, der den Absatz eines Drittels der Förderung bis 1995 sichert (und der zweifelsfrei verlängert wird), ist der sichtbarste Ausdruck des Wandels der Interessen des Kapitals an der heimischen Kohle.

Sicherten sich einst die Stahlkocher die Kohlevorräte für die Reduktion ihrer Erze und für die Erzeugung der notwendigen Prozeßwärme, so sind heute die Stromerzeuger an einer Rohstoffbasis interessiert für den Tag, den die Conservation Commission der Weltenergiekonferenz als das Zeitalter der leitungsgebundenen Energien definiert.

Bonn bot daher folgerichtig nach Durchsetzung des Jahrhundertvertrages das Ruhrkohle-Paket der Salzgitter AG, die sich im Besitz des Bundes befindet und der Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG an. Es sollte ein Signal sein für die übrigen Stahleigentümer an der Kohle, sich an der Umstrukturierung zu beteiligen.

Das Eis war schnell gebrochen. Die VEW überlegten, ob es nicht sinnvoller sei, das Krupp-Paket an der Ruhrkohle zu erwerben, da Krupp VEW-Kunde ist. Auch die Veba AG signalisierte Interesse an weiteren Ruhrkohle-Anteilen, um ihren Anteil von heute schon knapp über 27 Prozent weiter aufzustocken.

Das RWE als zweitgrößter Stromerzeuger nach der Veba zeigte kein Interesse, weil es gut mit Kernenergie bestückt ist und mit seiner Braunkohle über einen hervorragenden Rohstoff verfügt. Es unterliegt auch kaum einem Zweifel, daß das Bundeskartellamt wohl Bedenken angemeldet hätte, wenn das RWE versucht hätte, Ruhrkohle-Anteile zu erwerben; dies vor allem, weil der Stromgigant schon über den Jahrhundertvertrag mit der heimischen Steinkohle liiert ist.

Das wirtschaftliche Interesse aller Beteiligten war also in Gleichklang. Doch – wie könnte es bei subventionierten Branchen anders sein – politische Dissonanzen störten die Harmonie. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wollte sich an der Ruhrkohle beteiligen, um ein Auge auf die gute Milliarde werfen zu können, die sie Jahr für Jahr in die Kohle steckt. Die Westdeutsche Landesbank sollte für die Landesregierung das Ruhrkohle-Paket halten. Die Reaktion aus Bonn dazu: Nein!

So wurde das industriepolitische Karussell um die Ruhrkohle zunächst einmal angehalten. Da sich in der Wirtschaft jedoch die machbare Logik durchsetzt, war der Ausweg schnell gefunden: Man gründet eine Obergesellschaft (Holding) für jene Ruhrkohle-Anteile, die künftig bei der VEW und bei der Landesbank liegen werden. Die VEW sollen an dieser Holding mit 51 Prozent und WestLB mit 49 Prozent beteiligt werden. Die Westdeutsche Landesbank entsendet so auf einem Umweg sozusagen ein Mitglied in den Aufsichtsrat der Ruhr-Kohle. Gegen diese Lösung, so ist zu hören, will der Bund keinen Einspruch mehr einlegen.

Grobes Ergebnis dieser Pläne, die wahrscheinlich im Herbst verabschiedet werden sollen: Die Veba hält künftig 29 Prozent an der Ruhrkohle AG. Auf die neue Holding werden dann rund 30 Prozent entfallen. Thyssen wird mit etwa 13 Prozent und Hoesch mit circa acht Prozent beteiligt bleiben. Die Ruhrkohle selbst hält wie bisher fast zehn Prozent eigene Aktien. Die Aktien werden ihrer jetzigen Besitzern zu 80 Prozent des Nennwertes des Ruhrkohle-Kapitals in Höhe von 534,5 Millionen Mark abgekauft – ein zu hoher Aufwand, hätte man nur die Beerdigung der Ruhrkohle im Sinn.

AUF EIN WORT



„Wir haben Jahre gebraucht, um die politisch entscheidenden Gremien zu überzeugen, daß die demografische Entwicklung zu Problemen führt, die man sehen muß, um ihnen rechtzeitig zu begegnen. Ich habe den Eindruck, daß wir in einem zweiten Schritt eine noch schwierigere Überzeugungsarbeit vor uns haben, nämlich plausibel zu machen, daß eine konsequente Förderung kapitalbildender Vorsorgeformen unentbehrlich ist, um die Altersversorgung der Bürger langfristig sicherer zu machen."

Gerhard Laskowski, Sprecher des Vorstandes der Gerling-Konzern-Lebensversicherungs-Gesellschaften, Köln. FOTO: DIE WELT

US-STAHLEINFUHREN

Brüssel will eine weitere Drosselung nicht hinnehmen

dpa, Washington/Brüssel

Die EG-Kommission hat den USA Gegenmaßnahmen für den Fall angedroht, daß die Stahleinfuhren aus der Gemeinschaft weiteren Importbehinderungen unterworfen werden. Bei einer Stahlanhörung der US-Außenhandelsschiedsstelle International Trade Commission (ITC) unterstrich der deutsche Chef-Jurist der EG-Kommission, Klaus-Dieter Ehlermann, die Gemeinschaft würde „ohne jeden Zweifel" Vergeltungsmaßnahmen ergreifen.

Er erinnerte daran, daß die EG im letzten Jahr als Reaktion auf die amerikanische Einfuhrdrosselung bei Edelstählen ihre Importzölle auf bestimmte US-Güter erhöht hatte. Ehlermann betonte nach Angaben der Kommission, daß die Interessen der EG „schwer geschädigt" würden, falls die US-Regierung über das seit 1982 geltende Massenstahlabkommen hinausgehende Beschränkungen einführte. Der EG-Jurist habe bei Anhörung die Auffassung der Kommission bekräftigt, wonach das US-Unternehmen Bethlehem Steel seine gegenüber der EG eingegangenen Verpflichtungen verletzt habe. Auf eine Beschwerde dieses Unternehmens hatte das ITC am 12. Juni festgestellt, daß der US-Stahlindustrie durch überhöhte Einfuhren ein Schaden entstanden sei.

Bethlehem Steel hatte sich jedoch als eines von 15 amerikanischen Erzeugern beim Abschluß des Massenstahlabkommens im Herbst 1982 verpflichtet, als Gegenleistung für diese Lieferbeschränkung (Festschreibung des EG-Anteils am US-Markt auf 5,7 Prozent) keine weiteren Importbehinderungen gegen die EG-Stahlerzeuger zu beantragen.

DAL-SCHIEFLAGE

Der Chef der Landesbank Rheinland-Pfalz tritt zurück

Nea. Mainz

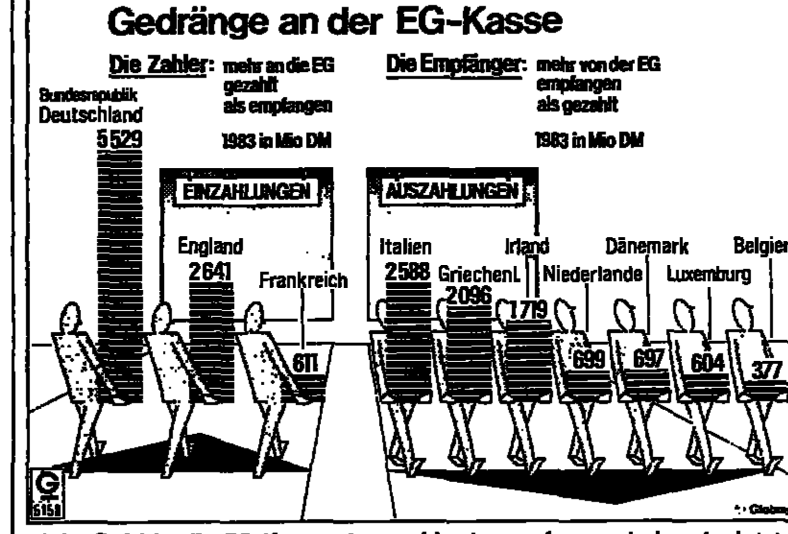
Überraschend hat der Vorstandsvorsitzende der Landesbank Rheinland-Pfalz, Erwin Sinnwell, zum 30. Juni seinen Rücktritt erklärt. Der Schritt steht im Zusammenhang mit dem inzwischen auf insgesamt 1,25 Mrd. Mark geschätzten Wertberichtigungsbedarf bei der Deutschen Anlagen Leasing (DAL), Mainz, an der die Landesbank mit etwa 23 Prozent beteiligt ist.

In seiner Rücktrittserklärung vor der Gewährträgerversammlung hat Sinnwell, wie in Mainz bekannt wird, die Überzeugung geäußert, nicht gegen seine Dienstpflichten verstoßen zu haben. Gleichwohl lege er sein Amt nieder, um den aus einer Fortsetzung der öffentlichen Diskussion möglicherweise entstehenden Schaden von der Bank abzuwenden.

Auf der Aufsichtsratssitzung der DAL vor zehn Tagen hatten die Gesellschafter (an der Spitze mit rund 40 Prozent die WestLB) versichert, daß sie weiterhin zu dem bedrängten Unternehmen stehen. Inoffiziell ist in Mainz zu hören, daß Sinnwell allenfalls der Vorwurf gemacht werden könne, in der Sache richtige Maßnahmen in bezug auf die DAL zu spät und zu wenig entschieden in Angriff genommen zu haben.

Die Prüfung der DAL durch die Treuarbeit wird erst nach der Sommerpause abgeschlossen sein. Erst dann wird ein endgültiges Urteil über die Lage des Unternehmens möglich sein. Die Diskussionen über die Verluste und die damit indirekt auch auf die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zukommenden Belastungen haben bereits die Ebene der Landespolitik erreicht. Die Leitung der Bank wird zunächst von Sinnwells Stellvertreter Simon wahrgenommen werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Mehr Geld in die EG-Kasse eingezahlt als empfangen haben im letzten Jahr die Bundesrepublik, England und Frankreich. Dabei war die Bundesrepublik mit 5,529 Milliarden Mark der größte Nettozahler. Mehr aus der EG-Kasse empfangen als eingezahlt haben nicht nur die relativ armen Länder wie Irland und Griechenland, sondern auch die wohlhabenderen Staaten Dänemark, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. QUELLE: GLOBUS

Sidechar in deutscher Hand?

Essen (Bm.) – Die französische Finanz-Holding der Stahlindustrie, Sidechar, geht mit großer Wahrscheinlichkeit in deutsche Hände über. Sidechar hält 8,22 Prozent des Kapitals der Ruhrkohle AG, deren Stahleigentümer überwiegend ihre Anteile an die deutsche Stromwirtschaft abgeben wollen. Der Übergang der Sidechar als Firma in deutsche Hand hat steuerliche Gründe. Würde Sidechar nur das Ruhrkohle-Paket verkaufen, so entstünden hohe Buchgewinne, die versteuert werden müßten. Geht aber die Firma in deutsche Hände über, so können die an Sidechar beteiligten französischen Stahlfirmen den Erlös steuerneutral gegen ihre Verluste aufrechnen. Das Ruhrkohle-Kapital von 534,5 Mill. Mark liegt zur Zeit in folgenden Händen (Prozent): Salzgitter 10,90, Sidechar 8,22, Mannesmann 7,43, Thyssen-Gruppe 12,70, Hoesch 7,90, Klöckner 4,67, Krupp 6,18, Arbed 4,77, Alte Hase (VEW) 0,22, Veba 27,21 und Ruhrkohle 9,82.

Kein Ölmangel

Berlin (AP) – Benzinpreiserhöhungen an den Zapfsäulen in der Bundesrepublik können nach Ansicht der künftigen Exekutiv-Direktorin der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris, Helga Steeg, nicht mit dem Krieg zwischen Iran und Irak begründet werden. In einem Interview des Senders Freies Berlin sagte die bisherige Abteilungsleiterin im Bundeswirtschaftsministerium, die Erhöhungen hätten eher etwas mit der Preispolitik der inländischen Ölkonzerne zu tun. Von einer akuten Gefahr des Ölmangels für Westeuropa als Folge des Golfkrieges könne keine Rede sein, betonte Frau Steeg.

Appell des DIHT

Bonn (VWD) – Vor dem Europa-Gipfel in Fontainebleau appelliert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) an die Bundesregierung, nicht jeden Preis für Europa zu zahlen und dadurch ihre Leitfunktion in der europäischen Wirtschaftspolitik zu schwächen. Grundsätze wie die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die Subventionsbekämpfung oder die Unabhängigkeit der Bundesbank dürften nicht für einen vermeintlich engeren europäischen Zusammenschluß geopfert werden. Nur Regierungen, die ihre Grundprinzipien auch in Europa verteidigten, dienten wirklich der europäischen Einigung, betont der DIHT in seinem Appell.

Harms-Preis verliehen

Kiel (dpa/VWD) – Für seine Arbeiten über den Welthandel, die internationale Wirtschaftsintegration und die Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer ist der Wirtschaftswissenschaftler Professor Bela Balassa (56) von der John Hopkins University Baltimore (USA) in Kiel mit dem Bernhard-Harms-Preis ausgezeichnet worden. Der Preis wird von der Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) vergeben. Der nach dem Institutsgründer benannte und mit 25 000 Mark dotierte Preis wird seit 1964 alle zwei Jahre verliehen. Voraussetzungen sind besondere Leistungen in der weltwirtschaftlichen Forschung oder zur Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen.

Optionsanleihe

Frankfurt (AFP) – Ein unter der Führung der Commerzbank AG stehendes internationales Bankenkonsortium hat am Euromarkt für die Finanzierungs-Tochter Commerzbank Overseas Finance n. v., Curacao, 100 Mill. US-Dollar mit Optionsscheinen emittiert. Die Anleihe wird bei einer Laufzeit von 4 Jahren zu 13⅝ Prozent verzinst, der Ausgabekurs liegt bei 100 Prozent. Die auf 5000 US-Dollar lautenden Teilschuldverschreibungen sind mit je 5 Optionsscheinen versehen. Sie berechtigen den Inhaber, bis zum 17. Juli 1988 je Optionsschein eine 13⅝prozentige Teilschuldverschreibung (Laufzeit 7 Jahre bis zum 18. Juli 1991) über nominal 1000 US-Dollar des gleichen Emittenten zu erwerben. Der Wert des Optionsscheins wurde mit 17,50 pro US-Dollar festgelegt. Die Börsenzulassung in Luxemburg ist vorgesehen.

Wochenausweis

	15.6.	7.6.	15.5.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	73,3	73,3	72,2
Kredite an Banken	69,8	72,2	75,1
Wertpapiere	6,5	6,7	6,7
Bargeldumlauf	104,0	104,9	102,6
Einl. v. Banken	46,7	48,7	52,3
Einlagen v. öffentl. Haushalten	4,7	1,4	3,3

ZONENRANDGEBIET

Die Förderungs-Angebote von Firmen gezielt genutzt

INGE ADHAM, Frankfurt

Im vergangenen Jahr hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an Unternehmen im Zonenrand 1019 Kreditzusagen aus ihrem Eigenkreditprogramm und 5491 Zusagen aus dem ERP-Regionalprogramm im Volumen von insgesamt 964 Mill. DM gegeben und damit die Förderung in diesem strukturschwachen Bereich nochmals deutlich aufgestockt.

Insgesamt wurden damit Investitionsvorhaben von 2,6 (i. V. 1,7) Mrd. DM gefördert, die zu den in den Unternehmen derzeit bestehenden gut 170 000 knapp 13 000 neue Arbeitsplätze entstehen lassen sollen. Gerade die kleineren Unternehmen, so die Erfahrung der KfW, erzielen bei entsprechender Förderung die größten und nachhaltigsten Arbeitsplatzeffekte.

Bei Gesprächen mit von der KfW geförderten Unternehmen am Zonenrand wurde deutlich, daß sie sich sehr gezielt der vorhandenen Fördermöglichkeiten bedienen, um die vorhandenen Standortnachteile abzumildern. Die Kreditanstalt geht freilich grundsätzlich davon aus, daß zinsgünstige Darlehen nur begrenzt dazu geeignet sind, Investitionstätigkeit anzuregen. Andererseits bekennen die Unternehmen freimütig, daß ihnen eine Förderung per Kredit angenehmer ist als eine Investitionszulage, die im nachhinein gezahlt wird.

Grundsätzliche Kritik an der Zonenrandförderung wurde nicht laut, jedoch Bedauern darüber, daß alle Fördermaßnahmen die Finanzierungsnachteile kleinerer und mittlerer Unternehmen im internationalen Geschäft nicht ausgleichen könnten.

LATEINAMERIKA / Konferenz fordert stabile Zinsen – Kein Schuldner-Kartell

Konsultation statt Konfrontation

WERNER THOMAS, Cartagena

Edgar Gutierrez Castro, der kolumbianische Finanzminister, zog diese Konferenz-Bilanz: „Die internationalen Banken sollten zufrieden sein, daß sich hier keine Explosion ereignet hat. Mäßigung war die Devise." Statt Konfrontation wählten die Teilnehmer der zweitägigen Beratungen von elf lateinamerikanischen Schuldnerstaaten den Weg der Konsultation. Sie wollen ein Sekretariat bilden, das dem Meinungsaustausch dienen und weitere Treffen dieser Art organisieren soll. Die nächste Konferenz ist bereits für September in Buenos Aires geplant. Die Lateinamerikaner möchten dann eine gemeinsame Marschroute für die jährliche Ministertagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) wenige Wochen später festlegen.

Die Schlußerklärung, „Konsens von Cartagena" genannt, forderte auch die Bildung einer Arbeitsgruppe von Vertretern der Industriestaaten und der Entwicklungsländer innerhalb der Weltbank, die sich mit den dringlichsten Problemen der Schuldenkrise beschäftigen soll.

Die Konferenznationen präsentierten einen Katalog von 17 Vorschlägen, von denen sie die Garantie stabiler Zinsen, eine Begrenzung der Schuldenlasten auf 20 bis 25 Prozent der Exporterlöse, eine Umstrukturierung der Verbindlichkeiten und Handelserleichterungen für die wichtigsten halten.

Das befürchtete Schuldnerkartell kam nicht zustande. Der Grund: Die unterschiedlichen Interessen teilen die lateinamerikanischen Staaten in ein gemäßigtes und ein radikaleres Lager.

Brasilien und Mexiko, die beiden höchstverschuldeten Nationen der Region (zusammen 185 Mrd. Dollar), meiden den Konfrontationskurs. Sie konnten durch ein kooperatives Verhalten gegenüber dem IWF, das mit schmerzlichen Sparmaßnahmen verbunden war, ihre Verhältnisse zumindest vorübergehend ordnen. Wenn die Finanzminister dieser Länder heute in New York, Washington oder London um Erleichterungen bitten, stoßen sie bei ihren Gesprächspartnern auf Verständnis.

Argentinien, Bolivien und Ecuador zählen zur anderen Gruppe. Bolivien erklärte bereits ein einseitiges Moratorium für einen Teil seiner Schulden, in Argentinien zögert Präsident Raul Alfonsin unter starkem Druck, diesem Beispiel zu folgen.

Ein Vertreter der brasilianischen Delegation in Cartagena vertrat die Ansicht, daß die Konferenz ein Warnsignal gewesen sei für die Argentinier. „Sie haben die Stimmung erlebt", sagte er. „Die Mehrheit ist gegen radikale Lösungen. Alleingänge führen in die Isolation." (SAD)

Seite 10: Sanierungskonzept fehlt

JAGUAR CARS / Trennung von British Leyland

Gang an die Börse geplant

WILHELM FURLER, London

Es ist nur noch eine Frage von wenigen Wochen, bis der britische Hersteller von Prestige-Personenwagen, Jaguar Cars, aus dem staatlichen British-Leyland-Verbund herausgelöst wird und an die Londoner Börse geht. Ermöglicht wird die weit früher als erwartete Privatisierung von Jaguar durch das beeindruckende Abschneiden der British-Leyland-Tochter.

Nachdem Jaguar mit seinen Luxuswagen bereits im letzten Finanzjahr einen Gewinn vor Steuern in Höhe von knapp 56 Mill. Pfund (211 Mill. DM) vorlegen konnte, der bislang höchste in der Geschichte des Unternehmens, deutet der jetzt bekanntgegebene Vorsteuergewinn für das erste Quartal des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 18 Mill. Pfund (etwa 68 Mill. DM) auf ein noch besseres Jahresergebnis *hin*.

Wie sehr sich die Ergebnislage von Jaguar in kürzester Zeit gewandelt hat, zeigen folgende Zahlen: 1982 erreichte der Vorsteuergewinn gerade 7,7 Mill. Pfund. In den zwei Jahren zuvor mußten Verluste von zusammen knapp 80 Mill. Pfund hingenommen werden.

Der Zeitpunkt für die Börsennotierung dürfte auf einer außerordentlichen Versammlung der rund 67 000 privaten *Minderheitsaktionäre* von British Leyland beschlossen werden. In London geht man davon aus, daß er wohl in die zweite Juli-Hälfte gelegt wird.

Angeboten wird das gesamte Jaguar-Kapital, nachdem das Vorhaben der British-Leyland-Geschäftsführung vom Kabinett abgelehnt wurde, nach der Privatisierung der Nobeltochter einen 25prozentigen Minderheitenanteil zu behalten. Schätzungen in der Londoner City gehen davon aus, daß Jaguar bei seinem Schritt an die Börse mindestens 250 Mill. Pfund (942,5 Mill. DM) für seine Aktien erhalten wird.

ARGENTINIEN / Einigung mit dem IWF wird noch auf sich warten lassen

Das klare Sanierungskonzept fehlt

KAREN SÖHLER, Bonn

Argentinien wird mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auch in Zukunft allein verhandeln müssen. Zu diesem Schluß hat die Konferenz der elf lateinamerikanischen Staaten geführt, auf die sich 80 Prozent der gesamten Auslandsverschuldung des Kontinents von 350 Mrd. Dollar konzentriert. Die Frage ist, ob Argentinien unter diesen Umständen bereit ist, größere Zugeständnisse als bisher zu machen. Als erstes Signal könnten die 100 Mill. Dollar gewertet werden, die Argentinien letzte Woche an seine Gläubigerbanken gezahlt hat. Doch entspricht dieser Betrag lediglich einem Fünftel der Zinszahlungen, die das Land eigentlich bis Ende Juni begleichen *müßte*.

Auf den Rest wird die internationale Finanzwelt mindestens zwei Monate warten müssen. Denn so lange werde es sicher dauern, bis mit dem IWF eine Einigung erzielt sei. *Diese Auffassung* vertritt Wirtschaftsminister Grinspun mit Blick auf die unterschiedlichen Vorstellungen, die Argentinien und der IWF von den Maßnahmen haben, die zu einer wirtschaftlichen Genesung führen.

Präsident Raúl Alfonsin und seine Minister lehnen jegliche rezessive Rezepte ab. In der Absichtserklärung, die die argentinische Regierung entgegen den Konventionen nicht mit der in Buenos Aires weilenden IWF-Delegation abgestimmt hat, steht sogar, daß die Reallöhne um sechs bis acht Prozent steigen sollen. Das Budgetdefizit soll nach 16,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 1983 in diesem Jahr auf 9,6 Prozent, bis Mitte 1985 auf 7,6 Prozent gedrückt werden. Dieses Ziel versucht Alfonsin jedoch ausschließlich durch eine *Einnahmesteigerung zu* erreichen. Die Ausgaben sollen hingegen um mehr als zwei Prozent auf 49,32 Prozent des BIP steigen. Würden die Pläne verwirklicht, klaffte eine *Lücke* zwischen Einnahmen und Ausgaben von acht Prozent – gemessen am BIP.

Derartige Vorstellungen kann der IWF eigentlich nicht akzeptieren. Vernünftig wäre in den Augen des IWF, die Löhnerhöhungen 20 Prozent unter der Inflationsrate zu halten, das Haushaltsdefizit bis April 1985 auf sechs Prozent zu begrenzen, eine restriktive Geldpolitik zu betreiben, um so – statt mit Preiskontrollen – die Inflation in Griff zu bekommen und die Importe weiter zu drosseln. Argentinien indessen hüllt sich in bezug auf die Inflationserwartungen in Schweigen; die Importe sollen leicht zunehmen. Genau formuliert sind nur die Kreditwünsche: 2,7 Mrd. DM in diesem und im nächsten Jahr bei einem Exportüberschuß von geplanten 3,8 Mrd. und 3,9 Mrd. Dollar *Exportüberschuß*.

Aber nicht nur aufgrund dieser gegensätzlichen Überlegungen könnten Argentinien und der IWF aufeinanderprallen; sondern auch weil nach wie vor unklar ist, mit welchem Konzept Alfonsin die genannten Richtwerte erreichen will.

RENTENMARKT / Auslandstitel schwächer

US-Trend ohne Einfluß

Der deutsche Rentenmarkt macht einen erstaunlich stabilen Eindruck, wenn man bedenkt, wie sehr die Zinsen in Amerika, nach denen die Händler nach wie vor schielen, in der letzten Woche wieder gestiegen sind und wenn man ferner berücksichtigt, daß das Interesse deutscher Anleger für hochverzinsliche amerikanische Papiere in der letzten Zeit wieder zugenommen hat. Der Rentenmarkt profitiert, wie es heißt, ein wenig von der hohen Liquidität institutioneller Anleger, die wegen der Unsicherheit an derAktienbörse Dividendenwerte derzeit verschmähen. Die Umsätze sind allerdings minimal. Ausländische D-Mark-Anleihen leiden nach wie vor unter der Verstopfung des Marktes. (cd)

Emissionen	22.6. 84	15.6. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn *und* Post	7,57	7,59	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,68	7,70	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,68	7,64	7,83	7,61	10,28
Schuldverschreibungen der Industrie	7,83	7,82	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,65	7,66	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,36	7,36	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,19	8,19	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,65	7,65	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	8,11	8,05	8,08	8,45	10,32

Dr. jur. Erich von Hantelmann

* 22. 9. 1913 † 21. 6. 1984

Marie Elise von Hantelmann geb. de Moor
Harriet von Hantelmann
Dr. Kurt von Hantelmann
Margret von Hantelmann geb. Sturhann
Stefan von Hantelmann
Dr. Georg von Hantelmann
Christine von Hantelmann geb. von Kunowski

Fallingbostel, Schlüterberg 5

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 27. Juni 1984, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Bomlitz statt.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir statt Blumen um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe, Sonderkonto 2 910 008, Commerzbank AG Walsrode.

Dr. jur. Erich von Hantelmann

ist am 21. Juni 1984 im 71. Lebensjahr nach schwerem Leiden verstorben.

Über drei Jahrzehnte hat er die Geschicke der Wolff Walsrode AG entscheidend mitbestimmt und geprägt: durch den Ausbau des Folien-Geschäfts, durch seine weitblickenden Entscheidungen zunächst als persönlich haftender Gesellschafter, dann als Vorstandsvorsitzender und zuletzt noch durch sein Wirken im Aufsichtsrat unserer Gesellschaft.

Sein großes Engagement für die Sache, sein Durchblick, gepaart mit Detailkenntnissen, gaben dem Unternehmen positive Impulse, die noch heute wirksam sind.

Seine vorbildliche und untadelige Gesinnung bleiben uns Vorbild für das menschliche Miteinander.

Aufsichtsrat, Vorstand und
Belegschaft der
Wolff Walsrode AG

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, 27. Juni 1984, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Bomlitz statt.

Im Sinne des Verstorbenen bitten wir statt Blumen um eine Spende für die Deutsche Krebshilfe, Sonderkonto 2 910 008, Commerzbank AG, Walsrode.

FINANZANZEIGEN

KALI UND SALZ AKTIENGESELLSCHAFT KASSEL

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 22. Juni 1984 ist für das Geschäftsjahr 1983 die Ausschüttung einer Dividende von 4,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM beschlossen worden.

Die Auszahlung erfolgt ab 25. Juni 1984 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr. 11 unserer Aktien.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende (= 2,25 DM) verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre anrechenbar ist.

Der Abzug von Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungs-Bescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Die Dividende wird bei der Gesellschaftskasse in Kassel und bei den in der vollständigen *Dividendenbekanntmachung*, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 115 vom 23. Juni 1984, genannten Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausgezahlt.

Kassel, den 25. Juni 1984 Der Vorstand

HAMBORNER BERGBAU AKTIENGESELLSCHAFT

Duisburg-Hamborn

– Wertpapier-Kenn-Nr. 601 300 –

Dividendenbekanntmachung

Die Hauptversammlung vom 22. Juni 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 7,— DM auf jede Aktie im Nennbetrag von 50,— DM auszuschütten. Das entspricht einem Dividendensatz von 14% auf das Grundkapital von 37,95 Mio. DM.

Die Dividende wird ab 25. Juni 1984 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 33 ausgezahlt.

Zahlstellen sind die nachstehend genannten Kreditinstitute und deren Niederlassungen:

Dresdner Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin,
Deutsche Bank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin,
Bankhaus H. Aufhäuser, München,
Berliner Commerzbank AG, Berlin,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Frankfurt (Main)/Berlin,
Commerzbank AG, Düsseldorf/Frankfurt (Main)/Hamburg,
Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln/Frankfurt (Main),
J. H. Stein, Köln,
Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf/Essen/Frankfurt (Main),
Westfalenbank AG, Bochum/Düsseldorf,
Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Saarbrücken,
Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken,
Deutsche Länderbank AG, Frankfurt (Main)/Berlin.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 3,94 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird. Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamts (Nicht-Veranlagungsbescheinigung) vorlegt.

Duisburg-Hamborn, den 23. Juni 1984 Der Vorstand

TRITON-BELCO AKTIENGESELLSCHAFT HAMBURG

– Wertpapier-Kenn-Nummer 749 400 –

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 22. Juni 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 zur Ausschüttung einer Dividende von 4,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM zu verwenden.

Die Dividende wird ab 25. Juni 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 38 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei den nachfolgenden Stellen ausgezahlt:

Kasse der Gesellschaft, Alter Teichweg 15-25,
2000 Hamburg 76
Deutsche Bank AG, Hamburg
Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Hamburg
Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler & Co., Hamburg
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –, Hamburg

Mit der *Dividende* ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- und Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Der Vorstand

VERSTEIGERUNGEN

Zwangsversteigerung

des ehemaligen Wasserturms von 2257 Bredstedt

– 6 K 335/83 – Am Dienstag, 11. September 1984, 13.30 Uhr, versteigert das Amtsgericht Husum im Amtsgerichtsgebäude, Theodor-Storm-Straße 5, Saal 3, *das im Grundbuch von Bredstedt, Blatt 496*, eingetragene 1503 qm große Gebäudegrundstück. Beschreibung: ehemaliger Wasserturm mit Anbauten, Baujahr 1920, um- und ausgebaut 1980. Nutzung zum Zeitpunkt der Schätzung: Restaurationsbetrieb und Galerie. PVF-Fenster mit Isolierverglasung. Beheizung durch Nachtspeicherheizung. Nutz- bzw. Wohnfläche: ca. 102 qm im Erdgeschoß (Restaurant), ca. 24 qm im 1. Obergeschoß (Galerie), ca. 95 qm im 2. bis 4. Obergeschoß (Wohnung). Eigentümer: Kriemhilde Martinsen, Bredstedt; Lage: *Lornsenstraße 11, 2257 Bredstedt*; Verkehrswert: 450 000,– DM. Auf die Veröffentlichung in den Schleswig-Holsteinischen Anzeigen wird hingewiesen. Bietungsinteressenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß u. U. Sicherheit zu leisten ist. Nähere Auskünfte erteilt das Gericht. Die Schätzungsunterlagen können bei Gericht eingesehen werden.

Amtsgericht Husum Ost, Rechtspfleger

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Klage-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

WTB / Gewerblicher Sektor überwiegt

Investitionswillen genutzt

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Mit der wieder lebhafteren Investitionstätigkeit der gewerblichen Unternehmen und des Wohnungsbaus haben sich 1983 bei der WTB Westdeutsche Kreditbank GmbH, Köln, die Investitions- und Absatzfinanzierungen erhöht. Die in diesem Bereich als Spezialinstitut tätige Tochtergesellschaft der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), erhöhte ihre Umsätze im originären Kreditgeschäft um 15,3 Prozent auf 324 Mill. DM. Erheblich stärker noch, um 22,3 Prozent wuchsen sie im Investitionskreditgeschäft. Das gegenüber dem Jahr zuvor um 28,6 Prozent auf 300 Mill. DM erhöhte Nettokreditvolumen macht die gute Umsatzentwicklung der WTB mit der gewerblichen Wirtschaft erst richtig deutlich.

Das Institut, das in den letzten Jahren zunehmend den gewerblichen Sektor forciert hat, erhöhte diesen Anteil am Gesamtkreditvolumen mit Kunden von 531 Mill. DM (plus 16,9 Prozent) auf 90,5 (88) Prozent, während der Konsumentenkredit, auch infolge geänderter Annahmebedingungen auf 9,5 (12) Prozent zurückfiel. Am Gesamtkreditvolumen verfügen das verarbeitende Gewerbe mit 27 (29) Prozent, das Dienstleistungs- *und das Verkehrsgewerbe mit 21 (19)* bzw. 18 (20) Prozent über die größten Anteile.

Insgesamt wurde mit breiterer Streuung der Branchen und finanzierten Objekte eine bessere Risikoverteilung erzielt. Der durchschnittliche Netto-Kreditbetrag ist mit 99 500 (87 000) DM ebenso gestiegen wie die Laufzeit der Kredite (37 nach 35 Monaten).

Das Ergebnis der WTB hat sich wesentlich verbessert, der Zinsüberschuß allein stieg auf 23,6 Mill. DM, der Provisionsüberschuß auf 2,1 Mill. DM. Dagegen wurde das Ergebnis durch erhöhte Risiken im Kreditgeschäft belastet. An die BfG wurden 4,3 Mill. DM an Gewinnen abgeführt. Die Eigenmittel der Bank machen 5,2 Prozent der auf 524 Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme aus.

Die Tochter WTB-Leasing GmbH hat 1983 mit 1,11 (0,99) Mrd. DM das addierte *Finanzierungsvolumen* gesteigert, litt gleichwohl unter der spürbar erhöhten Eigenfinanzierung der Unternehmen. Sie brachten nicht nur weniger Neugeschäft, sie billigten auch kurzfristige Verbindlichkeiten. Die Neuabschlüsse verteilten sich ausgewogen auf größere und mittlere Unternehmen. Das neue Leasing-Volumen erreichte 124 (121) Mill. DM. Der Bestand an Mietausrüstungen betrug Ende 1983 zu Anfangswerten gerechnet 354 Mill. DM. Knapp 3,8 Mill. DM Gewinn wurden an die WTB abgeführt.

Die ersten fünf Monate des laufenden Geschäftsjahres verliefen für die *WTB-Gruppe* positiv. *Während* die Bank eine Steigerung der Neuverträge um 13,6 Prozent auf 150 Mill. DM erzielte, wuchs der Umsatz der WTB-Leasing GmbH, auf die Jahresrate umgerechnet, um 48 Prozent auf 76 Mill. DM. Die Ertragslage der Gruppe wird für 1984 als „befriedigend bis gut" bewertet.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Gerd Kreibaum: Warum sind die Japaner besser? Die Geheimnisse einer Wirtschaftsmacht, Wirtschaftsverlag Langen-Müller/Herbig, München, 232 S. (Ln), 32 Mark.

Seit mehr als zwanzig Jahren befindet sich die japanische Wirtschaft auf dem Vormarsch. Wie konnte es dazu kommen, was erhält den japanischen Leistungsstandard aufrecht? Fragen, die sich so mancher Unternehmer oder Politiker schon gestellt hat. Gerd Kreibaum *hat* die japanischen Wirtschaftsverhältnisse vor Ort kennengelernt und beschreibt die Strukturen aus intimer Kenntnis heraus. *Das „Modell Japan", das hier sichtbar* und transparent wird, hat aber auch seine Schattenseiten, von denen kaum gesprochen wird. Der Erfolg hat seinen Preis. Aber das Buch von Kreibaum bietet auch wertvolle Erkenntnisse darüber, welche Handlungskonzepte die westliche Wirtschaft effektiver und erfolgsorientierter machen könnten.

Lutz E. Dreesbach: Die kleinen Seitensprünge großer Unternehmen. Töchter, über die man selten spricht, 150 S., 19,80 Mark.

Manche großen Konzerne mit zweistelligen Milliarden-Umsätzen und dreistelligen Millionen-Gewinnen bekennen sich nicht ohne Stolz zu ihren unternehmerischen Seitensprüngen, weil es zum Beispiel schick ist, als Geldinstitut eine Bienenzucht oder als Automobilproduzent so etwas Idyllisches wie eine Rinderzucht zu unterhalten. Anhand von 32 Beispielen schildert der Düsseldorfer Wirtschaftsjournalist Lutz E. Dreesbach kurzweilig derart kuriose Engagements. Da betreibt Aral eine Imbißbuden-Kette, besitzt BP eine Schweinefutterfabrik, BASF eine riesige Weinkellerei. Die Norddeutsche Landesbank unterhält ein Pferdegestüt, die Westdeutsche Landesbank Spielcasinos, Hoechst und die Dresdner Bank gemeinsam eine *Porzellanmanufaktur.*

Hohrmann: Der Staat als Konzernunternehmer. Die Bundesrepublik Deutschland als herrschendes Unternehmen im Sinne des Rechts der verbundenen Unternehmen, Schriften zum Wirtschafts-, Handels-, Industrierecht, Band 28, Heymanns Verlag Köln, 1983, 198 S., 80 Mark.

Mit der Veba-Gelsenberg Entscheidung des BGH (BGHZ 69/334) wurde zum ersten Mal offenbar, welche Problematik und Brisanz die Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen mit sich bringt. Die Schwierigkeiten ergeben sich daraus, daß konkrete Normierungen weitgehend fehlen. Die vorliegende Untersuchung weist bei der staatlichen Beteiligung an privaten *Unternehmen nach, daß der* Staat, wie jeder private Unternehmensaktionär dem Recht der verbundenen Unternehmen zu unterstellen ist. Dies gilt für die Vielzahl der Beteiligungen der Bundesrepublik ebenso wie für die Vielzahl der damit verfolgten Ziele, unter Berücksichtigung der außerhalb dieser Beteiligungen bestehenden Vielfalt der Aufgaben der Bundesrepublik. Verhindert werden muß, daß die Bundesrepublik ihre Beteiligungsmacht auch zum Nachteil der privaten Unternehmen verwenden könnte.

NAMEN

Dr. Heinz Krämer, der als Finanzchef im Vorstand des Gutehoffnungshütte Aktienvereins, Oberhausen, zur Jahresmitte in den Ruhestand geht, wird am 26. Juni 60 Jahre alt.

Wilhelm Karl Nill, von 1929 bis 1964 Mitglied des Vorstandes der Rheinische Garantie- und Kautionsversicherungs-Aktiengesellschaft, Mainz, die seit 1956 unter dem Namen Allgemeine Kreditversicherung Aktiengesellschaft arbeitet, vollendet am 26. Juni das 85. Lebensjahr.

Sepp Hort, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), Ottobrunn, feiert am 27. Juni den 60. Geburtstag.

HEILIT + WOERNER / Der Rückgang der Aufträge im Auslandsbau wird sich auch 1984 weiter fortsetzen

Zuversicht nach erfolgreicher Konsolidierung

DANKWART SEITZ, **München**

Die Aussichten der Baubranche sind keineswegs günstig: Im Inland kann nicht mit einer Besserung der konjunkturellen Lage gerechnet werden, zumal Überkapazitäten die Wettbewerbssituation erschweren. Und im Auslandsbau wird sich der Auftragsrückgang auch 1984 noch weiter fortsetzen. Die Heilit + Woerner AG, München, wird diese Entwicklung nach den Erwartungen ihres Vorstandssprechers Walter Lattermann zwar mit einem Absinken der Bauleistung *auf etwa 1 Mrd. DM zu spüren* bekommen, doch mindestens wieder „aus eigener Kraft ein ausgeglichenes Ergebnis" erreichen können. Zumindest *die freien* Aktionäre (3,23 Prozent) werden wieder, wie Lattermann andeutete, mit einer Dividende rechnen können.

Gleich mehrere Gründe führt Lattermann an, warum Heilit + Woerner zuversichtlich in die nähere Zukunft blicken kann: Da sei zum einen der nun *wohl* endgültig abgeschlossene Schrumpfungs- und Konsolidierungsprozeß, den das Unternehmen fusionsbedingt in den letzten drei *Jahren habe mitmachen müssen. Die* notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen und die durch den harten Wettbewerb erzwungene Ausrichtung auf Spezialgebiete hätten Heilit gegenüber den Konkurrenten heute einen erheblichen technischen Vorsprung gebracht. Im wesentlichen dadurch sei man schon 1983 in der Lage gewesen, alle Inlandsaufträge zumindest zu kostendeckenden Preisen hereinnehmen zu können. Der inzwischen wieder auf rund 430 Mill. DM gestiegene Auftragsbestand im Inland sichere die hier für 1984 angestrebte Bauleistung von 600 Mill. DM.

Gute Chancen sieht Lattermann für Heilit mittelfristig auch wieder im Auslandsbau. Angestrebt wird hier ein Anteil von 30 Prozent an der Gesamtbauleistung. Als lehrreich, aber keineswegs abschreckend werden offensichtlich die Erfahrungen mit drei Großprojekten im Irak (Auftragsvolumen etwa 900 Mill. DM), die 1981 übernommen wurden, beurteilt. Bedingt durch den iranisch/irakischen Krieg drohte Mitte *1983* für Heilit ein erheblicher Forderungsausfall. Inzwischen sei aber die Finanzierung – auch für die Restabwicklung 1984 über *rund 108 Mill. DM – gesichert.* Zahlungsrückstände seitens des Auftraggebers bestünden nicht.

Die Zusammenarbeit mit dem Irak bezeichnete Lattermann als so gut, daß man jederzeit weitere Anschlußaufträge übernehmen würde, wenn *die finanziellen Sicherheiten gegeben* sind. „Weil wir auch in schwierigen Zeiten im Irak geblieben sind", rechnet sich Lattermann für den Fall, daß der Krieg beendet wird, gute Chancen in dem Land aus. Irak habe noch einen „riesigen Bedarf" an Bauten. Daß man sich im Auslandsbau aber nicht allein auf den *Nahen Osten* konzentrieren will, verdeutlichen Repräsentanz-Eröffnungen in den letzten Monaten in Libyen, Kamerun und sogar in der Voksrepublik China.

Weitere Zuversicht für die Zukunft schöpft Lattermann daraus, daß 1983 trotz einiger „unvorhersehbarer Sondereinflüsse" (zusätzliche Finanzierungskosten für die Irak-Projekte, Forderungsausfälle durch Konkurse, Sozialpläne) „erstmals wieder ein positives Ergebnis ohne Substanzverzehr" habe erwirtschaftet werden können. Ohne konkrete Zahlen zu nennen, deutete er an, daß das Betriebsergebnis gegenüber 1982 um 30 bis 40 Mill. DM verbessert worden sei und die Bildung einiger stiller Reserven ermöglicht hätte. Wenn für 1984 ein wieder ausgeglichenes Ergebnis erwartet werde, dann sei dies "kein Rückfall in alte Zeiten, sondern nur eine Folge des branchentypischen Rückgangs im Auslandsbau". Daß Heilit dabei im wesentlichen auf eigenen Füßen stehen muß, verdeutlicht, so Lattermann, daß man vom Großaktionär, der Schörghuber-Gruppe (Anteil 96,77 Prozent) 1983 nur Aufträge über etwa 90 Mill. DM erhalten habe.

Heilit + Woerner	1983	±%
Bauleistung (Mill. DM)	1300	- 3,0
dav. Ausland	714	+ 18,4
Auftragseingang	887	- 28,3
dav. Ausland	180	- 35,0
Auftragsbestand [1])	615	- 49,8
dav. Ausland	280	- 65,6
Beschäftigte [2])	4737	- 16,4
Bilanzsumme	535	- 6,3
Grundkapital	27	unver.
Sachinvestitionen	29	- 61,5
Abschreibungen	50	+ 0,8
Jahresüberschuß	*0,15*	*- 24,0*
Bilanzgewinn	0,30	+ 24,3
Dividende (DM) [3])	5	(5)

[1]) zum Jahresende 1983; [2]) im Jahresdurchschnitt; [3]) je 50-DM-Aktie nur an die freien Aktionäre.

BRAUNSCHWEIGISCHE KOHLEN-BERGWERKE

Buschhaus bald in Betrieb

D. SCHMIDT, **Helmstedt**

Ungeachtet der aktuellen Diskussion geht die Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG (BKB), Helmstedt, davon aus, daß das umstrittene Salzkohle-Kraftwerk Buschhaus schon bald den Betrieb aufnehmen wird. Die Vorarbeiten, so heißt es in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbe*richt*, seien *weitgehend abgeschlossen*. Bis 1988, also bis zum Ablauf der Übergangsfrist, die die Großfeuerungsanlagenverordnung vorschreibt, werde auch die Rauchgasentschwefelungsanlage installiert sein.

Zufrieden äußert sich der BKB-Vorstand zur *Entwicklung im Geschäftsjahr* 1983. Die Rohkohleförderung erhöhte sich geringfügig auf 4,57 (4,53) Mill. Tonnen, während die *Stromerzeugung um 1,1 Prozent auf* 4,18 (4,23) Milliarden kWh zurückging. Die Steigerung des Stromabsatzes im eigenen Versorgungsgebiet um 2,1 Prozent auf 2,79 Milliarden *kWh und die Anfang 1983* vorgenommene Strompreiserhöhung um 5,7 Prozent ließ den Umsatz um drei Prozent auf 422 (409) Mill. DM ansteigen.

Beibehalten wurde im Berichtsjahr die Vorsorgepolitik. Bei Investitionen von 259 (226) Mill. DM erhöhten sich die Abschreibungen und Wertberich*tigungen auf 123 (97) Mill. DM. Dabei* spielen Sonderabschreibungen für den Aufschluß des Braunkohle-Tagebaus Schöningen und für das Kraftwerk Buschhaus die wichtigste Rolle.

Die BKB weist einen Jahresüberschuß von 28,5 (28) Mill. DM aus. Den offenen Rücklagen werden 10,9 (10) *Mill. DM zugewiesen.* Aus dem Bilanzgewinn von 18,1 (18,2) Mill. DM wird eine Dividende von wiederum 12 Prozent ausgeschüttet. Am *Grundkapital der BKB von 148,5 Mill.* DM sind die Bundesunternehmen Veba und Viag über Tochtergesellschaften jeweils zur Hälfte beteiligt.

OLTMANNS / Zuwachs bei Keramik und Ziegeln

Zukunft positiv eingeschätzt

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Ziegel- und Kunststoffwerke Heinrich Oltmanns, Jeddeloh/Oldenburg, hat in der Gruppe 1983 die Umsätze um fast 9 Prozent auf 165 Mill. DM ausgeweitet. Davon entfielen 137 Mill. DM auf das Inlandsgeschäft, während den Rest die beiden französischen Tochtergesellschaften in Cha*teauroux und* Batilly *sowie ein* englisches Kunststoffwerk in Bedford beisteuerten.

Den stärksten Zuwachs im Inlandsgeschäft verzeichnete Oltmanns bei Keramik- und Ziegelprodukten. In diesem Bereich stieg der Umsatz um 14 Prozent auf 70 Mill. DM; allein bei Porotonziegeln betrug das Plus 18 Prozent. Nahezu unverändert blieb demgegenüber der Umsatz bei Kunststoff-Erzeugnissen und im Maschinenbau (67 Mill. DM).

Den Export gibt Oltmanns mit 20,5 Mill. oder 15 Prozent vom Inlandsumsatz an. Die nicht veränderte Quote wird darauf zurückgeführt, daß im Berichtsjahr die neu errichteten Kunststoffwerke in Batilly und Bedford zum ersten Mal ein volles Jahr gearbeitet haben. Beide Betriebe sei*en voll ausgelastet und schrieben* bereits schwarze Zahlen, heißt es. In der Herstellung von PVC-Dränrohren habe Oltmanns durch die Produktionserweiterung die führende Marktstellung in Europa noch ausgebaut.

Insgesamt verfügt Oltmanns jetzt über 12 Betriebsstätten, darunter ein Faserverarbeitungswerk in Abidjan an der Elfenbeinküste. Das 1982 in Worms errichtete Zentrallager hat neben dem Vertrieb für den süddeutschen Raum inzwischen auch die Kunststoff-Produktion aufgenommen. Die Investitionen im Jahr 1983 werden mit 8,5 Mill. DM angegeben. *Für dieses Jahr sind 6 Mill. DM* vorgesehen. Die weitere Entwicklung des Unternehmens wird unverändert positiv eingeschätzt.

BRITISH AEROSPACE / Eine der bedeutendsten Firmen der Luft- und Raumfahrtindustrie – Hoher Exportanteil

Produktions-Palette reicht vom Airbus bis zum Tornado

WILHELM FURLER, **London**

British Aerospace PLC, Hersteller von Flugzeugen, Verteidigungs-Systemen und Raumfahrtgerät, ist in verschiedener Hinsicht eines der bemerkenswertesten Unternehmen in Großbritannien. Es zählt zu den führenden Firmen der Luft- und Raumfahrt-Industrie der Welt. So stark wie kein anderes Unternehmen im Land arbeitet British Aerospace mit ausländischen Firmen (aus insgesamt 17 Ländern) zusammen. Und schließlich ist die Vergangenheit des aus etlichen *britischen Unternehmen der Luft*fahrt- und Rüstungsindustrie (British Aircraft Corporation, Hawker Siddeley, Hawker Siddeley Dynamics, Scottish Aviation) verschmolzenen Konzerns so beeindruckend wie die keiner anderen Firma in Großbritannien.

Davon zeugen Erfolge wie etwa die Comet, das erste Düsenverkehrsflugzeug der Welt, oder die Concorde, das zusammen mit Frankreich entwickelte erste Überschall-Passagierflugzeug. Entsprechend seiner Aktivitäten ist British Aerospace gegenwärtig das wohl am stärksten exportorientierte Unternehmen Großbritanniens, mit einem Exportanteil von 62 Prozent am Gesamtumsatz 1983 in Höhe von 2,3 Mrd. Pfund (8,75 Mrd. Mark). Der Gewinn des Konzerns erreichte im letzten Jahr vor Steuern 82,3 Mill. Pfund, nachdem im Jahr zuvor wegen erheblicher Aufwendungen für die Umstrukturierung ein Vorsteuer-Verlust von 15,3 Mill. Pfund ausgewiesen werden *mußte.*

Zu den wichtigsten Partnern von British Aerospace, das 1981 von der Regierung Thatcher privatisiert wurde (London hält heute noch 48,43 Prozent der Anteile) zählen die deutschen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie, allen voran MBB. So ist der britische Konzern gemeinsam mit MBB am europäischen Gemeinschaftsprojekt Airbus A 300 und den Nachfolgemodellen 310 und 320 beteiligt – für Entwicklung und Bau des A 320 haben London und Bonn vor kurzem als letzte Regierungen Starthilfekapital zuge*sagt.*

Darüber hinaus haben beide Unternehmen zusammen mit ihrem italienischen Partner Aeritalia das moderne Kampfflugzeug Tornado (Stückpreis einschließlich System- und Betriebskosten rund 65 Mill. Mark) entwickelt. 1989 wird im British-Aerospace-Werk Warton der letzte Tornado vom Band gelaufen sein, sofern sich nicht doch noch Export-Bestellungen für das Parade-Stück europäischer Kampfflugzeug-Baukunst finden *lassen. Entsprechend muß* spätestens dann, so hofft die Geschäftsführung, ein neues Militärflugzeug-Programm produktionsreif sein.

Die Vorstellungen über dieses Kampfflugzeug mit der Projektbezeichnung EFA (European Fighter Aircraft) sind zumindest bei drei Herstellern des Fünf-Nationen-Konsortiums (Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien) sehr konkret. So haben British Aerospace, MBB und Aeritalia bereits an einem Demonstrationsflugzeug gebaut, bevor MBB auf Anraten Bonns aus dem Programm ausstieg. Doch British Aerospace arbeitet mit den Italienern und Zulieferern aus der deutschen Industrie an dem Experimental-Kampfflugzeug weiter, dessen Erstflug für Mitte 1986 geplant ist.

Das große Problem liegt gegenwärtig darin, daß Paris für sich eine Mehrheit an dem Projekt beansprucht. Differenzen zwischen den möglichen Partnern gibt es auch noch über das Gewicht und die militärische Rolle des Kampfflugzeuges, das den von Frankreich und Großbritannien eingesetzten Jaguar und die von Deutschland eingesetzte Phantom ablösen soll.

Wie stark sich British Aerospace in letzter Zeit auch auf den Zivilluftfahrt-Bereich konzentriert, zeigt die weite Palette modernster Entwicklungen. Dazu zählen in erster Linie das Kurzstreckenflugzeug vom Typ 146, das mit 80 bis 100 Sitzen ausgerüstet wird und mit vier sehr kleinen und wartungsfreundlichen Triebwerken besonders handlich und leise ist. Die guten Zukunftserwartungen für das Unternehmen haben inzwischen mit Thorni EMI und General Electric Co. zwei Übernahme-Interessenten auf der Bildfläche erscheinen lassen.

WFG

Hohes Plus bei Neuanschlüssen

dpa/VWD, **Dortmund**

Nach einem Absatzrückgang in den beiden vorausgegangenen Jahren hat die Westfälische Ferngas AG (WFG), Dortmund, im Geschäftsjahr 1983 erstmals wieder ein Plus erzielt. Der Absatz lag mit 22,5 Mrd. kWh um 3,5 Prozent über dem des Vorjahres. Der Vorstandsvorsitzende Joachim König führte diese „erfreuliche Entwicklung" auf die „äußerst lebhafte Anschlußentwicklung im Heizungsbereich" zurück. Mit 3300 neuen bei insgesamt 37 000 Heizgaskunden konnte die *Gesellschaft* bei den Neuanschlüssen noch einmal 10 Prozent zulegen.

Schleppend verlief dagegen das Geschäft im Industriegassektor. Bei einer Abgabe von 4,5 Mrd. kWh war ein Absatzrückgang von 2,3 Prozent zu verzeichnen. Die Kraftwerkslieferungen entsprachen mit 4,9 Mrd. kWh in etwa denen des Vorjahres. Trotz der Verkaufserfolge beim Kommunalgas verringerte sich der Umsatz besonders wegen der beiden Preissenkungen im vergangenen Jahr um 1,2 Prozent auf *974* Mill. DM. Bei einem Bilanzgewinns von 6,56 (6,07) Mill. DM schlägt der Vorstand wieder eine Dividende von 10 Prozent vor.

Elektromark: Strom schrittweise teurer

dpa, **Hagen**

Schrittweise Strompreiserhöhungen von insgesamt 20 bis 25 Prozent kommen über die nächsten fünf Jahre verteilt auf die Kunden des südwestfälischen Stromerzeugers Elektromark AG, Hagen, zu. Grund dafür sind die geplanten Investitionen von rund 400 Mill. DM für Rauchgas-Entschwefelungsanlagen und den Einbau von Katalysatoren *zur* Verminderung von Stickoxiden in den Kohlekraftwerken.

Wie der Vorstand des Unternehmens mitteilte, hat die Elektromark in ihren Kraftwerken 1983 nahezu 30 Prozent mehr Steinkohle eingesetzt. Elektromark hat im vergangenen Jahr rund 3,71 Mrd. Kilowattstunden Strom, 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr abgesetzt. Der Umsatz stieg um 40 Mill. (6,9 Prozent) auf 618,5 Mill. *DM an. Bei einem Bilanzgewinn von* 12,6 Mill. DM will der Vorstand eine Dividenden-Ausschüttung von wiederum 12 Prozent vorschlagen.

Spitzenstellung weiter ausgebaut

ww. **Bremen**

Eine klare Spitzenposition unter den sieben Angestelltenkrankenkassen im prozentualen Mitgliederzugang und ein Fehlbetrag von 0,7 Mill. DM in der Jahresrechnung 1983 kennzeichnen den Jahresbericht der Handelskrankenkasse Bremen (hkk) für das Geschäftsjahr 1983. Die hkk hat am Jahresende 1983 mit einem Nettozugang von 2980 Mitgliedern das beste Ergebnis in ihrer achtzigjährigen Geschichte vorzuweisen.

Diese Entwicklung hat allerdings einen Rückgang der Beitragseinnahmen um 2,5 Mill. DM nicht aufhalten können. Als Grund für den Rückgang der Beitragseinnahmen nannte der Vorstandsvorsitzende Alex Winiarski die Senkung des allgemeinen Beitragssatzes von 11,0 auf 10,6 Prozent zum Beginn des Jahres 1983. Außerdem wirken sich einmalige Aufwen*dungen für den Finanzausgleich der* Krankenversicherung der Rentner aus. Einnahmen in Höhe von insgesamt 199,99 Mill. DM stehen 200,71 Mill. DM Ausgaben gegenüber. Für Leistungen hat die Handelskrankenkasse 1983 dem Jahresbericht zufolge 192,87 Mill. DM ausgegeben.

LEICHTATHLETIK / Die deutschen Meisterschaften in Düsseldorf brachten fast nur Enttäuschungen

Der Traum von einer Medaille

Wann hat es das zum letzten Mal gegeben? Die Sprinter aus der Bundesrepublik Deutschland träumen von einer Olympia-Medaille in der 4x100-m-Staffel. „Die Ausgangslage", so sagt Bundestrainer Paul Wagner ganz ernsthaft, „ist doch so: Bei den Weltmeisterschaften im vorigen Jahr in Helsinki wurden wir Fünfter. Zwei Staffeln, die damals vor uns waren, die aus der Sowjetunion *als* Dritte und die aus der DDR als Vierte, sind in Los Angeles nicht dabei. Die Weltmeister von Helsinki, die USA *mit* Carl Lewis, kann niemand gefährden. Die Franzosen aber hatten wir schon vor acht Tagen, beim Länderkampf *in Hannover, ganz sicher* im Griff. Obendrein mit einer ersatzgeschwächten Staffel. Und die Italiener, in Helsinki Zweite, können diesmal auch wackeln."

Die deutschen Sprinter wollen in *Los* Angeles, wenn *alles klappt, also* nach der Silbermedaille greifen. Wenn alles klappt: Bei den Meisterschaften in Düsseldorf trat der Fürther Christian Haas mit dickbandagiertem Oberschenkel nur zum Vorlauf über 100 m an (mäßige 10,70 Sekunden). Eine Oberschenkelzerrung macht dem schnellsten deutschen Läufer seit Pfingsten zu schaffen. Sein Onkel und Trainer Herbert Stürmer hat deshalb vor dem Vabanque-Spiel von Düsseldorf gesagt: „Ich halte mich da raus." Zum Zwischenlauf *ist Haas dann nicht mehr angetreten.* Er hat seine 80 Zentimeter lange Bandage entfernt und ist wieder heim nach Nürnberg gefahren: „Es hat keinen Zweck."

Trotz dieser Einsicht reagierte Bundestrainer Wagner verärgert: „Unverantwortlich, was Christian da gemacht hat. Das war bei diesem Wetter viel zu riskant. Was wäre denn gewesen, wenn etwas passiert wäre?" Ja, dann hätten Paul Wagner und der übrige Rest der Sprinter den ganzen schönen Traum von der Silbermedaille *schon jetzt ausgeträumt.*

Aber es ist noch einmal gut gegangen. Und der Kornwestheimer Jürgen Evers, Junioren-Europameister und deutscher Rekordhalter über 200 m (20,37 Sekunden),ist nach einer Muskelverletzung wieder auf dem Weg der Besserung, er trainiert schon wieder. Wagners Traumstaffel für Los Angeles könnte also durchaus so aussehen: Zirkelbach (Fürth), Haas (Fürth), Evers (Kornwestheim) und Ralf Lübke (Leverkusen) als Schlußmann.

Lübke, der 19jährige, ist nämlich in Düsseldorf überraschend deutscher Meister über 100 m geworden. Er, der Hallen-Weltrekordler über 200 m, ein 1,94 m großer, kräftiger Athlet, dem man einst die Fähigkeit absprach, auf der kürzesten Sprintstrecke ebenso vehement in Gang zu kommen wie *über 200 m. Doch Lübke rannte in* Düsseldorf in Abwesenheit von Evers und Haas den Rest der gelernten 100-m-Sprinter auf den letzten 35 Metern in einem furiosen Finish geradezu in Grund und Boden. 10,47 Sekunden registrierten die Uhren bei einem Meter Gegenwind pro Sekunde für ihn. Das sind die notwendigen statistischen Werte, doch noch mehr als das imponiert sein Kampfgeist. Der war schon eine Woche zuvor beim Länderkampf gegen Polen, Frankreich und die CSSR in Hannover zu bewundern, *als Lübke als Schlußläufer der* Sprintstaffel alle Angriffe der Gegner abwehrte und damit den Sieg rettete.

Bernd Knut, der ehemalige Zehnkämpfer der Extraklasse, jetzt Lübkes Heimtrainer in Leverkusen, sagt: „Wir *haben im Herbst* vergangenen Jahres damit begonnen, das Stehvermögen weiter auszubauen, damit über 200 m eine gute Zeit rausspringt. Damit wollten wir aber obendrein zwei weitere Dinge erreichen: Erstens sollte Ralf Kondition genug haben, um solche Turniere wie die Deutschen Meisterschaften durchzustehen. Zum anderen hat er nun die Kraft, als Schlußläufer der Sprintstaffel 130 Meter lang mit Maximalgeschwindigkeit laufen zu können."

Über das Wetter wurde freilich *auch gesprochen, und deshalb sei die* Zeit von 10,47 Sekunden indiskutabel, sagt Knut. Lübke: „Trotzdem habe ich mich *nicht* in der *Halle* eingelaufen, das Rennen fand schließlich im Freien statt." Etwas mulmig sei ihm vor dem Start geworden, als er im Massageraum all die Verletzten hätte liegen sehen. „Wenn du hier mit einem vierten Platz und unverletzt rauskommst, reicht das," hatte er sich angesichts dieses Lazaretts gesagt.

Doch dann ist alles ganz anders gekommen und nun träumen die *Sprinter von einer olympischen Sil*bermedaille und Lübke obendrein vom deutschen 200-m-Rekord: „Hintenraus bin ich ja schließlich nicht schwächer geworden." Auf die Abwanderung ins 400-m-Lager müsse man trotzdem noch einige Zeit warten. „Er ist ja erst 19", sagt Bernd *Knut. Die Sprinter können sich also* freuen.

Ralf Lübke ist jedenfalls einer der wenigen, die sich offensichtlich noch durchbeißen können und nicht gleich aufstecken, wenn Wind und Wetter nicht so sind, wie sie es sich vorgestellt haben. KLAUS BLUME



Wenigstens zwei Situationen, die optimistisch stimmen: Uwe Becker bedankt sich bei seinem Tempomacher Thomas Wessinghage für die gute Zeit über 1500 m, Ralf Lübke stürmt kraftvoll zum Sieg über 100 m.
FOTOS: LUBEIPRINTS/SCHMIDT

Kalkweiß im Gesicht – drittklassige Zeiten der Stars Weber, Skamrahl

Das Gesicht war kalkweiß. Die Augen blickten noch eine Spur trauriger als sonst durch die kleinen kreisrunden Brillengläser. Als Zweiter hinter Erwin Skamrahl war Hartmut Weber ins Ziel des Finales über 400 m gekommen. Doch das war zweitrangig. Was dem Europameister von Athen die Blässe ins Gesicht *trieb, war die Enttäuschung über die* erzielte Zeit: 46,47 Sekunden hatten die elektronischen Uhren für ihn registriert. Das ist international ebenso drittklassig wie die Siegerleistung des Europarekordlers Erwin Skamrahl von 46,27 Sekunden.

Zum Vergleich: Im Vorjahr stand *Skamrahl mit seinem Europarekord* von 44,50 Sekunden zu Buche, Weber hatte hervorragende 45,12 Sekunden erzielt. *Die besten Amerikaner sind in* dieser Saison die Stadionrunde auch schon unter 45 Sekunden gelaufen, Leistungen, die man für ein olympisches Finale, für olympische Medaillen braucht.

Und nun das. In der olympischen Saison erzielen Skamrahl und Weber *– seit Jahren die europäischen Super*stars über 400 m – Zeiten, die ihnen noch nicht einmal bei einer untergeordneten Landesmeisterschaft zum Erfolg gereicht hätten. Sicher, es war kühl in Düsseldorf und der drehende Wind im Rheinstadion hatte ihnen zu schaffen gemacht, doch war das allein für diese Pleite ausschlaggebend?

Skamrahl fand als erster der beiden dafür eine plausible Erklärung. „400-*m-Läufer*", *sagte der Mann aus Groß*-Ilsede bei Hannover, „können auch bei schlechtem Wetter schnell laufen. Doch sie können es dann nicht mehr, wenn sie ständig bei schlechtem Wetter trainieren müssen." Das klingt nach billiger Entschuldigung, aber es ist doch viel Wahres dran. Weber sagt: „Man schaut doch beim Training immer nur noch nach oben, immer zum Himmel: Fängt es an zu regnen oder nicht?"

Das schränkt die Intensität der Vorbereitungen ebenso ein wie die Konzentration aufs Wesentliche. Das reduziert Vorbereitungsumfänge und weitsichtige Planungen. „Wäre alles normal gelaufen, hätte ich jetzt eine Zeit um 45,50 Sekunden laufen müssen", sagt Weber. Das wäre *dann* ein Resultat gewesen, auf dem sich hätte aufbauen lassen für Los Angeles.

Doch so? 46,47 Sekunden, das sei schon unerklärlich schwach, sinniert Weber. Er mag nicht nur die Großwetterlage der letzten Monate dafür verantwortlich machen. Er sagt: „Ich *war schon nach 200 m, 300 m tierisch* übersäuert. Und dann ging erst stilistisch und auch psychisch in mir alles kaputt. *Da* stimmt doch irgendetwas nicht. Wenn ich nur wüßte, woran es wirklich liegt."

Da geht dann doch die Ratlosigkeit um unter den großen Läufern. Skamrahl: „*Im Grunde haben wir ja trotz* allem noch recht ordentlich trainiert. Die Werte sind gut, vor allem die im Sprint." Aber im Widerspruch dazu stimmt auch das, was Weber erzählt: „Acht Tage zuvor, beim Länderkampf in Hannover, hatte ich nach dem Rennen Milchsäure-Werte, die auf alles andere als auf eine Erschöpfung hindeuteten. Jetzt wiederum fühle ich mich miserabel."

Erstaunen und Unverständnis bei den beiden besten westeuropäischen 400-m-Läufern nach ihrem letzten Olympia-Test.

Dennoch, der Countdown für Los Angeles läuft, muß laufen. Skamrahl hofft: „Das heiße Wetter von Kalifornien wird in Los Angeles sicher großen Auftrieb geben." Weber will nicht nur auf diesen Effekt setzen. Er reist schon heute für zwei Wochen ins ganz private Trainingslager bei Bordeaux. Für ihn war der Aufenthalt dort schon immer so etwas wie die letzte Zuflucht, wenn alles andere nicht mehr klappte. So hatte er es schon 1981 *gehalten* und als er *zurückkam*, „da hat es nur so geknallt" (Weber). Da wurde Weber in Zagreb Europacup-Sieger über 400 m.

„Ich muß zusehen, wie ich das jetzt *wieder in den Griff* kriege, und das geht nur dort, wo es warm ist, wo ich ohne Witterungseinwirkung ungestört arbeiten *kann. Es* war in Deutschland vorher zu kalt, um im Training ständig vollbelasten zu können. Doch bei Wärme und anständigem Training kommt auch die Selbstsicherheit zurück."

Manfred Kinder, der Bundestrainer, wollte im Düsseldorfer Rheinstadion schnelle Rennen sehen, „eine Leistungsexplosion". Doch nun bescherten ihm seine sonst so erfolgsgewohnten 400-m-Stars die große Pleite. Kinder wird dennoch sechs Läufer für die olympische 4x400-m-Staffel nominieren müssen. Drei feste Staffelläufer stehen dabei schon fest: Harald *Schmid, Erwin Skamrahl, Hart*mut Weber. Um den vierten Platz rangeln Giessing (Rhede), Vaihinger (Dortmund), Weppler (Sindelfingen) und Nakladal (Berlin). K. Bl.

Der Wind, das Wetter, das Zipperlein
Nach schwachen Leistungen bleibt für Olympia nur das Prinzip Hoffnung

KLAUS BLUME, *Düsseldorf*

Die meisten redeten vom Wetter. Andere handelten. Trotz des Windes, trotz der Kälte im Düsseldorfer Rheinstadion, Heidi-Ellen Gaugel, die Sprinterin aus Sindelfingen zum Beispiel. Sie avancierte an den drei Tagen der 84. deutschen Leichtathletik-Meisterschaften zu einem der Stars dieser Veranstaltung. Es ist schließlich ihr Verdienst, wenn nach dem Rücktritt von Olympiasiegerin Annegret Richter im Jahre 1978 endlich wieder von den deutschen Sprin*terinnen geredet wird.* 11,26 Sekunden lief sie als 100-m-Meisterin. Das läßt hoffen. Bei besserem Wetter *kann sie noch erheblich* schneller werden und schon jetzt gilt sie deshalb als Finalistin über 100 m und *200 m in Los Angeles.*

Die trotz Olympia-Vorbereitung immer noch halbtags arbeitende Sparkassenangestellte hat sich allen Unkenrufen zum Trotz durchgebissen. Ihre Beharrlichkeit bei der Verfolgung großer Ziele erinnert an Annegret Richter. So sagt sie: „Ein Glück, daß ich mich vor zwei Jahren verletzt habe, da konnte ich mich auf mich selber besinnen und mich wieder aufbauen."

Oder da ist der Düsseldorfer Dreispringer Ralf Jaros, der den großen *Favoriten Peter Bouschen bezwang* und mit 16,81 m einen deutschen Junioren-Rekord aufstellte. Ein um zehn Zentimeter übergetretener Versuch lag dabei über 17 Meter. Jaros dazu: „Egal, aber ich weiß wenigstens, was ich wirklich drauf habe."

Da war zum Beispiel die deutsche Rekordhalterin über 400 m, Gaby Bussmann, die eigentlich gar nicht im Einzellauf antreten wollte, weil sie *nach Verletzungen und Krankheiten* (die WELT berichtete) nicht zurecht kam. In Düsseldorf kämpfte die Psychologie-Studentin *aus* Ahlen fast wie in alten Zeiten und wurde im 400-m-Finale Zweite hinter der Kölnerin Ute Thimm. Nun fährt sie nach St. Moritz zum Aufbautraining, auch das läßt hoffen. Schließlich war Gaby Bussmann im Vollbesitz ihrer Kräfte einmal die schnellste 400-m-Läuferin der westlichen Welt.

Auch Margrit Klinger aus Obersuhl ließ sich über 1500 m und 800 m vom *Wetter nicht stoppen. Sie plant auch* in Los Angeles einen Doppelstart, und über 800 m gilt die Weltmeisterschafts-Vierte von Helsinki mittlerweile als Goldmedaillen-Kandidatin.

Die Leverkusener Weitspringerin Anke Weigt, monatelang in den Vorbereitungen wegen einer langwierigen Verletzung gehandicapt, erzielte 6,43 m. Vor vier Jahren sprang sie schon 6,80 m weit und kam damit bis auf vier *Zentimeter an den immer* noch bestehenden deutschen Rekord von Heide Rosendahl heran. Ihr Trainer *Bernd Knut* sagt: „Wenn wir in den nächsten Wochen ohne Verletzungssorgen arbeiten können, kann Anke in Los Angeles in die Medaillenränge hineinspringen. Die internationale Konstellation erlaubt es."

Ihre Vereinskameradin Ingrid Thyssen wurde mit 65 m deutsche Speerwurf-Meisterin. Auch sie träumt von einer Olympia-Medaille, „wenn endlich die lädierten Außen*bänder am Knie halten*". *Ihr* Trainer Rudi Hars: „Ich bin optimistisch. Wenn Ingrid mit unfertigem Bewegungsablauf und verkürztem Anlauf so weit wirft, ist das doch schon eine feine Sache."

Das Prinzip Hoffnung als Grundlage für die Olympia Planungen. Denn die Lichtblicke an den drei Meisterschaftstagen im Düsseldorfer Rheinstadion waren äußerst selten. Stattdessen summiert sich die Liste der Verletzten, zu denen nun auch *Hochsprung-Europameister* Dietmar Mögenburg aus Köln gehört. Beim ersten vergeblichen Versuch über *2,30 m zerrte er sich den Rücken.* 2,26 m als Meisterschaftsergebnis (Thränhardt: „Kannst du dich denn über einen solchen Titel überhaupt freuen?") brachten Bundestrainer Dragan Tancic ebenso in Rage wie das kühle Wetter. Für ihn war der ganze Wettkampf, der eigentlich erst bei der neuen Weltrekordhöhe von 2,40 m enden sollte, „ein elender Mist."

Patriz Ilg, der Welt- und Europameister über 3000 m Hindernis, hat gerade eine Viruserkrankung hinter sich, überwunden hat er sie aber wohl noch nicht. Im Finale von Düsseldorf hatte der Lehrer von der Schwäbischen Alb keine Kraft, um in der letzten *Runde das nur mittelmäßige* Tempo des neuen deutschen Meisters Torsten Tiller (Göttingen) mitzuhalten. Ilg wurde nur Dritter in für ihn indiskutablen 8:40,53 Minuten. Die Ausgangslage für Los Angeles ist vorerst trist.

Und das ist der allgemeine Trend. Hinzu kommt, *daß* die Nominierungskriterien für Los Angeles unklar sind. 1500-m-Meister Uwe Bekker (Wolfsburg) reagierte erschrokken, als er hörte, um bei Olympia dabei zu sein, müsse er seine Spezialstrecke in 3:36,00 Minuten zurücklegen. Becker: „Noch nie was davon gehört. Außerdem: Wer kann denn das zur Zeit bei uns in Deutschland?" Weder er noch der von ihm bezwungene Thomas Wessinghage.

Oder da gibt es Sorgen bei Ulrike Denk aus Köln, der deutschen Meisterin und *Rekordhalterin* über 100 m Hürden (12,98 Sekunden). Ihr hat man von Verbandsseite aus gesagt, wenn sie *ihre guten Leistungen* in vier Wochen in Stuttgart noch einmal wiederhole, sei ihre Teilnahme in Los Angeles ungefährdet. Schließlich müsse man bei denjenigen, deren Chancen durch den Boykott des *Ostens steigen, schärfere* Kriterien als bisher anlegen. Also auch bei Ulrike Denk. Die Kölnerin: „Das verstehe, wer will."

Nominiert wird trotzdem am Mittwoch. Und dabei wird es nicht darum gehen, ein Rumpfteam nach Los Angeles zu schicken. Thomas Wessinghage hat sich dafür stark gemacht, gerade angesichts der Boykottlage eine besonders große Mannschaft zu den Olympischen Sommerspielen zu entsenden. Wessinghage: „Ich plädiere dafür, jede Disziplin maximal zu besetzen, also mit drei Teilnehmern." Auf diese Weise hätten vor allem junge *Athletinnen und Athleten* nicht nur die große Chance, Olympia zu erleben, sie seien auch motiviert, weiter an sich zu arbeiten.

Denn schon jetzt ist klar, daß viele der altgedienten Stars der deutschen Leichtathletik – von Willi Wülbeck bis Ulrike Meyfarth – nach den Olympischen Spielen endgültig von der Bühne der großen Leichtathletik zurücktreten werden. Wenn jetzt der *Verband handelt und denen,* die noch im zweiten oder dritten Glied stehen, die Möglichkeit einräumt, sich international umzuschauen, wird der Verlust solcher Athletinnen und Athleten schneller zu verkraften sein.

Die Verbandsfunktionäre werden jedenfalls bei ihren Nominierungsge*sprächen oftmals* am Scheideweg stehen. Denn die Frage „großes Olympiateam oder nicht", beinhaltet ja auch bei einer Bejahung die Zulassung von möglichen Olympia-Touristen, die dann eventuell die Medaillen-Kandidaten bei ihrer Konzentration stören könnten. Wessinghage will das allerdings nicht gelten lassen. Er sagt: „So etwas stört nicht. Und wer sich durch so etwas stören läßt, ist *wohl auch nicht der Athlet,* der ernsthaft seine Chance sucht."

*

Willi Wülbeck, Weltmeister über 800 m, ist als „würdigster und verdientester Leichathlet" *mit dem* Rudolf-Harbig-Gedächtnispreis ausgezeichnet worden. Der zehnmalige deutsche Meister konnte wegen einer Verletzung nicht starten.

Weltklasse in Kiew und Los Angeles

Wenig überzeugende Resultate der deutschen Leichtathletik-Stars, aber gleich mehrere Spitzenleistungen der amerikanischen und sowjetischen Leichtathleten bei ihren Olympia-Qualifikationen *beziehungsweise* Titelkämpfen. Gleich zwei Weltrekorde wurden in Kiew aufgestellt: Die 25 Jahre alte Weltmeisterin Tamara Bykowa steigerte ihren Hochsprung-Weltrekord um einen Zentimeter auf 2,05 m. Die zweite Bestmarke fiel über 400 m Hürden der Frauen, wo Margarita Ponomarewa in 53,58 Sekunden ihre Landsmännin Anna Ambrosiene um 44 Hundertstelsekunden unterbot.

Im Coliseum in Los Angeles ragten die Jahresweltbestzeit von Henry Marsh über 3000 m Hindernis in 8:15,92 Minuten und die 8:34,91 Minuten von Doppel-Weltmeisterin Mary Decker über 3000 Meter heraus. Schneller als die 25 Jahre alte Amerikanerin war in dieser Saison nur Tatjana Posdnjakowa aus der UdSSR (8:34,35).

Nahezu jeder Wettbewerb in Kiew brachte erstklassige Resultate. Über 800 Meter der Frauen verbesserte Irina Podjalowskaja ihre Weltjahresbestzeit von 1:57,24 auf 1:55,69 Minuten. Als vierte Läuferin der Welt unterbot Olga Wladikina über 400 Meter der Frauen mit 48,98 Sekunden die 49-Sekunden-Marke und stellte damit ebenso einen UdSSR-Rekord auf wie Wassili Matejew über *800 m mit 1:44,25 Minuten.*

SPRINGREITEN / Nach dem Debakel im Nationenpreis von Aachen: Die verzweifelte Suche nach der richtigen deutschen Equipe für Los Angeles

Ein wenig Angst, ein wenig Aufatmen
Schridde: „Wir sind keine Favoriten"

DW. Aachen

Ein wenig Angst, ein wenig Erleichterung. „Vielleicht", sagte Her*mann Schridde, Bundestrainer* der deutschen Springreiter, „vielleicht ist es ganz gut, daß wir mal einen *draufbekommen haben. Jetzt* sind wir die Favoritenbürde für Olympia los."

Es überwog jedoch die Angst. Im Preis der Nationen beim Reit- und Springturnier von *Aachen* hatte die deutsche Equipe mit 19 Fehlerpunkten hinter der Schweiz, England und Frankreich nur den vierten Platz belegt. Nach dem ersten Umlauf lag sie mit 19 Fehlerpunkten noch auf dem 12. Platz. 14 Nationen nahmen teil. Hilflos stand der Bundestrainer zu diesem Zeitpunkt auf dem Parcours und sagte: „So etwas habe ich wirklich nicht erwartet. Daß wir so weit einbrechen könnten." Paul Schockemöhle (Mühlen) mit Deister und Peter Luther (Wedel) mit Livius waren mit jeweils einem Abwurf noch im Rahmen geblieben. Doch Fritz Ligges (Ascheberg) auf dem Schimmel Ramzes (11 Fehlerpunkte) und Franke Slotthaak (Damme) auf Farmer (13 Fehlerpunkte) vermochten ihr reiterliches Können den jungen Pferden nicht zu vermitteln. Paul Schockemöhle, Europameister und Sprecher der Equipe, kritisierte die falsche Taktik: „Die jungen Pferde Ramzes und Farmer hätten früher auf einen solch schweren Platz wie *hier in Aachen vorbereiten müssen.*" Hermann Schridde: „Wir haben gesehen, daß die beiden Pferde noch zu jung sind." *Auch das dürfte als* Erklärung nicht hinreichend sein: Im zweiten Durchgang blieben Farmer und Ramzes nämlich fehlerlos.

Für Hermann Schridde steht heute abend die *Nominierung der Olym*pia-Mannschaft bevor. Bei diesen unterschiedlichen Ergebnissen wahrhaftig keine leichte Aufgabe. Er sagt: „Ich bekomme Kopfschmerzen, wenn ich daran denke." Die Entscheidung soll im Roten Saal des Aachener Hotels Quellenhof fallen. „Dann muß ich einigen Leuten ins Gesicht sagen: Du fährst nicht mit nach Los Angeles. So schwer *wie diesmal* war es wohl noch nie."

Sicherster Olympia-Starter ist Paul Schockemöhle auf Deister, obwohl er beim Großen Preis der Bundesrepublik disqualifiziert wurde, weil er über ein falsches Hindernis gesprungen war.

Ebenfalls sicher ist die Nominierung von Peter Luther auf Livius. Der Hamburger bot in Aachen die stärkste Leistung. Norbert Koof gehörte in Aachen nicht zur offiziellen *Mannschaft.* Trotz seines schweren Sturzes, bei dem sein Wallach Fire Prellungen und Blutergüsse erlitt, ist der Weltmeister der eigentliche Gewinner dieses Turniers. Schrid*de: „Wenn Fire gesund ist,* können wir das Pferd wohl nicht zu Hause lassen."

Franke Sloothaak könnte trotz seiner 13 Fehlerpunkte im ersten *Umlauf* des Nationen-Preises der *vierte* Starter in Los Angeles sein. Sloothaak: „Farmer war durch den Teich *in der Nähe der Hindernisse* verunsichert. Aber im zweiten Umlauf hat er gezeigt, was er kann." Auf den fünften *Platz* für Los Angeles hofft Fritz Ligges. Auch er hat eine Entschuldigung für seine 11 Fehlerpunkte: „Ich bin vielleicht 20 Zentimeter zu nah an das Hindernis geritten. Aber wenn Ramzes kein Olympia-Pferd ist, dann verstehe ich gar nichts mehr."

Wenn diese Argumente auch Bundestrainer Schridde überzeugen, dann haben sich Ulrich Meyer zu Bexten auf Merano und Michael Rüping auf Caletto nicht für Los Angeles qualifiziert. *Meyer zu Bexten,* bei Europameisterschaften zweimal Ersatzreiter, hatte schon vor Wochen gesagt: „Ich lasse mich nicht wieder in die Ecke stellen." Rüping wieder*um* sagt: „Caletto zeigt aufsteigende Form. Ich werde kämpfen."

Bundestrainer Schridde hat jetzt wohl nur noch davor Angst: Daß einer dieser beiden den Großen Preis von Aachen gewinnen könnte.



Ein Paar von absoluter Weltklasse: Reiner Klimke und Ahlerich sind Olympia-Favoriten.
FOTO: SCHIRNER

60. Erfolg für Reiner Klimke mit Ahlerich

dpa, Aachen

Für den Dressur-Weltmeister Reiner Klimke (Münster) gab es mit seinem 13 Jahre alten Wallach Ahlerich beim 48. Internationalen Reitturnier in Aachen einen Jubiläumssieg: Er gewann den Grand Prix und erreichte damit insgesamt 60 Siege mit seinem Pferd in dieser schwersten Dressurprüfung.

Auch hinter Klimke bestimmten deutsche Reiter das Geschehen. Uwe Sauer (Hamburg) kam mit Montevideo auf den zweiten Platz vor Uwe Schulten-Baumer (Mettingen) auf Madras. Beste Ausländerin war die frühere Europameisterin Elisabeth Max-Theurer (Österreich), *die* mit Acapulco vor Herbert Krug (Hochheim) auf Muscadeur den vierten Platz belegte.

Die deutsche Olympia-Mannschaft mit Klimke, Sauer, Schulten-Baumer und Krug *dürfte* sich damit in dem letzten Aufeinandertreffen der fast vollständig vertretenen Dressur-Elite vor den Olympischen Spielen weiter gefestigt haben. In Aachen fehlte lediglich Europameisterin Anne Grethe Jensen (Dänemark) mit ihrem Pferd Marzog.

Die große Überlegenheit der deutschen Reiter schlug sich selbstverständlich auch in der Mannschaftswertung nieder, die sie vor der Sowjetunion und Frankreich gewannen.

NACHRICHTEN

Turnfunktionär tot

Hamburg (dpa) – Helmuth Wöhlbrandt, Öffentlichkeitssprecher im Bundeskunstturn-Ausschuß Frauen, hat sich mit einem Sprung vom Dach des Hamburger Familiengerichts das Leben genommen. Der 47jährige Lehrer war wegen eines Folgetermins seiner bereits erfolgten Scheidung vorgeladen worden.

Röhrl ausgeschieden

Auckland (sid) – Der Regensburger Walter Röhrl fiel beim siebten Lauf zur Rallye-Weltmeisterschaft in Neuseeland aus. Ein Schaden an der Zündungs-Elektronik seines Audi Quattro Sport war die Ursache. Röhrl lag *zu diesem Zeitpunkt in Führung.*

Silber für Passarelli

Frederikshavn (sid) – Der deutsche Ringer-Meister Claudio Passarelli (Ludwigshafen) hat bei den Junioren-Europameisterschaften in Frederikshavn (Dänemark) die Silbermedaille in der Klasse bis 68 kg gewonnen. Im Endkampf unterlag er Levon Djulfalakian (UdSSR).

Bayer: Großverein

Leverkusen (sid) – Dr. Günter Böhme ist Vorsitzender des neuen Großvereins Turn- und Sport-Vereinigung Bayer 04 Leverkusen geworden. Der neue Verein wird ab dem 1. Juli aus dem Zusammenschluß von Bayer und TuS 04 Leverkusen entstehen. Verwaltungsvorsitzender wurde der ehemalige Bayer-Präsident Dr. Jürgen Schwericke.

Mosers Rad versteigert

Rom (sid) – Das Stunden-Weltrekord-Rad von Francesco Moser, dem Sieger des Giro d'Italia, wurde für 100 000 Mark von einer privaten italienischen Fernsehkette versteigert. Der Erlös kommt dem Kinder-Hilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zugute.

Basketball: Kein Losglück

München (sid) – Anläßlich des Weltkongresses wurde in München die Vorrunde des Basketball-Turniers *der Olympischen Spiele in Los Angeles* ausgelost. Die deutsche Mannschaft trifft in der Gruppe A auf Titelverteidiger Jugoslawien, Europameister Italien, Brasilien, Australien und Ägypten. In der Gruppe B spielen die USA, Uruguay, Spanien, Frankreich, Kanada und China.

Titel verteidigt

Toronto (dpa) – Aaron Pryor, Box-Weltmeister im Junior-Weltergewicht (nach IBF-Version), verteidigte in Toronto seinen Titel durch einen Punktsieg nach 15 Runden über den Lokalmatador Nicky Furlano. Damit gewann der 28jährige Amerikaner auch den 35. Kampf seiner Profi-Karriere.

Klage wegen Schiebung

Marseille (dpa) – Der Franzose Richard Caramanolis, der am 28. Mai in Amsterdam vom Niederländer Alex Blanchard als Berufsbox-Europameister im Halbschwergewicht abgelöst wurde, will Klage gegen Unbekannt einreichen. Er behauptet, vor der K.-o.-Niederlage in der sechsten Runde durch ein Beruhigungsmittel geschwächt worden zu sein.

Ringer ohne Visa

Frankfurt (sid) – Eine zwölfköpfige Mannschaft des Deutschen Ringer-Bundes (DRB) kann nicht am internationalen Turnier in Warschau (22. bis 24. Juni) teilnehmen, da sie von der polnischen Botschaft in Bonn keine Visa erhielt. Für den DRB sollte dieses Turnier die letzte Olympia-Qualifikation sein.

TURNEN / Weg zur Spitzenklasse

Mehr Stil und Eleganz, größere Schwierigkeiten

dpa, **Bremerhaven**

Deutschlands Turnerinnen klopften mit einer beachtlichen Leistung beim Drei-Länder-Kampf in Bremerhaven gegen Bulgarien und die Schweiz an die Tür zur Weltklasse. Obwohl die deutsche Riege mit 383,65 Punkten hinter Bulgarien (386,70) *und vor der Schweiz (368,85) nur den* zweiten Platz belegt hatte, war Vladimir Prorok der heimliche Gewinner. Über die Niederlage gegen die bulgarischen Turnerinnen, die bei der letzten Weltmeisterschaft Vierte waren, sprach von den Fachleuten keiner. Dagegen waren sie voll des Lobes für die deutsche Mannschaft. „Die Mädchen haben seit der WM im Oktober 1983 riesige Fortschritte erzielt: größere Schwierigkeiten, bessere technische Ausführung, mehr Stil und Eleganz. Diese Mannschaft ist schon in Los Angeles für eine Überraschung gut", glaubt die amerikanische Oberkampfrichterin Jackie Fie.

Ein großes Kompliment für Prorok, der gegen die Bulgarinnen lieber etwas knapper als mit 3,5 Punkten verloren hätte, kam auch aus dem östlichen Lager. Ellen Berger, früher Trainerin in der „DDR" und heute Präsidentin im technischen Komitee des Internationalen Turnerbundes, sagt über die Schützlinge des Bundestrainers: „Hier stehen nicht mehr sechs Einzelkönner, sondern dies ist eine Mannschaft, in der jeder für jeden einsteht und kämpft. Die Mädchen sind hübsch und strahlen Freude aus. Sie haben sich vor allem technisch in den vergangenen acht Monaten enorm verbessert."

In der Tat hatte Prorok sein Sextett – Ersatzturnerin Christine Wetzel startete außer Konkurrenz – auf die Minute topfit. Der Trainer und seine Frau Alena freuten sich besonders über die gelungene Welturaufführung *von Elke Heine, die* am Schwebebalken für ihr freies Rad zur Seitwaage 9,80 Punkte erhielt. Aber auch das bessere Abschneiden ihrer Riege gegenüber den Bulgarinnen beim Pflicht-Sprung und der Kür am Balken ist beachtlich. „Die Mädchen haben den Anschluß an die Weltspitze gefunden", stellte Ellen Berger fest. Die Funktionärin aus der „DDR" traut der Mannschaft bei Olympia auch einiges zu. Deshalb fordert sie auch: „Man muß den Mädchen sagen: Gebt euch nicht mit Rang vier zufrieden, kämpft um den dritten Platz!"

Das Erfolgsgeheimnis von Prorok ist längst keines mehr. Seit Anfang 1981 schmiedete er ein Team, aus dem die sechsmalige Deutsche Meisterin Yvonne Haug am 17. März ausstieg. „Weißt Du, wie die Kinder darauf reagiert haben? – Sie haben Yvonnes Zimmer in einen Partyraum verwandelt und eine riesige Fete gefeiert. Dabei haben sie sich das 'Einer für alle, alle für einen' geschworen", erzählt der Trainer. Von der Berlinerin spricht im Frankfurter Leistungszentrum niemand mehr. „Vielleicht hat uns Yvonne mit ihrem Rücktritt sogar einen Gefallen getan", sagt Prorok.

KANU

Eicke fuhr hinterher

sid/dpa, **Duisburg**

Seit mehr als zehn Jahren fährt er auf allen Regattabahnen der Welt in vorderster Linie mit. 1977 und 1979 gewann er bei Weltmeisterschaften die Silbermedaille: Kanadier-Fahrer Uli Eicke (Düsseldorf) gilt nach dem Boykott Osteuropas als sicherer Medaillenkandidat für die Olympischen Spiele in Los Angeles.

Bei der Duisburger Regatta kam er im 100-m-Einer-Kanadier nur als Vierter ins Ziel. Mit mehr als sechs Längen hinter dem Sieger Jiri Vrdlovec (CSSR). „Diese Niederlage verunsichert mich nicht", sagte Eicke hinterher, „seit Wochen mache ich nur noch Ausdauer-Training. Unter diesem Vorzeichen bin ich mit dem Ergebnis zufrieden."

Eine einleuchtende Erklärung also für eine deutliche Niederlage. Trotzdem *ist es fraglich, ob jetzt noch mit* einem Formanstieg spekuliert werden darf. Keine Entschuldigung fand der Deutsche Kanu-Verband (DKV) für das schwache Abschneiden der Zwillinge Oliver und Matthias Seack im Zweier-Kajak. Sie schieden bereits in den Zwischenläufen über 500 und 1000 m aus. „Ich weiß nicht, was los war. Das Rennen lief einfach an uns vorbei", sagte Oliver Seack. Den einzigen Sieg für den DKV erreichte der Kajak-Vierer, der erst vor zwei Wochen zusammengestellt worden war.

Auch im Kajak-Team der Damen eröffnete der Vierer eine vielversprechende Olympia-Perspektive. Erstmals nahm die nationale Rekordmeisterin Barbara Schüttpelz die Position der Schlagfrau ein und führte das Boot auf den dritten Rang hinter Ungarn und Bulgarien. Barbara Schüttpelz verzichtete auf einen Start im Einer, jener Bootsklasse, in der sie für Los Angeles zum Kreis der Goldmedaillen-Anwärterinnen zählt.

HANDBALL

Warten auf Wunderlich

sid/dpa, **Sindelfingen**

Für die deutschen Handballspieler ist die Olympia-Sondierung vorbei, nun beginnt die Feinarbeit. Nach den Länderspielen gegen Ungarn (19:21 und 17:17) wollte Bundestrainer Simon Schobel seine 15 Olympia-Teilnehmer noch nicht nennen, aber eines steht fest: Andreas Dörhöfer (Schwabing) und Karlheinz Schulz (Berlin) dürften ihre letzte Chance verspielt haben. Von den Torleuten muß Stefan Hecker (Essen) oder Siegfried Roch (Großwallstadt) zu Hause bleiben.

„Erkenntnisse waren wichtiger als die Ergebnisse", meinte Schobel, der in sechs Länderspielen gegen die USA (26./27. Juni), Island (11./12. Juli) und die Schweiz (20./21. Juli) und in 25 Lehrgangstagen die letzten Vorbereitungen trifft. Er sagt: „Unser Team ist zwischen 30 und 40 Prozent steigerungsfähig. Bis Olympia können wir noch 20 Prozent schaffen."

Heute wird der frühere Gummersbacher Erhard Wunderlich erwartet, der nach achtmonatiger Länderspielpause wegen Freigabe-Querelen und Formkrise morgen gegen die USA ein Comeback feiert. Die Mannschaft begrüßt die Nominierung von Wunderlich einhellig. Schobel: „Ein solch erfahrener Spieler kann zweifellos eine stabilisierende Funktion im Rückraum übernehmen. Nur daß alles über ihn läuft, diese Zeiten sind vorbei." Körperliche Fitness nach einem von Schobel erstellten Plan ist eine geforderte Grundbedingung, denn Wunderlich schleppte zuletzt einige Pfund zuviel mit sich herum. So sieht das Olympia-Team wohl aus: Tor: Thiel, Wöller, Hecker oder Roch. Feldspieler: Fraatz, Schwenker, Neitzel, Paul, Ulrich und Michael Roth, Rauin, Happe, Schwalb, Meffle, Springel und Wunderlich.

GALOPP / New Moon gewann das Otto-Schmidt-Rennen in Hamburg

Besitzer ein „ausgemachtes Schlitzohr"

KLAUS GÖNTZSCHE, **Hamburg**

Der ehemalige Präsident des Galopper-Verbandes, der Mönchengladbacher Kaufmann Gert C. Vorster, hat den Frankfurter Buchmacher Peter Hess (57) als „ausgemachtes Schlitzohr" bezeichnet.

Der Hengst New Moon mit Manfred Hofer (29) im Sattel gewann am Samstag in Hamburg-Horn das Otto Schmidt-Rennen (17 500 Mark dem Sieger), die letzte Vorprüfung für das 115. Deutsche Derby. Sein Vorsprung: eine dreiviertel Länge vor Georgie's Blitz und Half Moon. Der Besitzer des siegreichen Pferdes heißt Peter Hess, der Vorsters Einschätzung lässig kontert: „Wer lange Zeit erfolgreich ist, kann nicht beliebt sein. Als es um meine Buchmacher-Lizenz ging, haben die späteren Kollegen einige Steine in den Weg gelegt. Acht Wochen nach der Lizenz-Erteilung war ich dann im Vorstand des Verbandes, insgesamt 14 Jahre." Hess betreibt sein Geschäft in der Frankfurter Innenstadt, er gilt in der Branche als der Buchmacher der rennsportlichen Prominenz. Hess: „Namen spricht man aber nicht aus, das wäre unseriös."

Hess macht aber kein Hehl daraus, daß er nicht nur gerne Wetten annimmt, sondern mindestens ebenso gern selbst wettet. Hess: „Als Marduk 1974 das Derby gewann, war ich auch mit fast 200 000 Mark dabei. Aber als Lauscher 1970 Derby-Sieger wurde, kostete mich das eine sechsstellige Summe." Peter Hess läßt keinen Zweifel aufkommen, warum er als ehemaliger Versicherungsvertreter den Beruf des Buchmachers ergriffen hat: „Ich mache es mehr notgedrungen. Ich brauche das Buchmacher-Geschäft, um meiner Passion nachzugehen: Pferde züchten und Pferde halten. Ich möchte behaupten, daß es nur wenige Menschen gibt, deren Liebe zu Pferden ausgeprägter ist."

Peter Hess kann als einer der Entdecker des 23fachen Championtrainers Heinz Jentzsch (64) gelten. Hess verkaufte sein erstes eigenes Pferd, eine Stute namens Biene, für 1000 Mark an den Vater von Heinz Jentzsch, der Biene dann als Wagenpferd einsetzte. Hess hatte Biene *zuvor* für nur 350 Mark erstanden. Später setzte er sich dafür ein, daß der Jung-Trainer Heinz Jentzsch in Dresden einige Pferde von Peter Hess' Vater bekam.

Der Hengst New Moon ist von Peter Hess im Union-Gestüt in Merten an der Sieg aufgezogen worden. Diese Zuchtstätte gehört dem Union-Klub. In dieser rennsportlichen Vereinigung mit dem immer noch deutlich spürbaren Hang *zum* Elitären war Hans Hess, der Vater von Peter Hess, Schatzmeister. Er verwaltete das Aktienkapital des Klubs, Sohn Peter mußte das Vermögen kurz nach dem Krieg über die Grenze von Berlin nach Westdeutschland schmuggeln. Mit einem Teil des Erlöses aus dem Aktienverkauf wurde später das Gestüt gegründet. Trotzdem ist Peter Hess heute nicht Mitglied des Union-Klubs.

Aber auch ein so ausgebuffter Pferde-Profi wie er hat immer noch Träume: „Ich möchte einen klassischen Sieger züchten. Aber bitte keinen, der das später nicht bestätigt." Geärgert hat sich Hess wohl über Ralf Suerland (34). Das ist der Jockey am Stall von Peter Lautner (47) in Düsseldorf, wo derzeit die Hess-Pferde trainiert werden. Der Besitzer hat angeordnet, daß Suerland seine Pferde im Rennen nicht mehr reiten darf. Hess: „Zu der Verpflichtung bin ich nicht gefragt worden. Es stand in einem Brief, den ich, weil ich etwas unordentlich bin, lange ungeöffnet ließ. Suerland ist aber ein netter Mann."

Übrigens: Sein Hengst New Moon zählt nach dem durchaus überzeugenden Erfolg im Otto-Schmidt-Rennen hinter Daun, Der Wind, Apollonios, Towarischtsch und Love Letter zu den sechs chancenreichsten Pferden auf den Derby-Sieg.

FUSSBALL / Frankreich im Finale – aber erst nach Sieg in der Verlängerung



Drei Mann stürzen sich Platini entgegen, doch der findet in der letzten Minute der Verlängerung die Lücke zum Tor. FOTO: AP

„Pfeif ab", flehte Platini den Schiedsrichter an, dann fiel der sonst so kühle Superstar auf die Knie

MARTIN HÄGELE, **Marseille**

Es war wie vor sechs Jahren in Argentinien. Auf den Rängen des Stadions von Marseille brannten Freudenfeuer. In den Straßen tanzten die Menschen um blau-weiß-rote Fahnen. Zehntausende machten aus ihren Autos Musikinstrumente, trommelten und hämmerten ihren nationalen Stolz mit Autohupen und Fanfaren in die Welt hinaus. „Allez France" und „Platini".

Seit Samstagnacht liegt Frankreich im Fußballfieber.

An Michel Platini kann man die Temperatur abmessen. Als der Superstar sein achtes und wichtigstes Tor bei diesem Turnier erzielt hatte, als nach 119 Minuten der Ball zum 3:2 im portugiesischen Tor lag, flehte Platini den italienischen Schiedsrichter Bergamo an: „Pfeif ab!" Und als 30 Sekunden später der Schlußpfiff kam, da fiel der Torjäger auf die Knie und ließ sich erst von den Umarmungen seiner Kollegen in die Wirklichkeit zurückholen. 3:2, doch noch gewonnen, doch noch im Finale.

Normalerweise verläßt der große Michel Platini die Bühne nach seinen Heldentaten wie ein Beamter das Büro. Ein kurzer Gruß, dann möglichst schnell nach Hause. Diesmal zeigte er souverän seine Gefühle. Freude und Ängste lagen bloß. Jawohl, Platini hatte Angst um Frankreich und um sich. Platini *spürte den eiskalten* Griff eines diesmal noch Größeren: Chalana (25), Spielmacher von Benfica Lissabon. Er sei der zweite Eusebio, behaupten sie in Portugal. Und dieser Vergleich hinkt jetzt nicht mehr. *Mitte der zweiten Halbzeit griff* der schnauzbärtige und langhaarige Chalana, der aussieht wie der Bösewicht im Wildwestfilm, nach der Dirigentenrolle. Und von dem Moment an drehte sich der Spielfilm in die andere Richtung, im portugiesischen Takt.

- 74. Minute: Chalana flankt, Jordão hält den Kopf hin – 1:1.
- 97. Minute: Chalana läßt Domergue wie einen Anfänger aussteigen, wieder findet sein Paß zu Jordão – 1:2.
- 105. Minute: Chalana schickt Stürmer Nene mit dem Ball auf die Reise Richtung französisches Tor. Allein vor Bats vergibt Nene das 1:3.

In diesem Augenblick kippte das Spiel noch einmal um. Die Franzosen hatten Bats und Glück gehabt, wurden noch mutiger, suchten das totale Risiko – und hatten Erfolg.

Verteidiger Domergue, der an diesem Tag seinen 27. Geburtstag feierte und mit einem raffinierten Freistoß schon das 1:0 vorgelegt hatte, behielt trotz der Hektik im portugiesischen Strafraum die Übersicht. Alle Kräfte, die ihm nach 114 Minuten noch geblieben waren, legte er in in diesen *Schlag zum* 2:2.

Noch fünf Minuten, vier, drei, zwei. Draußen, auf der Bank der französischen Mannschaft, zog Trainer Hidalgo einen Bleistift aus der Tasche, notierte die Namen von fünf Elfmeterschützen. „Bossis", schrieb er als letzten auf den Zettel. So erzählte er hinterher und lächelte dabei. Bossis hatte vor zwei Jahren beim WM-Halbfinale in Sevilla gegen Deutschland im Elfmeterschießen einen Strafstoß vergeben.

Doch Michel Platini erspart Bossis und Millionen Landsleuten vorm Fernsehschirm die Wiederholung eines solchen Nervenkitzels. 30 Sekun*den waren noch zu spielen, da servier*te der unermüdliche Kämpfer Tigana seinem Kapitän den Ball. Zwei portugiesische Verteidiger, dazu Torwart Bento bildeten ein letztes Hindernis für den Schützen. Doch mit einer Körpertäuschung verlud Platini die drei Portugiesen, die sich auf ihn stürzen. Platini fand die Lücke zum 3:2. So machte einst Gerd Müller, der gefährlichste Torjäger aller Zeiten, die entscheidenden Tore.

Aus, vorbei. Chalana mußten sie hinausführen. Torwart Bento und seine Kollegen nahmen ihn in die Mitte. Und immer wieder gratulierten sie ihm zu seiner grandiosen Partie. Als die Portugiesen verschwinden, dau*ern die Ovationen für den Verlierer* und dessen überragenden Dirigenten noch an.

Eine hervorragende Mannschaft hat sich verabschiedet. Und das mag auch für den deutschen Bundestrainer Jupp Derwall ein kleiner Trost sein. „Ich bin glücklich, ein solches Team zu besitzen", sagte Trainer Fernando Cabrita. Und als er stolz in die Runde schaute und erklärte, ein sol*ches Spiel habe keinen Verlierer ver*dient, da nickten selbst die Franzosen. Hidalgo blieb nichts anderes übrig, als dem Kollegen allergrößte Hochachtung mit auf den Weg nach Lissabon zu geben. Hidalgo: „Besser kann man nicht Fußball spielen. Die Portugiesen haben uns mit ihrer ausgezeichneten Taktik ständig Probleme bereitet."

Vielleicht haben die Herren Neuberger und jene, die mit ihm in Zukunft im deutschen Fußball das Sagen haben, aus ihren Sesseln heraus auch gemerkt, wie gut Franzosen und Portugiesen mit dem Ball umgehen können. Da ist nicht Glaubensfrage, ob mit zwei, oder doch mit drei Spitzen angegriffen wird. In Hidalgos und Cabritas Mannschaften haben Spezialisten keinen Platz. Sie bestehen aus kompletten Fußballspielern.

Deutsche Fans: „Zur Pleite waren wir pünktlich"

dpa, **Marseille**

Mit dem Minimalziel, dem Erreichen des Halbfinals, haben neben Jupp Derwall auch noch einige andere Deutsche gerechnet. Und sich natürlich genauso verrechnet. Harry Hartinger zum Beispiel sammelte leidvolle Erfahrungen. Der zweite Vorsitzende des bayrischen A-Klassenvereins TSV 1880 Wasserburg am Inn buchte für 1800 Mark eine EM-Paket für Frankreich. Wie die meisten einer rund 100 Personen umfassenden Reisegruppe hat er auf die deutsche Mannschaft gebaut. Die erste *Karte galt für das Spiel gegen Spa*nien in Paris. Was ein schöner Anfang werden sollte, war schon das Ende.

Ein schlechtes Omen zeigte sich früh. „Zuerst verpassten wir den Bus und mußten uns mit der Metro bis *zum Prinzenprak durchschlagen*", erzählt der Bayer. „Doch zur Pleite waren wir pünktlich."

Vor dem Halbfinalspiel Frankreich gegen Portugal saßen viele aus der Gruppe in den Straßencafés in Marseille und boten ihre Eintrittskarten feil. Einige waren gleich nach der Niederlage heimgefahren. „Besonders enttäuscht waren wir von Rummenigge", sagt Harry Hartinger, nicht nur aus bayrischer Sicht verständlich.

Für den Fußballfan aus Wasserburg hat sich die Reise aber doch noch gelohnt. Nur lag's nicht an den Deutschen. In der Hotelbar war Hartinger mit Menotti, Bearzot, di Stefano und Höttges ins Gespräch gekommen. Das ungewöhnliche Urteil eines deutschen Fan: „Die Burschen waren unwahrscheinlich freundlich."

STATISTIK

Frankreich – Portugal 3:2 n.V.

Frankreich: Bats (27/11) – Bossis (28/59) – Battiston (27/35), Le Roux (24/11), Domergue (26/5) – Fernandez (24/16), Platini (29/52), Tigana (28/32), Giresse (31/32) – Lacombe (31/37) ab. 64. Ferreri (21/8), Six (29/52) ab 104. Bellone (22/16). – **Portugal:** Bento (35/50) – Lima Pereira (31/14) – João Pinto (22/11), Eurico (28/31), Alvaro (23/9) – Sousa (27/12) ab 63. Nene (34/67), Frasco (29/12), Pacheco (25/12), Chalana (25/27) – Diamantino (24/9) ab 46. Gomes (27/29), Jordão (31/38). – **Schiedsrichter:** Paolo Bergamo (Italien). – **Tore:** 1:0 Domergue (25.), 1:1 Jordão (73.), 1:2 Jordão (98), 2:2 Domergue (115.), 3:2 Platini (119.). – **Zuschauer:** 56 468 (ausverkauft).

Derwalls Rücktritt am Mittwoch? Viele Rätsel um seinen Nachfolger

sid, **Paris/Frankfurt**

Es wird immer wahrscheinlicher: Jupp Derwall wird schon am Mittwoch als Cheftrainer der deutschen Nationalmannschaft zurücktreten und innerhalb des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) eine neue Aufgabe als „Koordinator" im Trainerstab übernehmen. Der Bundestrainer un*terbricht seinen Urlaub in der* Schweiz und trifft sich am Mittwoch am Rande des EM-Finales in Paris mit Präsident Hermann Neuberger und Schatzmeister Egidius Braun, um sein neues Aufgabengebiet abzustecken.

Sicher erscheint aber, daß Derwall keinesfalls vorzeitig aus den Diensten des Verbandes ausscheidet, sondern den im April 1982 um vier Jahre verlängerten Vertrag erfüllen wird. *Daß er jedoch trotz der* jüngsten Turbulenzen weiter Bundestrainer bleibt, ist ausgeschlossen.

Unbeantwortet bleiben vorerst auch noch die Spekulationen um einen Nachfolger. Hermann Neuberger lehnte jegliche Stellungnahme zu diesem Thema ab. Denn die Suche nach dem neuen Bundestrainer, der bereits am 12. September beim nächsten Länderspiel gegen Argentinien in Düsseldorf die Verantwortung tragen müßte, gestaltet sich schwierig.

Hermann Neuberger will zwar mit dem DFB-Prinzip brechen, wonach der jeweilige Assistent zum Cheftrainer *befördert wird. Mit* Alternativen tut er sich aber derzeit schwer, denn sein Wunschkandidat Helmut Benthaus steht beim Meister VfB Stuttgart noch ein Jahr unter Vertrag. Spekulationen, Benthaus könne in Doppelfunktion arbeiten, hat Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder dementiert.

Gerhard Mayer-Vorfelder bestä*tigte aber, daß Benthaus der* Wunschkandidat von Neuberger ist. Der DFB-Präsident habe ihn bereits vor Wochen völlig unverbindlich auf Benthaus hin angesprochen. Nach dem EM-Ausscheiden habe es freilich kein offizielles Freigabe-Ersuchen des DFB-Chefs gegeben. Auch sei mit Benthaus kein Gespräch geführt worden, der sich derzeit zum Urlaub in Kanada aufhält.

Neubergers Buhlen um den Stuttgarter Trainer scheint die Annahme zu bestätigen, daß Derwalls Nachfolger nicht im Kreis der unter Vertrag stehenden DFB-Trainer gesucht wird. Derwalls Assistent Horst Köppel („Ich schrecke vor keiner Aufgabe zurück") gilt als zu unerfahren und zu jung. Daß der 36 Jahre alte Ex-Trainer von Arminia Bielefeld von fast allen Spielern geduzt wird, paßt zu der Einstufung, wonach er zwar ein sehr guter Assistent, aber (noch) kein Chef sein könne.

Köppels Vorgänger Erich Ribbeck, derzeit als Olympia-Quartiermacher in den USA unterwegs, galt *als designierter Derwall-Nachfolger.* Doch seine Chancen sind gleich null, seitdem ihm Neuberger öffentlich vorgehalten hat, bei der WM 1982 in Spanien gegen Derwall gearbeitet zu haben. Da nach Olympia für ihn keine Mannschaft im DFB frei ist, wird Ribbeck wohl in die Bundesliga zurückkehren.

Die anderen DFB-Trainer Berti Vogts, Gero Bisanz und Holger Osieck sind in Nachwuchs- und Ausbildungsarbeit fest verankert und sollen dort auch bleiben. Nicht auszuschließen ist auch eine Rückkehr von Dietrich Weise, der die DFB-Jugend zur Weltmeisterschaft führte und zuletzt Eintracht Frankfurt vor dem Abstieg bewahrte. Doch auch Weise ist bis 1985 an Frankfurt gebunden.

*Am wenigsten problematisch wä*re ein Engagement Franz Beckenbauers, dessen Bereitschaft, so Schatzmeister Egidius Braun, „vom Grundsatz her positiv zu bewerten ist". Der Rekord-Nationalspieler (103 Länderspiele) könnte jedoch nicht den Bundestrainer-Job übernehmen, weil ihm sämtliche Trainerscheine fehlen. Ihm selbst schwebt eine Art technischer Direktor vor. Er will die Verantwortung für Nominierung, Aufstellung und Taktik übernehmen. Horst Köppels Aufgabenbereich sei dann wie bisher die Trainingsarbeit mit den Nationalspielern. Das wären also die zwei Möglichkeiten des DFB: Köppel übernimmt das Amt für ein Jahr, bis Benthaus oder Weise zur Verfügung stehen, oder aber Beckenbauer wird für ein Jahr als verantwortlicher Manager verpflichtet, dessen Vorstellungen und Anweisungen der Trainer Köppel auf dem Platz umsetzt.

Diese Situation sorgt auch für politischen Spott: Die Möglichkeit der *Gründung eines selbständigen* Fußball-Verbandes mit einer eigenen Nationalelf nach britischem Vorbild soll Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth nach Ansicht der Grünen im Südwesten für den Fall prüfen, daß der DFB keinen Neuanfang in die Wege leitet. Wie Winne Hermann, sportpolitischer Sprecher der grünen Fraktion im Stuttgarter Landtag, ausführte, müßte Gerhard Mayer-Vorfelder Präsident des neuen Verbandes werden. Als Trainer käme Horst Köppel in Betracht, früher selbst Spieler in Stuttgart.

Neuberger und sein Wunschkandidat Helmut Benthaus. FOTO: BONGARTS

TENNIS / Heute beginnt das Turnier in Wimbledon mit dem Spiel John McEnroe–Paul McNamee

Titelverteidiger unter Druck – ein Abgeordneter forderte, ihn wegen seines Benehmens zu sperren

CLAUS GEISMAR, London

John McEnroe (25) eröffnet heute nachmittag um 14.00 Uhr auf dem Centre Court des All England Lawn Tennis and Croquet Club das diesjährige Wimbledon-Turnier. McEnroes erste Runde gegen den Australier Paul McNamee (29) wird mit Sicherheit kein sportlicher Spaziergang. McNamee hat sich fünf Tage lang mit seinem australischen Landsmann Fred Stolle (45), der selbst dreimal ein Wimbledon-Finale erreicht hat, auf dieses Match vorbereitet.

Daß es schon in der ersten Runde zu einem sportlichen Härtetest für den Titelverteidiger kommt, ist nicht die einzige Belastung, mit der John McEnroe fertigwerden muß. Seit Tagen geht ein Hagel von Schmetterbällen den der englischen Presse auf den Amerikaner nieder, den McEnroe allerdings selbst ausgelöst hat. Super-Bengel („Superbrat") John hat sich im Endspiel eines Rasenturniers beim Londoner Queens Club so danebenbenommen, daß jeder Beobachter einräumen muß: Die feine englische Art beherrscht er bestimmt nicht. Drei Turnier-Offizielle, darunter der dänische Grand-Prix-Supervisor Kurt Nielsen, standen stumm und wie begossene Pudel da, als McEnroe seine Schimpfkanonade vier Minuten lang durchhielt.

Reginald Hadingham, der neue Vorsitzende des Klubs, sah sich gezwungen, in den letzten 48 Stunden vor dem ersten Aufschlag des Turniers nicht weniger als 111 Briefe persönlich zu unterschreiben. Es waren Antworten auf Anfragen, ob Wimbledon mit einem harten Durchgreifen gegen McEnroe endlich die Ehre des Tennis-Sports retten will.

Sogar ein Politiker schaltete sich ein. Der konservative Unterhausabgeordnete Harry Greenway forderte den All England Club auf, den Titelverteidiger für zwei Jahre zu sperren. Hadingham erhielt prompt einen persönlichen Telefonanruf des Vaters von McEnroe. Der Rechtsanwalt aus New York wollte wissen, ob seinem Sohn ein (unzulässiges) „Ausnahmerecht" im Turnier dieses Jahres droht. Hadingham versicherte McEnroe sen.: Jeder Spieler wird in Wimbledon gleich behandelt.

In einem Gespräch mit der WELT ergänzte der neue Vorsitzende des Klubs, was er mit Oberschiedsrichter Alan Mills vereinbart hat: In Wimbledon wird in diesem Jahr grundsätzlich die Strafregel angewandt, die international für alle Grand-Prix-Turniere eingeführt worden ist. Die Regel ist vierstufig: Ein Spieler wird erst einmal verwarnt. Beim zweiten Verstoß folgt ein Strafpunkt, dann der Verlust eines Spiels und erst nach dieser dritten schweren Strafe erfolgt die Disqualifikation. Aber der neue Wimbledon-Vorsitzende hat sich eine Ausnahme vorbehalten. Bei einem radikalen Verstoß gegen alle sportlichen Regeln soll ein Spieler in Wimbledon sofort ohne Verwarnung vom Platz gestellt und von der weiteren Turnierteilnahme ausgeschlossen werden.

Der All England Club hat dieses sportpolitische Damoklesschwert über dem Wimbledon-Turnier des Jahres 1984 sogar an einer finanziellen Sicherheitskette aufgehängt. Hadingham hat seinen Klub bei Lloyds in London gegen das Risiko versichert, daß ein Spieler nach einer solchen Disqualifikation die ordentlichen Gerichte in Anspruch nimmt. Falls Vater McEnroe einen Prozeß gewinnt, weil sein Sohn an der „normalen Berufsausübung" gehindert worden ist, zahlt nicht der Veranstalter, sondern Lloyds. Die Versicherer haben ihr Risiko für jeden einzelnen Spieler auf 100 000 Pfund (380 000 Mark) und das Gesamtrisiko auf eine Million Pfund (3,8 Millionen Mark) begrenzt.

Wimbledon verspricht also spannend zu werden. Und das gilt sogar für die Damen. Der Titelverteidigerin Martina Navratilova (USA) stand am Wochenende vor Wimbledon plötzlich 70 Minuten lang am Rande einer überraschenden Niederlage. Beim Grand-Prix-Turnier von Eastbourne, wo sich die Damen auf Rasen umstellten, spielte Claudia Kohde (Saarbrücken) das beste Spiel ihrer bisherigen Tennis-Karriere. Im Halbfinale gegen Martina Navratilova fehlte der neuen deutschen Nummer eins nur noch ein Punkt für eine 5:2-Führung im dritten Satz. Damit zeigte Claudia Kohde allen Konkurrentinnen: Die amtierende Weltmeisterin, Wimbledon-Titelverteidigerin und seit ihrem Sieg in Paris Grand-Slam-Gewinnerin, ist nicht unschlagbar. Erst beim Stand von 4:4 siegte die Routine der Amerikanerin, die dann auch das Endspiel gegen Kathy Jordan (USA) mit 6:4, 6:1 gewann.

Claudia Kohde ist die einzige deutsche Spielerin, die in Wimbledon (als Nummer zwölf) gesetzt worden ist. Sylvia Hanika, Bettina Bunge, Eva Pfaff und Steffi Graf fanden ihren Namen im Lostopf wieder. Eva Pfaff erwischte die Auslosung am schwersten. Sie muß in der ersten Runde gegen Pam Shriver (USA) antreten, die nach Navratilova (eins), Evert-Lloyd (zwei) und Mandlikova (drei) auf Nummer vier der Setzliste steht. Bei den Herren sind nach McEnroe (Nummer eins), Ivan Lendl (zwei) und dann Connors (drei) und Wilander (vier) gesetzt worden.

Seit Jahren sind zum erstenmal auch wieder sechs deutsche Herren unter den 128 Spielern, die die erste Runde bestreiten. Hier hat es Michael Westphal am schwersten, der gleich auf Johan Kriek (Nummer zwölf) trifft. Hans-Jörg Schwaier wird gegen die große Erfahrung des 30jährigen Inders Vijay Amritraj ankämpfen müssen, während Andreas Maurer den englischen Publikumsliebling John Lloyd zum Gegner hat. Die Gegner der anderen deutschen Herren: Rolf Gehring gegen Pavel Slozil (CSSR), und Beutel gegen Steve Meister (USA). Das deutsche Nachwuchs-Talent Boris Becker (16) hat über eine Qualifikationsrunde ebenfalls das Wimbledon-Hauptfeld erreicht. Sein erster Gegner: der Amerikaner B. Willenborgh.

RUMÄNIEN

„Botschaft des Friedens"

DW. Bonn

Nach dem Boykott fast aller Ostblockländer hat nun auch Bolivien seine Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles abgesagt. Das Nationale Olympische Komitee (NOK) des südamerikanischen Staates verzichtet wegen angeblicher „Verletzung der Landeswürde" in einem Artikel der amerikanischen Tageszeitung „Washington Post" auf die Entsendung einer Mannschaft.

Nach dem Verzicht Boliviens werden voraussichtlich Sportler aus 141 Ländern in Los Angeles vertreten sein. Darunter befindet sich Rumänien als einziges Land des Warschauer Paktes. Wie der Präsident des rumänischen NOK, Alexa, in Los Angeles auf einer einer Pressekonferenz erklärte, werde sein Land insgesamt 127 Aktive und 52 Betreuer zu den Sommerspielen schicken.

Der NOK-Präsident lehnte aber jede Stellungnahme zum Boykott der Sowjetunion und 13 weiterer Länder ab. Er sprach lediglich von einer „bedauerlichen Situation, die nicht die Teilnahme aller Sportler" zulasse. Für Rumänien habe es nie Zweifel an der Entsendung eines Teams gegeben. „*Wie anders sollten unsere* Athleten erfahren, ob sie vier Jahre lang gut gearbeitet haben", sagte Alexa.

Bei ihrem kurzen Vorbereitungsbesuch in der Olympiastadt gratulierte die rumänische Delegation dem Organisationskomitee von Los Angeles zu der „hervorragenden Vorbereitung". Das Kommen der rumänischen Mannschaft, so Alexa, sei eine „Botschaft des Friedens und der Freundschaft zwischen Sportlern und der amerikanischen Bevölkerung". Er habe keinen Zweifel am Erfolg der getroffenen Maßnahmen „einschließlich der Sicherheit für alle Teilnehmer". Was die eigene Mannschaft betreffe, so glaube er, daß alle nach Hause zurückkehrten.

Nach Ansicht von Juan Antonio Samaranch, dem Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), zeigt der Boykott, daß die Sportler wieder für die politischen Spannungen in der Welt bezahlen müßten. Auf der Eröffnung des XII. Weltkongresses des Internationalen Basketball-Verbandes (FIBA) in *München bedauerte der Spanier, daß* die Sportler die eigentlichen Verlierer seien.

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

RALLYE

Rallye Neuseeland, siebter Lauf zur Fahrer-Weltmeisterschaft, sechster der Marken-Wertung, Stand nach der ersten von vier Etappen (575 von 2626 km, 12 von 45 Wertungsprüfungen): 1. Mikkola/Hertz (Finnland/Schweden), Audi Quattro 3:24:06 Std., 2. Blomqvist/Cederberg (Schweden) Audi Quattro 23 Sek. zur., 3. Alen/Kivimäki (Finnland) Lancia Rally 26 Sek. zur.

SEGELN

Kieler Woche, Endstand: Finn-Dinghy: 1. Hjortnaes (Dänemark) 16,7 Punkte, 2. Blanco (Spanien) 27,4, 3. Lindhardtsen (Dänemark) 44,7, 4. Schmid (Deutschland) 46,1. – Starboot: 1. Raudaschl/Ferstl (Österreich) 20,0, 2. Gorla/Peraboni (Italien) 20,7, 3. Griese/Marcour, 32,7, 4. Wrede/Hösch 41,7, 5. Vogt/Zipfer (alle Deutschland) 54,1. – 470er: 1. Wolfgang und Joachim Hunger (Deutschland) 5,7, 2. Stavenuiter/Alkamade (Holland) 37,4, 3. Brenac/Champy (Frankreich) 58,7, ... 5. Hüttermann/Körte (Deutschland) 67,7. – Flying Dutchman: 1. Abascal/Noguer (Spanien) 19,4, 2. Schwarz/Fröschl (Deutschland) 22,0, 3. Jörgen und Jacob Boysen Möller (Dänemark) 27,7. – Soling: 1. Haines/Davis/Trevelyan (USA) 18,7, 2. Usterud/Skui/Lund-Halvorsen (Norwegen) 32,7, 3. Magnus Gravare/Wallin/Martin Gravare (Schweden) 37,7, ... 10. Haist/Michels/Nikolaus (Deutschland) 67,7. – Tornado: 1. Paul und Trine Elvström (Dänemark) 11,4, 2. Claus/Brunar (Österreich) 22,0, 3. Spengler/Jentsch (Deutschland) 36,4. – Windglider: 1. Maran (Italien) 9,0, 2. van den Berg (Holland) 11,4, 3. Hyde (USA) 19,0, ... 4. Meyer 28,7, ... 6. Sach (beide Deutschland) 45,7.

VOLLEYBALL

Damen-Turnier in Frankfurt: Deutschland – UdSSR 0:3. – **Drei-Länder-Turnier**, Damen in Dortmund: UdSSR – Südkorea 3:0, Deutschland – Südkorea 2:2.

KANU

Internationale Regatta in Duisburg: Herren, 1000 m, Einer-Kajak: 1. Barton (USA) 3:56,71 Min., 2. Abraham (Ungarn) 4:02,38, ... 8. Wolf (Deutschland) 4:10,75. – Canadier-Einer: 1. Vrdlovec (CSSR) 4:35,74, 2. Buday (Ungarn) 4:39,10, ... 4. Eicke (Deutschland) 4:47,96. – *Kajak-Zweier*: 1. Hervieu/Legras (Frankreich) 3:37,72, 2. Rasmussen/Amundsen (Norwegen) 3:39,77, 3. Canham/Raciborski (England) 3:41,65. – Canadier-Zweier: 1. Nisovic/Ljubek (Jugoslawien) 3:53,66, 2. Feodoroff/Enane (Rumänien) 3:55,77, ... 8. Faust/Wienand (Deutschland) 4:14,07. – Kajak-Vierer: 1. Deutscher Kanu-Verband (Scholl, Hessel, Schmidt, Kegel) 3:10,97, 2. England 3:12,77, 3. Italien 3:13,17. – Damen: 500 m: Kajak-Vierer: 1. Ungarn 1:44,54, 2. Bulgarien 1:46,02, 3. Deutscher Kanu-Verband (Skolnik, Schüttpelz, Idem, Schmidt) 1:46,35.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Bristol (100 000 Dollar), Endspiele: Einzel: Kriek – Teacher (beide USA) 6:7, 7:6, 6:4. – *Doppel*: Stefanki/van t'Hof (USA) – Alexander/Fitzgerald (Australien) 6:4, 6:7, 9:7. – **Wimbledon-Qualifikation**: Herren-Doppel, dritte Runde: Doyle/Maurer (Irland/Deutschland) – Annacone/Depalmer (USA) 6:3, 6:2, 6:2. – **Damenturnier** in Eastbourne (175 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Navratilova (USA) – Kohde (Deutschland) 4:6, 6:1, 6:4, Jordan – Evert-Lloyd (beide USA) 6:2, 6:4. – Endspiel: Navratilova – Jordan 6:4, 6:1. – Doppel, Halbfinale: Navratilova/Shriver (USA) – Jordan/Tanvier (USA/Frankreich) 6:3, 6:2, Durie/Kiyomura (England/USA) – Antonoplis/Mould (USA/Südafrika) 6:2, 6:2. – Endspiel: Navratilova/Shriver – *Durie/Kiyomura 6:4, 6:2.*

REITEN

CHIO in Aachen, Preis der Nationen: 1. Schweiz 0 Fehlerpunkte, 2. England 4, 3. Frankreich 12, 4. Deutschland 19, 5. Italien 20, 6. Australien 24. – Stand im Präsidenten-Pokal: 1. Deutschland 30 Punkte, 2. Schweiz 26, 3. Frankreich 20,5. – Großer Dressurpreis, Abteilung A: 1. Schulten-Baumer (Mettingen) Slibovitz 1668 Punkte, 2. Klimke (Münster) Pascal 1633, 3. Grillo (Münster) Losander 1565. – Internationale S-Dressur: 1. Hansen-Boylen (Kanada) Weidgerecht 495, 2. d'Esme (Frankreich) Hava 475, 3. Loriston-Clarke (England) Dutch Gold und de Pauwe (Belgien) Jimmy Hoffa je 452. – Internationales S-Glücksspringen: 1. Schmitz (Deutschland) auf Lotus, 2. Whitaker (England) mit Courtway, 3. Kowalczyk (Polen) mit Artemor. – Dressur „Grand Prix": 1. Klime mit Ahlerich 1721, 2. Sauer (Hamburg) mit Montevideo 1707, 3. Schulten-Baumer mit Madras 1657. – Internationales Zeitspringen: 1. Wauters (Belgien) mit Mrs. Carlsberg 66,27 Sek., 2. Meier (Holland) mit Piraat 72,11, 3. *Snoek (Deutschland) mit Faun* 72,51. – Dressurprüfung Grand Prix Mannschaftswertung: 1. Deutschland (Klimke, Sauer, Schulten-Baumer, Krug) 5085 Punkte, 2. UdSSR 4772, 3. *Frankreich 4669.*

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: 1. Tullio (P. Kienzler), 2. Zobel, 3. Taunus, Toto: *28/11, 12, –, ZW: 32, DW: 44*, 2. R.: 1. Etiole Bernin (A. Tylicki), 2. Trouville, 3. Schwager Klaus, Toto: 28/14, 15, –, ZW: 44, DW: 36/21, 3. R.: 1. Ordensbruder (Frl. K. Jaeger), 2. Eyck, 3. Juli*ano, Toto: 36/21, 15, –, ZW: 156, DW: 180*, 4. R.: 1. Guayana (G. Huber), 2. Etonia, 3. Christina, Toto: 20/14, 18, 22, ZW: 112, DW: 1052, 5. R.: 1. Nordweststurm (E. Schindler), 2. Amber Star, 3. Neithard, Toto: 104/26, 20, 15, *ZW: 832, DW: 3732*, 6. R.: 1. Slim (S. Klein), 2. Seeteufel, 3. Alpenwelt, Toto: 92/38, 82, 58, ZW: 1668, DW: 32 592, 7. R.: 1. Giodano (D.K. Richardson), 2. Onidin, 3. Rose Bianca, Toto: 72/11, 10, 10, ZW: 156, DW: 472.

RADSPORT

48. Tour de Suisse für Profis, 10. und letzte Etappe Baden – Zürich (208,5 km): 1. Baumgartner (5:39:10 Std., 2. Hekimi 17:57 Min. zur., 3. Freuler (beide Schweiz) 19:25, 4. Schlaphoff, ... 19. Bolten (beide Deutschland) gleiche Zeit. – Gesamtwertung: 1. Zimmermann 43:18:43 Std., 2. da Silva (Portugal) 2:18 Min. zur., 3. Zadrobilek (Österreich) 2:42, ... 59. Bolten 1:35:09 Std. zur., ... 77. Schlaphoff 2:15:12.

TURNEN

Länderkampf der Kunstturnerinnen in Bremerhaven: Deutschland–Bulgarien–Schweiz *383,65:386,70:368,85*. – 1. Grantcherova (Bulgarien) 77,85, 2. Demireva (Bulgarien) 77,65, 3. Trojanova (Bulgarien) 77,60, 4. Kazakova (Bulgarien) 77,10, 5. Heine 77,05, 6. Schwarm *(beide Deutschland) 76,95*, 7. Kessler (Schweiz) 76,65, 8. Topolova (Bulgarien) 76,30, 9. Golz 76,25, 10. Wilhelm 76,20, 11. Lehmann 76,15, 12. Becker (alle Deutschland) 75,45.

LEICHTATHLETIK

84. Deutsche Meisterschaften in Düsseldorf, erster Tag, Finale: Männer: 100 m: (1,0 m Gegenwind): 1. Lübke (Leverkusen) 10,42, 2. Zirkelbach (Fürth) 10,46, 3. Koffler (Kornwestheim) 10,50. – 400 m: 1. Skamrahl (Groß Ilsede) 46,27, 2. Weber (Kamen) 46,47, 3. Gießing (Rhede) 46,56. – 1500 m: 1. Becker (Wolfsburg) 3:38,32, 2. Wessinghage (Köln) 3:38,96, 3. Nabein (Fürth) 3:40,18. – 4x100 m: 1. Kornwestheim I 39,39, 2. Leverkusen I 39,45, 3. Wattenscheid 39,93. – 100 m Hürden: 1. Scholz (Frankfurt) 13,99 (im Vorlauf: 13,97/-DLV-Jahresbestzeit), 2. Schoch (Kornwestheim) 14,08, 3. Hingsen (Uerdingen) 14,16. – Diskus: 1. Wagner (Mainz) 65,28, 2. Hartmann (Buchloe) 63,30, 3. Danneberg (Wedel/Pinneberg) 63,24. – 3000 m Hindernis: 1. Tiller (Göttingen) 8:36,32, 2. Seck (Gelnhausen) 8:38,75, 3. Ilg (Fürth) 8:40,53. – Hochsprung: 1. Mögenburg 2,26, 2. Thränhardt (beide Köln) 2,26, 3. Schneider (Wattenscheid) 2,20. – Stabhoch: 1. Lohre (Kornwestheim) 5,30, 2. Schmidt (Zweibrücken) 5,20, 3. de Raad (Wattenscheid) 5,20. – Dreisprung: 1. Jaros 16,81, 2. Bouschen *(beide Düsseldorf) 16,79*, 3. Knabe (Groß Ilsede) – 10 000 m: 1. Herle (Fürth) 28:41,83, 2. Salzmann (Frankfurt) 28:57,01, 3. Zahn (Fürth) 29:01,56. – 20 km Gehen: 1. Schwarz (Fürth) *1:26,00 Std. 2. Degener (Wolfsburg)* 1:26:56, 3. Matern (Fürth) 1:27:38. – Frauen: 100 m: 1. Gaugel (Sindelfingen) *11,26* (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schabinger 11,66, 3. März (beide Ingolstadt) 11,70. – *100 m Hürden (1,2 m* Gegenwind): 1. Denk (Köln) 13,12, 2. Oker (Leverkusen) 13,17, 3. Lackner (Abensberg) 13,41.400 m: 1. Thimm (Köln) 51,80 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Bußmann (Hamm) 51,80, 3. Schulte-Mattler (Vörde) 52,37. – 1500 m: 1. Klinger (Obersuhl) 4:08,81, 2. Gerdes (Köln) 4:09,26, 3. Deselaers (Düsseldorf) 4:11,80. – 4x100 m: 1. Leverkusen I (Oker/Meiss/Betz/Steger) 45,46, 2. Fürth 45,88, 3. Düsseldorf 45,97. – Weitsprung: 1. Weigt (Leverkusen) 6,43, 2. Everts (Düsseldorf) 6,43, 3. Feige (Leverkusen) 6,43. – Diskus: 1. Manecke 63,08, 2. Losch 57,20, 3. *Gutewort (alle* Fürth) 56,50. – Speer: 1. Thyssen (Leverkusen) 65,00, 2. Peters (Dortmund) 63,02, 3. Graune (Köln) 59,54. – 10 000 m: 1. Teske (Darmstadt) 33:29,76 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Mai (Dort*mund) 33:50,26, 3. Vahlensieck (Bre*men) 34:17,97.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 6, 22, 25, 35, 36, Zusatzzahl: 7. – **Spiel 77**: 0 7 9 7 5 0 5. (Ohne Gewähr).

SEGELN / Wenig sportlicher Glanz bei den vorolympischen Regatten der Kieler Woche

Gebrüder Hunger die einzigen deutschen Sieger

sid/dpa, Kiel

Die Bilanz der Kieler Woche 1984 liest sich für die deutschen Teilnehmer genauso wie im vergangenen Jahr: Wolfgang und Joachim Hunger errangen *in der 470er-Klasse den ein*zigen Sieg für den Deutschen Segler-Verband (DSV). Mit nur 5,7 Punkten erreichten sie sogar die geringste Punktzahl aller Gesamtsieger. Viel Zeit zum Feiern bleibt den beiden Berliner Medizinstudenten aber nicht, da sie bereits heute nach Long Beach fliegen. Mit ihren Trainingspartnern Ludger Hüttermann/Stefan Oetken (Duisburg/Frankfurt) wollen sie sich auf dem Olympia-Revier den letzten Schliff holen.

Wie bei den 470ern blieben auch in den anderen Klassen letztlich die Überraschungen aus. Im Flying Dutchman und im Tornado gewannen mit Alejandro Abascal/Miguel Noguer (Spanien) sowie Poul und Trine Elvström (Dänemark) zwei ehemalige Goldmedaillengewinner. Bei den Windglidern, im Finn-Dinghi und im Soling siegten mit dem Italiener Klaus Maran, Lasse Hjortnaes (Däne*mark) und dem Amerikaner Robert* Haines die derzeitigen Weltmeister. Die Gewinner im Starboot, die beiden Österreicher Hubert Raudaschl und Karl Ferstl, hatten bei den Olympischen Spielen 1980 vor Tallinn die Silbermedaille gewonnen.

Obwohl zahlreiche Weltklassesegler am Start waren, vermochten sie der Kieler Woche, die wie die Olympischen Spiele vom Ostblock boykottiert wurde, keinen Glanz zu verleihen. „Im Olympia-Jahr leidet die Kieler Woche immer", sagt Hans Sendes, der Sportdirektor des DSV. Die Segler sind seit Beginn des Jahres mit Olympiavorbereitungen beschäftigt. Diejenigen, die sich nicht qualifiziert haben, sind gesättigt, und diejenigen, die bei Olympia starten, *sind in Gedanken schon in den USA.*

Die deutschen Segler waren das beste Beispiel: Wolfgang Gerz (Finn-Dinghi) und Willi Kuhweide (Soling) hatten auf die Teilnahme verzichtet. Jörg und Eckhart Diesch (Flying Dutchman) sowie die Tornadosegler Eckhard Kaphengst und Manfred Böse reisten vorzeitig ab, weil sie an ihren Booten, die bereits gestern per Luftfracht nach Amerika gebracht wurden, Reparaturen vorzunehmen hatten. Nur Achim Griese/Michael Marcour (Starboot), Dirk Meyer (Windglider) und die siegreichen Hunger-Brüder segelten vor Kiel alle sechs Wettfahrten. Die ausländische Konkurrenz schonte sich und das Material in gleicher Weise. Noch nie traten so viele Boote zur letzten Wettfahrt nicht mehr an oder segelten vorzeitig in den Hafen.

Bundestrainer Klaus-Peter Stohl zog nach den Regatten ein optimistisches Fazit: „*Wir schicken ein so qua*lifiziertes Team nach Long Beach, daß alle Boote unter die ersten acht kommen können." Mögliche Medaillengewinner *wollte* er aber nicht nennen. „Das hängt vom Wetter ab", erklärte der Hamburger.

Schatzkammer oder Räuberhöhle? – Das Britische Museum in London

Jetzt geht es um den Bart der Sphinx

Englands größtes Museum, das 1753 gegründete British Museum an Londons Great Russell Street, ist als „Sündenbock Nummer eins" in die Schußlinie internationaler Kritik geraten. Die Kampfparole, von Ländern der Dritten Welt, aber auch Griechenland ausgegeben, heißt: „Heimholen des nationalen Erbes". Als eine der größten Schatzkammern einer ehemaligen Kolonialweltmacht steht das British Museum im vordersten Glied der Defensivlinie europäischer Museen, die allesamt auf „fremdem" Kulturgut sitzen. Die Reaktion des British Museum auf die immer massiver vorgebrachte Forderung nach Rückgabe von Kulturschätzen wird von den Museumsdirektoren anderer betroffener Länder mit größtem Interesse beobachtet. Ein Versuch des British Museum, bei diesem Tauziehen um Kulturgüter einen wenigstens einigermaßen fairen Kompromiß anzubieten, ist erst kürzlich in eine Sachgasse geraten.

Es geht dabei um ein Fragment des Bartes der Sphinx. Obwohl der Vorstand des Museums seit dem Gründungsjahr an die gesetzliche Auflage gebunden ist, sich von Museumsbesitz nicht permanent zu trennen, wurde dieser Ausweg gefunden: Man erbietet sich, ein besonders begehrtes *Stück* dem *Herkunftsland* als *Leihga*be zu überlassen. Zeitlich befristet. Gelegentlich im Gegenzug für eine interessante Leihgabe des Empfängerlandes.

„Mit diesem Angebot sind wir im Fall Griechenland allerdings nicht weitergekommen", erklärte Museumssprecher Ewan Balfour im Gespräch mit der WELT. „Wir möchten ja nur zu gerne mit den Griechen gewisse Fragmente austauschen, denn gerade bei Skulpturen ist häufig dort vorhanden, was bei uns fehlt und umgekehrt. Doch lehnen die Griechen das kategorisch ab. Wir können ihnen auch keinen der Elgin-Marbles als Leihgaben überlassen, da wir aus ihrer Sicht nicht deren rechtmäßige Besitzer sind."

Die Verhandlungen um den Bart der Sphinx von Giseh haben sich nach zweijähriger Dauer jetzt festgefahren. Londons Angebot, das Bartfragment für einen verlängerbaren Zeitraum von zehn Jahren herzugeben, wurde von Dr. Ahmed Kadry, Chef der Altertumsabteilung in Kairo, abgelehnt. Ägypten besteht auf 50 Jahren und darauf, das Fragment im Rahmen einer Restaurierung der Sphinx an seiner ursprünglichen Stelle einzufügen, was London ablehnt. „In dieser Angelegenheit ist noch längst nicht aller Tage Abend", versicherte Harry James, Leiter der Abteilung ägyptischer Altertümer am British Museum.



In die Schußlinie der internationalen Kritik geraten: Londons Britisches Museum FOTO: TELE BUNK

Die „Beschaffung" der Kunstwerke in vergangenen Jahrhunderten war auf jeden Fall leichter, als der Versuch, einen Modus vivendi für unsere Zeit zu finden. Aus Fehlern vergangener Zeiten hat man gelernt. Balfour: „Bevor wir uns auf Neuanschaffungen einlassen, prüfen wir mit größter Gewissenhaftigkeit Herkunft und Echtheit. Man ist stolz darauf, diese Prüfung im hauseigenen, weltweit angesehenen Forschungslabor vornehmen lassen zu können.

Das traditionsreiche Museum – es ist das älteste nationale, weltliche und öffentlich zugängliche der Welt – zählt heute über drei Millionen Besucher im Jahr, die (mit Ausnahme der Sonderausstellungen) einen Eintritt zahlen müssen. Im letzten Geschäftsjahr erreichte das Budget, von dem auch die 1050 Angestellten zu bezahlen sind, 12 454 Millionen Pfund. 11 128 Millionen davon entfallen auf staatliche Subventionen, den Rest „verdiente" sich das Museum selbst, beispielsweise mit Gebühren für Fotomaterial aus aller Welt, aber auch mit Gewinnen aus dem hauseigenen Verlag, British Museum Publications, der immerhin einen Umsatz von zwei Millionen Pfund erzielt.

Britische Nachbarn – ARD, 21.15 Uhr

In diesem Verlag werden wissenschaftliche Spezialuntersuchungen vom Verkauf von Postkarten und Bilderbüchern für ein Massenpublikum finanziert, die sonst kaum einen Verleger finden würden. In diesen Tagen kam eine originelle Einführung in das Museum für Kinder heraus, in dem für kindgemäßes Verständnis so interessante Dinge wie Konservierungsmethoden und Hieroglyphen erklärt und in dem nicht die Museumskatzen vergessen werden.

Man scheut sich nicht, neue Wege zu gehen und Ausstellungsräume für Stehpartys an Organisationen und Firmen zu vermieten. Da lassen sich die höheren Angestellten eines Konzerns vor der ungewöhnlichen Kulisse der Rekonstruktion eines Grabmals aus dem kleinasiatischen Xanthos ihr Sherryglas reichen. „Wir müssen eben aus der Not eine Tugend machen."

Das British Museum erhält für Neuanschaffungen gegenwärtig 1,7 Millionen Pfund und damit etwa die Hälfte der Summe, die die Nationalgalerie bekommt. Dennoch schickt das Museum noch heute seine eigenen Ausgrabungsteams in die Welt. Gegenwärtig wird in der antiken Stadt Hermopolis Magna in Ägypten gegraben, auf einem Friedhof der frühen Bronzezeit in Jordanien und in der Römersiedlung Stonea in der Grafschaft Cambridgeshire. In einigen Jahren soll die einzigartige Bibliothek, als „British Library" ein eigenständiges Unternehmen, mit ihren rund zehn Millionen Bänden in einen Neubau umziehen. Bis dahin können sich gläubige Pilger noch im überkuppelten Lesesaal auf den Platz G 7 setzen, wo Karl Marx „Das Kapital" schrieb.

Gegenwärtig ist im British Museum eine Neuordnung der Ausstel*lungsräume für griechisch-römische* Kunst im Gange. Sie soll erstmals seit dem Kriege die unglaublichen Schätze des Museums an römischer und griechischer *Plastik* wieder zugänglich machen. Ein weiteres Großprojekt ist die Einrichtung der ersten ständigen Ausstellung der Kunst Zyperns, die *1986* öffnen soll.

SIEGFRIED HELM

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Nimm mich mit, Käpt'n James auf die Reise
Mit Freddy Quinn u. a.
11.30 Umschau
11.45 Tele-Zoo
U. a. Der Kondor ist kein Geier
12.15 Weltspiegel
Mit Gerd Ruge
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
17.20 Das Geheimnis des 7. Weges
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Amerikanische Krimiserie
Die reizende Mai Ling, die mit ihrem *Onkel ein Antiquitätengeschäft* betreibt, bittet Thomas Magnum auf sie und eine kostbare Vase aufzupassen, bis sie diese einem Interessenten in San Francisco übergeben kann.
21.00 Nur ein Viertelstündchen
Jeweils einem bestimmten Thema widmet Carolin Reiber diese neue Sendereihe, in der die beliebte Moderatorin bekannte Melodien aus Opern, Musicals aber auch aus dem Bereich der Volksmusik und des Schlagers präsentiert.
21.15 Britische Nachbarn
Schatzkammer oder *Räuberhöhle* der Welt?
Kunstschätze aus aller Welt haben die Briten im Lauf der Jahrhunderte zusammengetragen. Jetzt fordern die Ursprungsländer ihre *Kunstgegenstände zurück.*
21.45 Frankfurter Kreuz (2)
Sein bestes Stück
Als der Werbefilm-Produzent Bernhard Röder auf einer Geschäftsreise mit seiner Frau in der Raststätte „Frankfurter Kreuz" Station macht, erfährt er, daß sich das geplante Treffen mit einem Geschäftspartner verschiebt und er in der Raststätte warten muß.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ein Mann namens Herbstblume
Spanischer Spielfilm (1977)
0.40 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Maria Bill, Howard Carpendale
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Falsche Töne
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Die Enkel der Verbannten
Erst in diesem Jahrhundert und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Erschließung Sibiriens, wuchsen anstelle der Sträflingskolonien große Städte, kamen Wissenschaftler und Techniker, um die Entwicklung voranzutreiben.
20.15 Gesucht: Die Frau des Banditen S.
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Regie: Lee Philips
21.45 heute-journal
22.05 Literatur im Gespräch
In der neuen Ausgabe der losen Sendereihe werden zwei Werke besonders besprochen: „Glücklich wie die Könige", die nachgelassenen Briefe Ernest Hemingways aus den Jahren 1917 bis 1961 sowie „Der heilige Doktor Fjodor Petrowitsch", eine Biografie des deutsch-russischen Arztes F.J. Haas von Lew Kopelew.
22.35 Leichtathletik-Olympia-Qualifikation der USA
23.35 Die geschlossenen Augen
Regie: Terence Feely
In einem Trainingscenter für blinde Studenten soll ein Mann ermordet werden. Der Lehrer, der als einziger sehen kann, wird ausgeschaltet. Aber die Blinden bemerken die Teufelei und entwickeln einen Plan.
0.40 heute



Matt (Derrick Jones l.) und Jenny (Megan Follows M.) wollen auf keinen Fall ins Waisenhaus. („Matt und Jenny" – Um 15.30 Uhr ARD) FOTO: TELE BUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (64)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Aus der Sporthochschule Köln: Sport und Sportförderung in der Dritten Welt
21.45 Theatertreffen NRW '84
in Paderborn
22.15 Das Beil von Wandsbek
Nach dem Roman von Arnold Zweig von Horst Königstein und Heinrich Breloer
0.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Strom aus Ebbe und Flut
Bericht über das erste Gezeitenkraftwerk der Welt
20.00 Tagesschau
21.00 Das Montagsthema
Aktuelle Diskussion
22.00 El Dorado
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Mit John Wayne *u. a.*
0.00 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Papetin & Co. (12)
19.00 Wen ich immer schon mal fragen wollte
Junge Leute im Gespräch mit Dietrich Weise und Thomas Berthold von Eintracht Frankfurt
20.00 Hessen Drei unterwegs
20.45 *Die Sprechstunde*
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
22.30 Das Porträt Horst Janssen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Deutsch (64)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Sechstagekrieg im Sauerland
21.05 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
21.35 Rettet das Mittelmeer
Zehn Jahre Kampf um das Mare Nostrum
22.20 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Fränkische Miniaturen
Sulzfeld
22.05 Aus Forschung und Lehre
22.50 Der geheimnisvolle Gast
Amerikanischer Spielfilm (1946)
23.50 Rundschau

Pankraz, W. Leisner und die Spätdemokratie

Pankraz zieht den Hut vor dem Riesenwerk des Staatsrechtlers Walter Leisner über die Spätdemokratie, dessen vierter und letzter Band jetzt im wissenschaftlichen Verlag Duncker & Humblot erschienen ist. Gründlicher und kenntnisreicher hat wohl noch niemand die tiefen Aporien des demokratischen Herrschaftssystems herausgearbeitet. Leisner läßt keinen Zweifel daran: Es ist ein mieses, glanzloses Herrschaftssystem – und *trotzdem das beste aller möglichen.* Man kann die Demokratie eigentlich nur ertragen, indem man dauernd gegen ihre Grundvoraussetzungen verstößt und sie in Frage stellt – aber genau dadurch festigt sie ihre Strukturen, gewinnt sie Dauer und Vorteil gegenüber anderen Herrschaftssystemen. Jene indessen, die die Demokratie ernst nehmen, ihr gewissermaßen auf den Leim gehen und sie beim Wort nehmen, untergraben ihre Fundamente, führen sie an den Rand des Untergangs.

Über fast zweitausend Seiten hinweg kann man diese heikle Dialektik in den Büchern Leisners bis in alle Einzelheiten hinein verfolgen. Zwei Tendenzen zur Selbstzerstörung sind es vor allem, die der Demokratie innewohnen: die Tendenz zum Egalitarismus und die Tendenz zum Anarchismus. Der Egalitarismus, der Gleichheitswahn, möchte im Namen der Demokratie alle Unterschiede des Herkommens und der Begabung einebnen; der Anarchismus, der Freiheitswahn, zielt auf eine Fragmentierung des Sozialkörpers in immer kleinere Einheiten ab, um die „volle Autonomie des Individuums" herauszuarbeiten. Beide Tendenzen schließen sich logischerweise gegenseitig aus, was sie jedoch nicht daran hindert, bei der Unterminierung des demokratischen Staates zusammenzuwirken und die Gesellschaft – so Leisner – reif zu machen für den großen Gegenschlag, die Unterwerfung der egalisierten und auf sich selbst zurückgeworfenen Massen durch neue Diktatoren, „Volksführer" demagogischen Zuschnitts und ungezügelter Rücksichtslosigkeit.

Man muß es Leisner hoch anrechnen, daß er den Weg von der Demokratie über die „ehrlich gemachte, wahre Demokratie" zur Diktatur nicht als unausweichliches Fatum hinstellt, sondern eben als bloße Tendenz, der gegengesteuert werden kann. Die Prinzipien der Gegensteuerung, wie sie besonders im letzten Band des Leisnerschen Werkes aufscheinen, möchte Pankraz zu den folgenden drei Imperativen zusammenfassen: 1. Hüte dich vor der Ideologisierung der Demokratie; 2. vermeide ihre Fundamentalisierung; 3. sei vorsichtig bei ihrer Generalisierung, ihrer Übertragung auf sämtliche Völker und Stämme der Erde!

Der erste Imperativ wendet sich vor allem an die Lehrer und Schulungsleiter, Politiker und Sonntagsredner. Die Demokratie ist, wie Leisner zu Recht feststellt, ein glanzloses Herrschaftsinstrument. Nicht der wird zur Macht berufen, der den besten Weg weist oder den das „Karma" des Herrscherglücks umweht, sondern schlicht der, der die Mehrheit der Stimmen auf sich vereint. Aber auch die Mehrheit kann irren, unreinen Antrieben folgen. Ihre Glorifizierung im politischen Unterricht ist unangebracht; schon die Kennzeichnung „Volksherrschaft" geht fehl, denn die Mehrheit ist nicht automatisch das Volk, ganz abgesehen davon, daß es natürlich auch in der Demokratie immer nur bestimmte Funktionsgruppen sind, die wirklich herrschen, niemals die Mehrheit im ganzen.

Unter demokratischen Verhältnissen kann man den Rechtsstaat und die Grundfreiheiten erfahrungsgemäß am besten schützen. Das ist nicht wenig, doch es ist noch kein Grund, die Demokratie selbst zum Gott hochzustilisieren, dem an jeder Ecke ununterbrochen Opfergaben dargebracht werden müssen. Demokratisches Zelotentum ist ein Widerspruch in sich. Und jene Eiferer, die immer und überall „noch mehr" Demokratie durchsetzen zu müssen glauben, machen die Sache am Ende lediglich kaputt.

Auf sie trifft der zweite Imperativ zu, die Warnung vor der Fundamentalisierung. Die Demokratie als Generalheilmittel in allen Lebenslagen zu betrachten und infolgedessen das Leben in allen seinen Bereichen zu politisieren und zu „demokratisieren" ist ein verbrecherischer Unfug, der eine ursprünglich gesunde Gesellschaft in die schlimmsten Neurosen und die dramatischsten Krisen treiben kann. Güterproduktion und Erziehung, Kunst, Literatur und Freizeitgestaltung dem Mehrheitswillen und seinen Abstimmungsmechanismen zu unterwerfen heißt, die Tüchtigen und Einfallsreichen zu knebeln und zu frustrieren. Verödung der schöpferischen Potentiale, graues Mittelmaß und diktatorische Gremienhuberei sind die Folge.

Ganz ähnlich steht es mit der Generalisierung, gegen die sich der dritte Imperativ wendet. Die Völker haben, auch was die Herrschaftsausübung betrifft, die verschiedensten Überlieferungen und Traditionen, und beileibe nicht alles davon ist Ausfluß von archaischen Privilegien oder fremdbestimmtem Minderheitenterror, in vielem spiegeln sich die Erfahrungen spezifischer Mentalität, spezifischer Landschaft und spezifischer Geschichte. Hier nach dem Rasenmäherprinzip von außen oder durch auswärtigen Druck „die Demokratie einführen" zu wollen, schüfe nur grausame Verheerungen, ratlose Menschen, Chancen für angemaßte Diktatoren und falsche Propheten.

Walter Leisner hat schon recht, wenn er am Ende seiner Untersuchung für eine „möglichst gemischte Staatsform" plädiert, für eine liberale Demokratie zwar, aber für eine, die sich über einer optimal differenzierten Gesellschaft wölbt, in der Eliten das Sagen haben, deren unauffällige Effizienz und geschicktes Taktieren ihnen die regelmäßige Wiederwahl sichert, und in der es Tabuzonen gibt, die alle respektieren. Nur in einer solchen „gemischten Staatsform" lassen sich Freiheit und Recht auf Dauer sichern.

Pankraz

Das Kunstwerk will ernst genommen sein – Erinnerungen eines Kunsthändlers an Henry Kahnweiler

Wer nicht sein ganzes Vermögen wagt...

Auf ein Bild, das ihm 1964 vorgelegt wurde, schrieb Daniel-Henry Kahnweiler: „Es handelt sich um ein sehr gutes und sehr gescheites Bild! Ergebenst Ihr Henry Kahnweiler." Dieser Brief war für mich Veranlassung, Kahnweiler in Paris in seiner Galerie zu besuchen. Das war genau vor zwanzig Jahren. Er war zu diesem Zeitpunkt 80 Jahre alt, und ich, als Kunsthändler noch jung, stellte mir die Frage, was das wohl für ein Mann sei, der so souveräne Worte gebrauchte, um Kunst zu beurteilen. Ich selbst war 40 Jahre alt, und ich wollte wissen, was ich bis zu diesem Zeitpunkt noch von niemandem gehört hatte: was das sei – ein gescheites Bild.

Als ich dann Kahnweiler persönlich kennenlernte wurde *mir* klar, was er unter dem Wort „gescheit" verstand. Henry Kahnweiler, der heute hundert Jahre alte geworden wäre, war *eben nicht nur ein Kunstvermittler*, er war nicht ein Galerist, wie wir ihnen heute an allen Ecken begegnen, sondern er war eben selbst sehr gescheit. *In unserem Gespräch wurde* mir bewußt, daß Kahnweiler Worte wie „es handelt sich um ein intelligentes Bild" nie gebrauchen konnte, denn sein Bedürfnis, mit Kunst umzugehen, war nicht vermittelnd, sondern schon selbst schöpferisch.

Seine Künstlerfreunde hatten es mit Sicherheit nicht leicht, mit diesem lebendigen und schöpferischen und engagierten Mann. Seine Mentalität wurde zweifelsohne zum tragenden Element aller seiner Freundschaften. Es scheint, daß mit dem Tod von Kahnweiler (er starb 1979) eine *große Tradition* von bedeutenden Kunsthändlern zu Ende gegangen ist. Und es darf dabei nicht übersehen werden, daß die große Händlertradition von Deutschjuden getragen wurde. Man denke dabei an Flechtheim, Cassirer, Tannhauser – und eben an Kahnweiler. Man muß sich fragen: Was waren das für Kunsthändler im Gegensatz zu den Galeristen und Händlern der heutigen Generation? Kahnweiler sagte das schlicht und prägnant: „Wir waren immer große Idealisten und Wortführer unter den Kunsthändlern, die der Kunst und den *Künstlern* auch durch theoretische Reflexion zur Seite standen." Die theoretischen Reflexionen waren erfüllt von einer tiefgehenden *Gläubigkeit, nämlich* zu wissen, *daß* Kunst Ausdruck des höchsten menschlichen Seins ist. Einer Gläubigkeit, die eben nicht in der Ratio versinkt. Auch nicht in ihrer rationellen Spielart, dem Kommerz, der mehr und mehr den Kunsthandel beherrscht, jedoch kaum wegen der Korrumpierbarkeit der Kunstverkäufer, sondern auf Grund einer Überforderung des geistigen Lebens.



Freund seiner Künstler: Der Kunsthändler Henri Kahnweiler, der vor hundert Jahren geboren wurde, in einer Lithographie von Picasso (1957)
FOTO: STUTTGARTER STAATSGALERIE

Kunsthändler alter Schule investierten ihr geistiges Sein, um, wie Kahnweiler sagte, einer großen Aufgabe *zu dienen und um sich selbst* geistig mobil zu halten. Egal wie ihre eigenen finanziellen Verhältnisse waren, sie waren immer bereit, Risiken einzugehen, aus Überzeugung und um die geistige Mobilität zu wahren. Von Flechtheim erzählt man sich, daß er wirklich das letzte Geld für ein Bild eines Künstlers ausgab, so daß der Künstler zu ihm sagte: „Herr Flechtheim, Sie haben sicher jetzt kein Geld mehr, darf ich Sie dafür zum Essen einladen?"

Kahnweiler sagte, wer selbst keine Bestände hat, wer sich selbst nicht mit seinem ganzen Vermögen für Kunst engagiert, kann niemals ein großer Galerist werden oder sein. Und er sagte auch, ein Galerist scheitert, wenn er selbst im Vordergrund, vor dem Kunstwerk steht und nicht bereit ist, sich hinter das Kunstwerk zu stellen. Er freute sich, wenn er ein neues Bild erwerben konnte, es war für ihn notwendig, um geistig lebendig zu sein.

Für Kahnweiler war es sicher eine große psychische Belastung, in dem Dualismus zu stehen, in dem ständigen Vorwurf, er habe an seinen Künstlern viel Geld verdient, ohne die Kunst selbst sehen zu wollen, er sei also ein reicher Mann zu Lasten seiner Künstler geworden. Das schmerzte ihn. Und es mag mit eine der Ursachen sein, daß er in den letzten Jahren seines Lebens neuen Entwicklungen in der Kunst mißtrauisch gegenüberstand und sie nicht akzeptierte. Es war natürlich auch eine Altersfrage, *denn er lebte mit den* Künstlern seiner Generation, er konnte sich nicht erneuern. Er war selbst zur Legende geworden, was sicherlich *für ihn hemmend* war. Ausstellungen, die er in den letzten zehn Jahren seines Lebens in seiner Galerie machte, waren nur dann wichtig, wenn es Ausstellungen seiner Künstler waren. Alle anderen, die er den Künstlern nachfolgender Generationen ausrichtete, fehlte letztlich diese Bedeutung.

Kahnweiler lehnte die Malerei ohne Gegenstand, den Versuch farbige Formgebilde auf der Leinwand harmonisch ohne Anlehnung an Naturgegenstände zu komponieren, ab. So schreibt er in seinem Buch über den Kubismus: „Unsere Stellungnahme zu dieser Richtung kann nicht zweifelhaft sein, sie vermag sicher angenehme *Werke zu schaffen, aber Malerei* ist sie nicht. Das Problem der Zusammenfassung des mannigfaltigen Werks der Körperwelt, eben der Einheit des Kunstwerks, kennt sie nicht. All die Aufgaben, mit denen die lyrische Malerei seit Jahren gerungen hat, läßt sie beiseite. Nur dekorativ wollen ihre Werke sein, die Wand zu schmücken. Nicht der Kunsttrieb, sondern der Schmucktrieb rief sie hervor. Ornamentik ist es, was die Maler schaffen."

Hiermit dokumentiert Kahnweiler, daß ihm neue Begegnungen, neue *Entdeckungen, neue Möglichkeiten* nicht nachvollziehbar waren. Er war zu fest verankert in seinen Freundschaften, wo er sicherlich nicht nur *der Nehmende* war, *sondern auch der* Gebende. Was aber Kahnweiler ausmacht, ist, für die Kunst gelebt zu haben, Kunst gefördert und unterstützt zu haben, um sich selbst der Kunst zu unterwerfen im Bewußtsein, daß Kunst eben Ausdruck höchsten menschlichen Seins ist.

Wir Kunsthändler, die jünger sind, wären gut beraten, uns auf diese ethische-moralische Grundlage unseres Berufes zu besinnen. Der Sammler als der eigentliche Förderer der Kunst und auch der Laie stehen einem Wirrwarr und einem Dschungel *von Begriffen und Tendenzen hilflos* gegenüber. Wir werden überrannt von allen möglichen Aktivitäten, Messen, übergroßen Kunstausstel*lungen und Schauen, wir stehen* gegenüber einer heillosen Konkurrenz von Ausstellungsmachern und Kunstorganisatoren. Eine solche strukturelle Verlagerung führt zu einer Öde und geistigen Leere. Kunst so auf den Markt zu tragen, haben uns die großen Galeristen und besonders Kahnweiler, nicht gelehrt. Sie haben sich ständig gegen solche Machenschaften zur Wehr gesetzt.

Ein Kunstwerk beabsichtigt nichts, sondern es bedeutet, es will nichts, sondern ist. So sah es Kahnweiler. Auf den Märkten begegnet man keinen Kunstwerken, man begegnet Ware. Nicht Preise und Trends sind entscheidend, sondern die Qualität, die ihren Preis hat, die ihren gerechten Preis hat. Das sollten wir von der großen Kunsthändlergeneration lernen, vor allem von Kahnweiler, dem Letzten der großen Kunsthändler und Galeristen. ROLF KRÖNER

Lektionen des barocken Ziergesanges – „Julius Cäsar" bei den siebenten Karlsruher Händel-Tagen

Ein Countertenor muß den Kastraten ersetzen

Im kommenden Jahr, rechtzeitig also noch zu Händels 300. Geburtstag, werden die Karlsruher Händel-Tage zu Festspielen erhoben. Daß man dieser Anerkennung würdig ist, bewies die Neuinszenierung des „Julius Cäsar", eine großartige Demonstration klug manipulierten Schaugepränges mit einer ironisierenden pfiffigen Interpretation und einer mustergültigen Lektion barocken Ziergesanges. Richtig müßte es eigentlich „Giulio Cesare" heißen, denn man spielt die italienische Originalfassung.

Mit den Originalfassungen hat man es überhaupt in Karlsruhe. So versuchte man, dem Originalklang der Händel-Zeit, insbesondere dem Klang der Kastratenstimmen, durch die Verwendung von Countertenören nahezukommen. Im „Julius Cäsar" *bieten sich dafür gleich zwei Rollen,* die ansonsten von einem Bariton bzw. einem Baß gesungen werden: die des römischen Imperators und jene des Ptolemäus, des Bruders der Kleopatra. Leider erkrankte James Bowman, der Cäsar, und das ganze originale Klangbild war dahin. Es war eine akzeptable Lösung, daß Jean-Louis Martinoty, der die Linien seiner Inszenierung am genauesten nachziehen konnte, den Part auf der Bühne markierte, während Ann Wilkens die Rolle aus dem Orchestergraben sang. Doch die Balance der Stimmen war empfindlich gestört.

Im „Julius Cäsar" kann man die *historischen Vorgänge um Cäsars Landung in Ägypten* nur schwer mit den historischen Gegebenheiten von Händels Gegenwart zur Deckung bringen. *Vielmehr spürt man* Händels Unbehagen an den Schemata der Barockoper, die bald schon durch die Gegenbewegung der „Bettleroper" und der neapolitanischen Buffa zu Fall gebracht werden sollte. Es finden sich also genügend musikalische wie inhaltliche Hinweise, daß Händel diese antiken Helden nicht mehr so ernst nehmen wollte. Martinoty verwendet diese Ansatzpunkte für eine flotte historische Ausstattungsrevue. Wie immer tat Heinz Balthes das Seine, um das Interesse an der barocken Arienreihung nicht erlahmen zu lassen. Die Ausstattung gleicht einer Jagd durch die Jahrhunderte. So sind die Säulen aus Griechenland, die Wandbilder aus Ägypten, der Triumphbogen aus Rom, die Kostüme aus England. Bühnenfüllende Wolkenapparaturen gibt *es zu bestaunen, eine Sphinx wuchtet* gar auf der Bühne umher, und immer wieder lassen Regisseur und Bühnenbildner sich scheinbar in die Karten schauen, *um danach um so stärker zu* verblüffen.

Martinoty inszenierte ein geistreiches Vexierspiel, benutzt Handlungen und Dekorationen zu einem Spektakel, für das er sich ein Publikum der Gourmets erzogen hat – in Karlsruhe sind die Zuschauer in barocken Analysen geübt wie kaum anderswo. Die Akribie der Inszenierung zeigte sich ebenso bei der musikalischen Wiedergabe, die durch Charles Farncombe Farbe und Verve bekam und die Leuchtkraft dieser reich orchestrierten Partitur weitgehend realisierte.

Keine exotische Femme fatale, eher eine kecke Kindfrau im Sinne Shaws war Norma Sharps Kleopatra, deren ebenmäßiger Sopran zwar die Faszination der lockenden Verführe*rin fehlte, die dafür mit der Süße des* Tones entschädigte. Neben der fulminanten Cornelia (Jadwiga Rappé), dem feinsinnigen Sextus (Anna Caleb) *und dem tuntigen Ptolemäus,* von John Angelo Messana mit schwellenden Pianobögen und graziösen Koloraturgirlanden gesungen, fiel Michael Ebbeckes edelschimmernder Kavaliersbariton (Achillas) auf. ROLF FATH

Zum Tode von J. Losey

Den zweiten Blick für Brüchiges

Der amerikanische Regisseur Joseph Losey ist in London gestorben. Er schuf mehr als vierzig Filme, fast alle in England. 1982 hatte er im Wettbewerb um den Goldenen Löwen von Venedig mit *„Die Forelle"* nur mäßigen Erfolg. Vier Wochen vor seinem Tod konnte er seine jüngste Regiearbeit nach einem Drehbuch von Harold Pinter mit der britischen Schauspielerin Diana Dors beenden. An Anerkennung hat es Losey nicht gefehlt. Das spiegelte sich in den Würdigungen zu seinem 75. Geburtstag im Januar dieses Jahres. Damals schrieb Friedrich Luft:

„Seine Handschrift ist in fast allen seinen Kinostücken unverkennbar. Er läßt Schicksale dunkel brüten. Harold Pinter, der englische Dramatiker des Geheimnisvollen, hat ihm mehrere brilliante Drehbücher geschrieben. Joseph Losey hat die politisch direkten Umwege seiner Jugend weit hinter sich gelassen. Er dient keiner ideologischen Verklärung. Er hat in seinem hochkarätig besetzten Film von 'Trotzkis *Ermordung*' (Richard *Bur*ton, Romy Schneider, Alain Delon) eher, zum deutlichen Abscheu seiner alten Freunde, die unglaubliche Brutalität des Stalinismus angeprangert auf seine subtile Art.

Er ist einer der wenigen Meister der Zwischentöne. Er steht, ideologisch frei, immer noch bei den Unterdrückten, den Verfolgten, den zu kurz Gekommenen. Aber jede 'Message' ist seinen Arbeiten jetzt fern. So gelangen ihm Meisterwerke. 'The Go-Between' ist eines davon, einer der englischsten Filme, wenn es je einen gab. Losey hat Ibsens 'Nora' mit Jane Fonda, Trevor Howard und Delphine Seyrig grandios verfilmt. 'Der Diener', *den er nach einem erschreckenden* Buch von Harold Pinter mit Dirk Bogarde, seinem Lieblingsschauspieler, schier gespenstisch und heimlich immer komisch in einen Schwebezustand der Ungeheuerlichkeit gehoben hat - 'Der Diener' ist ein Klassiker seiner raren Gattung.



Meister dunkler Schicksale: Joseph Losey (1909–1984)
FOTO: HORST TAPPE

Die Welt des Joseph Losey ist fast in jedem Falle die unsere. Sie ist wiedererkennbar. Aber sein Trick und seine Größe bestehen darin, daß er sie uns in fast jedem Falle ganz neu anschaubar gestalten kann. Er kann sie streicheln und optisch lieben. Und er kann, gleichzeitig, uns immer wieder bewußt machen, oft mit starken Stößen des Sensationellen- wie brüchig sie ist, wie gefährdet, wie unheimlich. Losey hat den 'zweiten Blick', der die Oberfläche immer wieder erschreckend *aufbricht*. Er ist ein Meister."

In einer Schule aus preußischer Zeit – Das neue Haus für die Alte Sammlung des Saarland-Museums

Als man von einem Pfennig zwei Tage leben konnte

Vor sechzig Jahren wurde in Saarbrücken ein Heimatmuseum gegründet, das Dokumente der Kunst- und Kulturgeschichte des Saarlands sammelte und in bescheidenem Rahmen präsentierte. Als nach dem Krieg, 1951, Rudolf Bornschein die Leitung des kriegsbeschädigten Hauses übernahm, öffnete er es nicht nur für das ganze kulturhistorisch dazugehörige Umland zwischen Straßburg, Metz und Trier, sondern erstmals auch der internationalen modernen Kunst. Mit ungewöhnlichem sammlerischen Geschick baute er aus dem Nichts eine beachtliche moderne Sammlung auf. *Gleichzeitig wurde* die alte Sammlung nach neuen Gesichtspunkten systematisch ausgebaut, eine bedeutende Münzsammlung erworben, die Porzellansammlung wesentlich ergänzt. So konnte das Museum am St. Johanner Markt *bald die Fülle der Schätze nicht mehr* fassen. Einem Zug der Zeit gemäß wurde zuerst für die moderne Sammlung gesorgt; sie wurde in einem vorbildlichen Museumsneubau am Saarufer untergebracht (WELT v. 30. 9. 68) und hieß fortan Moderne Galerie des Saarland-Museums.

Vor vier Jahren wurde dann die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz ins Leben gerufen, um die Kunstsammlung Kohl-Weigand – mit bedeutenden Werken von Slevogt, Weisgerber, Purrmann und anderen – für das Saarland zu retten. Sie nahm die alte und neue Sammlung, das Museum für Vor- und Frühgeschichte und die Römische Villa in Nennig in ihre Obhut. Sie verfügt über einen jährlichen Etat von 3,3 Millionen Mark und in diesem Jahr über einen Ankaufsetat von *500 000 Mark*.

Die Vorzüge dieser „neuen Heimat" bekam alsbald die Alte Sammlung (die jetzt großgeschrieben wird), zu spüren. Die Stiftung kaufte für knapp 3,5 Millionen Mark gegenüber der Modernen Galerie die beiden Gebäude einer alten sanierungsbedürftigen Schule noch aus preußischer Zeit, deren architektonische Raumaufteilung geradezu prädestiniert erschien für ihre neue Bestimmung. In nur zwei Jahren entstand daraus ein vorbildliches, attraktives Museum.

Der hintere Bau ist Verwaltungs- und Magazinräumen und der notwendigen Platzreserve vorbehalten; der vordere wurde von dem bewährten Architekten Hanns Schönecker, der auch die Pavillons der Modernen Galerie baute, feinsinnig umgestaltet, wobei in der Substanz kaum Wesentliches verändert, sondern nur das Treppenhaus umgedreht wurde. Die Schauräume sind durchgängig und durchsichtig über verschiedene Ebenen, versetzte Geschosse und Galerien verteilt; sie haben viel Licht und Atmosphäre. Schönecker hat die beiden Gebäude durch einen gläsernen Eingangspavillon „zwanglos ohne anpassenden *Respekt oder historisierendes* Pathos" (Jury-Text) verbunden und dafür den Preis des Bundes Deutscher Architekten erhalten. Er hätte ihn gleichermaßen für den gesamten Umbau verdient.

Die von G.-W. Költzsch (der inzwischen Bornschein abgelöst hat) hervorragend inszenierte Schausammlung, die bildende Kunst und Kunsthandwerk ganz selbstverständlich vereinigt, zeigt nun Bilder, Skulpturen, Möbel und Gerät vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Beispiele eines *anspruchsvollen Kunstschaffens* ebenso wie Zeugnisse höfischen, ländlichen und bürgerlichen Lebens, vor allem aus dem Saarland natürlich, aber auch aus der Pfalz und Elsaß-Lothringen, die in dieser Beziehung untrennbar zusammengehören. So bildet einen Schwerpunkt des Museums ein imponierendes Ensemble von mittelalterlichen Skulpturen aus Lothringen und dem Südwestraum, einen anderen die sogenannte Schatzkammer mit Silber- und Goldschmiedearbeiten, einen weiteren die zum Teil einzigartige Porzellansammlung aus den einheimischen Manufakturen Ottweiler, Zweibrücken und Frankenthal.

Besondere Beachtung erheischt auch das Münzkabinett mit Münzen und Medaillen seit der Karolingerzeit. Das älteste Stück ist ein Silberpfennig von 754/55, der fünf Jahrhunderte lang die wichtigste Münze des Abendlandes blieb. Das war noch ein Pfennig, den zu ehren sich lohnte; er war so wertvoll, daß ein Mann damit zwei Tage gut leben konnte. Ganz abgesehen von der kunstvollen Verarbeitung: denn im Mittelalter verschwendete man wirklich noch Kunst auf Heller und Pfennige, und auf die Gulden, Kreuzer und Groschen nicht minder. EO PLUNIEN

JOURNAL

Die Deutschen Filmpreise 1984

dpa, Berlin

Die Deutschen Filmpreise für 1984 wurden am Sonnabend von Bundesinnenminister Zimmermann in Berlin übergeben. Bei den *Spielfilmen wurde „Wo die grünen* Ameisen träumen" von Werner Herzog mit dem Filmband in Gold ausgezeichnet. Filmbänder in Silber gingen an die Spielfilme „Kehraus" von Hans Christian Müller, „Morgen in Alabama" von Norbert Kückelmann und „White Star" von Roland Klick. Filmbänder in Silber für programmfüllende Dokumentarfilme erhielten Maximilian Schell für „Marlene" und Johann Feindt für „Der Versuch zu leben". Mit Filmbändern in Gold wurden die Einzelleistungen von Uwe Schrader (Regie), Horst Buchholz, Maximilian Schell, Maria Colbin (Schauspieler), Hans Christian Müller, Gerhart Polt und Carlo Fedier (Drehbuch), Jörg Schmidt-Reitwein (Kamera) und Helga Borsche (Schnitt) gewürdigt. Außerdem wurden für ihr hervorragendes Wirken im deutschen Film Heidemarie Hatheyer, Paula Wessely, Sonja Ziemann, Georg Thomalla, Georg Haentzschel, Heinz Pauck, Peter Pewas und Theo Nischwitz mit einem Filmband in Gold geehrt.

Musikrat-Wettbewerb ohne erste Preise

dpa, Bonn

Beim Musikwettbewerb des Deutschen Musikrates in Bonn wurden in diesem Jahr keine ersten Preise vergeben. Als beste Hornistin erhielt Clara-Christine Hohorst aus Essen einen zweiten Preis. *Bester Posaunist und bester Pianist* wurden Eckard Wiewinner aus Hamburg und Konrad Elser aus Schwäbisch Gmünd mit je einem dritten Preis. Im Fach Geige wurden Stephan Picard aus Hannover ein zweiter, Kolja Blacher aus Berlin und Martin Dehning aus Hannover dritte Preise zugesprochen. Auch bei der Kammermusik für Holzbläser gab es nur einen dritten Preis für das Albert-Schweitzer-Quintett.

Viertes Festival der Filmkomödie

DW. Vevey

Das vierte Festival der Filmkomödie findet vom 20. bis 26. August in Vevey statt. Das kleine Festival versteht sich als eine Art Hommage an Charlie Chaplin, der hier am *Genfer See zwanzig Jahre lang* gelebt hat. Zehn Filme aus sieben Ländern sind im Programm. Die Retrospektiven sind in diesem Jahr Woody Allen und Jacques Tati gewidmet.

Um den Goldenen Hut des Humors

J.B. Duinbergen

In der „Humorhall" des belgischen Badeortens Duinbergen findet bis zum 10. September die 23. Weltausstellung für humoristische Kunst statt. Etwa fünfhundert Maler, Graphiker und Karikaturisten aus 45 Ländern bewerben sich um den Goldenen, Silbernen und Bronzenen Hut, der von einer Jury verliehen wird, die sich zum Teil aus den Preisträgern des Vorjahres zusammensetzt.

Konzept und Form des Bürodesigns

DW. München

Mit der Ausstellung „Olivetti: Konzept und Form" gibt die Neue Sammlung München einen Überblick über die Entwicklung des Bürodesigns am Beispiel einer Firma, für die die ästhetische Gestaltung ihrer Produkte immer eine besondere Bedeutung hatte. Mit der Ausstellung, die vom 27. Juni bis 31. Juli zu sehen ist, sind zwei Fachsymposien über die *„Uniformität des Produktdesigns"* und über das „Design Management" (beide am 28. Juni) sowie eine Podiumsdiskussion über „Die Tücke des Objekts" (26. Juni) verbunden.

Sir Andrew Huxley wird „Königlicher" Rektor

SAD, London

Zum neuen „Master" (Rektor) des traditionsreichen Trinity College der englischen Universität Cambridge ist der Präsident der Royal Society, Professor Sir Andrew Huxley (66), auf Vorschlag von Premierminister Margaret Thatcher von der Queen bestellt worden. Seit der Gründung des College durch König Heinrich VIII. im Jahre 1546 erfolgt die Ernennung des Rektors durch den Monarchen. Es ist eines der reichsten Colleges Englands. Sein Gründer stattete es finanziell äußerst großzügig aus, wobei er sich der Reichtümer bediente, die der Krone nach dem Bruch mit Rom bei der Auflösung der Klöster zufielen. Der Biophysiker Sir Andrew Huxley, Forschungsprofessor der Royal Society für Physiologie am University College der Londoner Universität, hatte 1963 gemeinsam mit Alan Hodgkin den Nobelpreis für Medizin gewonnen. Jetzt löst er Hodgkin als „Master" von Trinity College ab.

Auf Hamburgs Giftberg wächst nichts als Angst

Die Müllkippe Georgswerder wird immer gefährlicher

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Fast 50 Meter hoch ragt neben der Autobahn Hamburg Richtung Süden der Müllberg von Georgswerder – wegen seiner übelriechenden Brände ein jahrelanges Ärgernis für die Anwohner. Später, als man die Deponiegase vorübergehend abfackelte, avancierte er zu einer Art Wahrzeichen für das südliche Industriegebiet. Heute ist der Berg zu einem Symbol der Angst geworden.

Inmitten der *inzwischen* rund 14 Millionen Kubikmeter Müll und 150 000 Kubikmeter flüssiger Sonderabfälle *lagern nämlich 50 000* Fässer mit hochgiftigen Chemikalien, darunter das „Seveso-Gift" Dioxin 2,3,7,8-TCDD, und *150 Fässer mit Parathion*, dem Pflanzenschutzmittel E 605.

Zweimal haben Experten aus aller Welt schon über Sanierungsprobleme und Gefahren der 42 Hektar großen Deponie debattiert. Doch niemand konnte den direkt beteiligten Hamburger Behörden das Patentrezept liefern. Die Experten stritten über alles und einigten sich über nichts: Weder über die Toleranzgrenzen der Gefahren noch über die Meßmethoden oder auch nur über die Qualität der bisher geleisteten Behördenarbeit.

Als schärfster Kritiker profilierte sich der amerikanische Professor Samuel Epstein, der den Hamburger Behörden mangelndes Risikobewußtsein angesichts der enormen Gefährlichkeit dieses Berges vorwarf. Für ihn breitet sich das Dioxin „auf dem Luftweg" aus. Das wiederum bestritt Heinz Kuschel, der Leiter der Anstalt für Hygiene in der Hansestadt, ganz entschieden. Er nannte diese Art der Ausbreitung „völlig ausgeschlossen": *schließlich* decke das Gift eine meterhohe Humusschicht.

Gastgeber, Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD), ging jedenfalls ohne greifbares Ergebnis nach Hause, sieht man von einer Liste mit Dioxin-Grenzwerten ab, die ihm einige Experten in die Hand gedrückt hatten, die freilich in ihren eigenen Ländern nichts zu gelten scheinen. Denn auch dort richtet man sich nicht nach ihren (durchaus umstrittenen) Meßmethoden. Also nichts als ein Muster ohne Wert?

Der Fachmann jedenfalls, der Hamburg den richtigen Weg zu diesem „Berg der Probleme" – angeblich wegen seines „Chemikalien-Cocktails" problematischer als Seveso – weisen könnte, wurde nicht gefunden. Die Hanseaten bleiben alleine mit der Last der Lösung.

Ein „Circulus vitiosus": Mit der Lösung muß endlich begonnen werden. Doch dafür benötigt man wissenschaftlich ausreichend abgesicherte Erkenntnisse, und genau die gibt es nicht. Derweil „subbt" und kleckert das Gift an den diversen Stellen aus dem Berg.

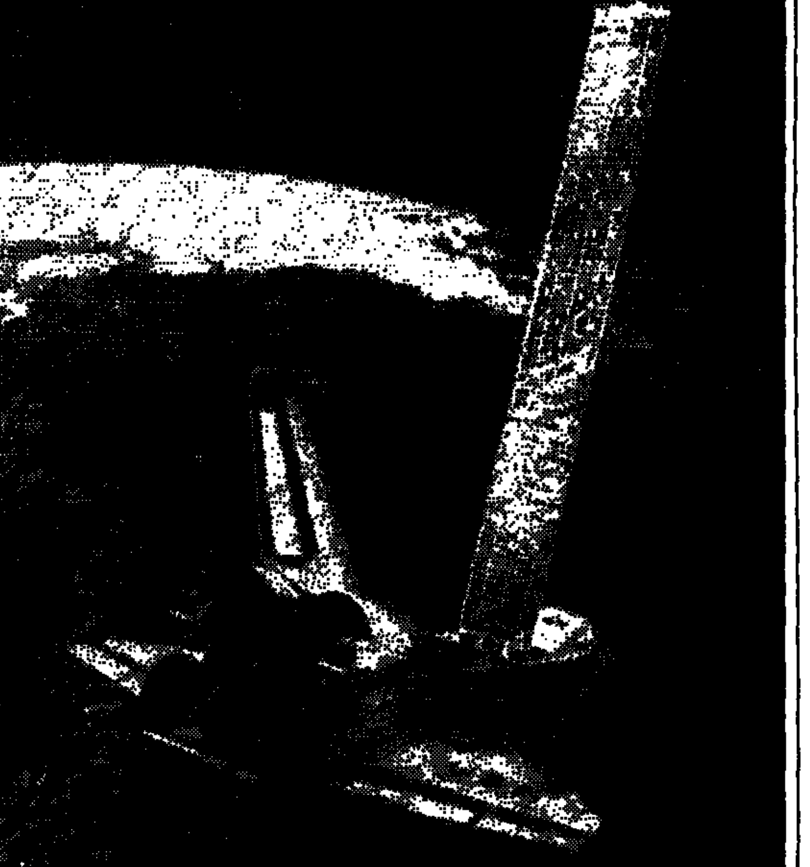
Die „Schwachstelle" des Berges ist nach Ansicht der Chemiker der Untergrund. Tonige Schichten, die bei der Anlage der Deponie als „Absicherung" nach unten wirken sollten, sind nach Auswertung alter Unterlagen zumindest stellenweise brüchig. So besteht die Gefahr der Grundwasserverseuchung. Schon wurden Spuren leichtflüchtiger, chlorierter Kohlenwasserstoffe in der Umgebung gemessen. Sie können „sehr wohl aus dem Berg kommen, auch wenn das nicht der Fall sein muß", erklärte Kuschel dazu.

An Lösungsvorschlägen hat es denn bisher auch nicht gemangelt. Realisiert freilich wurde keiner. Den Berg auszutrocknen beziehungsweise mit einem Schutzwall abzudecken, war ebenso im Gespräch wie die „Patentlösung" des Verbrennens. Letzteres scheiterte daran, daß dabei noch mehr Dioxin frei würde; ersteres an den Zweifeln, ob ein Schutzwall gegen organische Giftstoffe überhaupt wirksam wäre. Endlich bleibt der Vorschlag, den Berg abzutragen, angesichts der gigantischen Menge reines Wunschdenken.

Die Hamburger werden sich also wohl oder übel an die Silhouette von Georgswerder gewöhnen müssen – und die Angst, die von dort ausgeht. Andererseits birgt gerade sie auch eine große Chance: Mit der Angst nämlich läßt sich politisch auch Druck machen.



Der „kahle Hügel" von Hamburg: Georgswerder. FOTO: NISS



Die „Discovery" mit dem 30 Meter hohen Sonnensegel FOTO: AP

Hormon-Experiment im All als neuester Clou

An Bord der „Discovery" ist wieder eine US-Astronautin

AFP, Houston

Der Countdown für den Start der dritten amerikanischen Weltraumfähre „Discovery" heute um 14.43 Uhr (MEZ) vom NASA-Zentrum Cape Canaveral in Florida verlief am Wochenende nach Angaben der NASA problemlos. Nach einem Test der elektrischen Systeme erklärte ein NASA-Sprecher gestern, alles sei „in Ordnung".

Auf dem siebentägigen Programm des insgesamt zwölften Raumfährenfluges stehen insbesondere die Aussetzung eines militärischen Fernmeldesatelliten und ein Test mit einer Solarzellenfläche. Der erste „zahlende Passagier" im Weltraumverkehr, Charles Walker (35), Ingenieur von McDonnell Douglas, hat darüber hinaus die erste Herstellung eines pharmazeutischen Erzeugnisses „Made in Space" zu überwachen. Dabei geht es um die Herstellung einer streng geheimen Hormonkonzentration, die nur unter der Bedingung der Schwerelosigkeit *in der erwünschten* Reinheit zu vollziehen ist. Bordkommandant bei dem Jungfernflug der „Discovery" ist Henry Hartsfield (50), der als Ko-Pilot einer „Columbia"-Mission im Sommer 1982 als einziger seiner Mannschaft bereits Weltallerfahrung besitzt. Sein Ko-Pilot ist der 38jährige Michael Coats. Als Spezialisten nehmen an der „Discovery"-Mission Luftwaffenoffizier Richard Mullane (38), der Physiker und Astronom Steven Hanley (32) – dessen Frau Sally Ride war vor einem Jahr als erste Amerikanerin im All – sowie die Elektro-Ingenieurin Judith Resnik (35), teil.

Vorgesehen sind für den Jungfernflug der dritten Shuttle-Ausgabe 169 Flugstunden. Kurz nach dem Start wird die Weltraumfähre eine Umlaufbahn mit einer Neigung von 28,5 Grad gegenüber dem Äquator erreichen. Ihre 112 Erdumkreisungen wird sie überwiegend in einer Höhe von 320 Kilometern zurücklegen. Am sechsten Tag wird sich der Weltraumfrachter der Erde wieder auf 224 Kilometer nähern. Aus dieser Umlaufbahn sollen Erdaufnahmen mit einer Präzisionskamera gemacht werden.

Einer der Höhepunkte des zwölften Shuttle-Fluges soll morgen die Aussetzung des Fernmeldesatelliten „Leasat-1" sein. Zweiter Höhepunkt des ersten *„Discovery"-Flugs* wird am dritten Tag der Mission die Entfaltung eines 30 Meter langen Sonnensegels sein. Dies ist die Aufgabe der zweiten Amerikanerin im Kosmos. Getestet werden die Widerstandsfähigkeit und Wirksamkeit dieser Solarzellenfläche im Hinblick auf ihre eventuelle Verwendung zur Stromerzeugung für eine bemannte amerikanische Raumstation



Zweite Amerikanerin im All: Judith Resnik FOTO: DW

Steht Neuguinea vor dem Jüngsten Gericht?

A. PAPENBERG, Port Moresby

270 Tonnen Natrium-Zyanid – genug um die gesamte Menschheit zu töten – sind *beim Kentern* eines Leichters in schwerer See vor der Küste von Papua Neuguinea verlorengegangen und bedrohen die Umwelt mit einer Giftkatastrophe ungekannten Ausmaßes.

Obwohl sich das Unglück im Golf von Papua schon am 14. Juni ereignete, konnte bislang noch keines der 2700 Fässer, in denen das Gift transportiert wurde, geborgen werden. Die Chemikalie war für das Gold- und Kupferbergwerk Ok Tedi im Landesinneren bestimmt. Die Meeresströmung hat die Fässer inzwischen möglicherweise auf die offene See in Richtung Australien getrieben. Experten befürchten daher eine Umweltkatastrophe, die die Vernichtungswirkung einer Atombombe erreichen *könnte*.

Direkt mit dem Tode bedroht sind aber auch die rund 10 000 Menschen an der *dünnbesiedelten straßenlosen* Küste Papuas. Mehrere Hubschrauber fliegen seit 10 Tagen Trupps von *Gesundheitsfürsorgern* von *Dorf* zu Dorf. Ihre Warnung lautet stets gleich: „Eßt keine Fische und badet nicht im *Meer*!" Beides aber gehört zum Lebenselixier der Eingeborenen.

Natrium-Zyanid ist ein geruchs- und geschmackloses, wasserlösliches Gift, das zudem an der Luft rasch oxidiert und tödliche Gase bildet. Das Zehntel eines Milligramms, im Wasser gelöst, tötet Fische. Nur 50 bis 60 Milligramm reichen aus, um einen Menschen umzubringen. Dazu muß das Gift nicht einmal geschluckt werden. Es dringt auch durch die Poren in den Körper ein.

Der Tod kommt rasch, ist dennoch unendlich *qualvoll*, da *Zyanid* den Sauerstoff im Körper bindet. Die Lunge wird *funktionsuntüchtig*, das *Opfer schnappt nach Luft*, wird von Krämpfen geschüttelt und erstickt.

Verseuchung hat begonnen

Das Teufelszeug befand sich in 16 Containern mit 180 Fässern zu je 100 Kilogramm. 15 davon sind beim Kentern des Leichters, der die Kennung „L 43" trug, über Bord gegangen. Ein Sprecher der Ok-Tedi-Bergwerksgesellschaft, die die Chemikalie bei der *Trennung* von *Gold aus Golderz* benötigt, gab am Wochenende an, daß mindestens einer der Container aufgebrochen sein müsse. Suchflugzeuge hätten an die 70 Fässer im Meer gesichtet, von denen drei aufgeplatzt gewesen seien (s. WELT vom 23. Juni).

Das bedeutet, daß schon 300 Kilogramm Gift im Wasser gelöst sind. Ein Chemiker der Universität von Papua Neuguinea in der Hauptstadt Port Moresby beschreibt die Gefahr für die Umwelt so: „Jedes Faß kann etwa zwei *Quadratkilometer Ozean* verseuchen, wobei die Tötungswirkung bis zu drei Wochen lang ungebrochen anhalten kann." Aus einigen *Küstendörfern sind schon* Meldungen über angeschwemmte tote Fische eingegangen.

Trotz des Einsatzes eines speziell für die Ortung von Metall unter Wasser ausgerüsteten Suchflugzeuges ist noch nicht einer der Giftcontainer gefunden worden. Die Regierung hat inzwischen einen Teil der Streitkräfte des Landes mobilisiert und in das Katastrophengebiet transportiert. Von Landungsbooten aus sollen die Soldaten die Küste nach den Giftfässern abkämmen, die hauptsächlich *mit Mangroven* bewachsen ist. Es wird befürchtet, daß ein Teil der Container und Fässer auf die Küste zu*treibt und von der Brandung auf* die harten Mangrovenwurzeln geworfen wird. Dabei könnten sie zerschellen...

Breites Mündungsdelta

Eine besondere *Gefahr* droht von der Tatsache, daß die Fässer eine Auftriebskraft von zehn Prozent ihres *Gewichtes* haben. Das heißt, im Salzwasser eingetaucht sinken sie nicht auf den Meeresboden ab, der im betroffenen *Gebiet* zwischen *fünf und* sieben Meter unter der Wasseroberfläche liegt, sondern treiben untergetaucht und ungesehen mit der jeweiligen Strömung ab. Der exakte Unglücksort befindet sich auf der Seeseite eines mehr als 50 Kilometer breiten Mündungsdeltas. Es ist das Delta des Fly-Flusses, den der Leichter noch an die 600 Kilometer bis zum Hafen des Goldbergwerkes hätte hinaufgeschleppt werden müssen. In der Mündung herrschen Strömungsverhältnisse, die es wahrscheinlich machen, *daß* ein Teil der Fässer stromaufwärts gesogen wird. Die Tragfähigkeit von Süßwasser ist aber geringer *als die von Meereswasser, so daß* die Fässer ihren Auftrieb verlieren und an den Felsen im Flußbett zerschellen *könnten*. Unter den herrschenden Bedingungen ist es deshalb möglich, daß das ganze weitverzweigte Flußsystem in der Küstenregion verseucht wird.

Am Wochenende traf ein Giftexperte der deutschen Firma Degussa in Papua Neuguinea ein, die über ein Konsortium mit etwa 20 Prozent an der Ok-Tedi-Bergwerkgesellschaft beteiligt ist und das Zyanid-Gold*scheideverfahren entwickelt hat*. Er soll bei der Eingrenzung des Umweltschadens helfen und für die Entgiftung der *Fässer* und Container sorgen, falls sie je geborgen werden sollten.

Die Frachtgesellschaft, die für die Verschiffung des Zyanids verantwortlich ist, rüstet zur Zeit zwei Spezialschiffe mit Bergungsgerät aus. Unterdessen läßt die Regierung die *Schuldfrage* klären.

Unheimliche Serie von Busunfällen in Spanien

AFP, Madrid

Zu Beginn des Sommers haben sich auf spanischen Straßen innerhalb von fünf Tagen vier Busunfälle ereignet. *Dabei wurden 28 Menschen* getötet und 130 Personen verletzt. Am 19. Juni war in der Nähe von Salamanca ein mit überhöhter Geschwindigkeit fahrender Lastwagen mit einem Bus zusammengeprallt. Bilanz: 13 Tote und zehn Verletzte. Zwei Tage später raste ein Lkw bei Loja (Provinz Grenada) beim Überholen in einen ausländischen Touristenbus. Fünf Menschen starben, 50 erlitten Verletzungen. Am 23. Juni ereigneten sich gleich zwei tödliche Unfälle. Ein Autobus fuhr wegen eines Bremsdefektes bei Cercedilla in der Nähe von Madrid gegen einen Baum. Dabei kam ein Passagier ums Leben, 40 Personen wurden *verletzt*. *Bei Calatayud* nördlich von Madrid kam ein mit 85 Reisenden besetzter Bus von der Nationalstraße Barcelona–Madrid ab und überschlug sich. Neun Menschen wurden getötet und 29 verletzt. Insgesamt haben sich seit dem *31.* Januar in Spanien 15 schwere Busunglücke ereignet.

Doch gepanschtes Öl?

dpa, Madrid

Gepanschtes Speiseöl war doch Schuld am Tod von bislang 352 Menschen. *Davon ist eine Expertenkommission* der Weltgesundheits-Organisation (WHO) überzeugt, die jetzt ihre Untersuchungen in Spanien abschloß. Dennoch ist es auch ihr nicht gelungen, den Giftstoff zu identifizieren. Die Seuche habe in Tierversuchen nicht nachvollzogen werden können, und so gebe es auch keine spezifische Behandlungsmethode. Für das Öl als Krankheitsauslöser spreche vor allem die starke statistische Übereinstimmung zwischen zufälligem Genuß des Öls und der späteren Erkrankung. Zweifel an der Auslöserfunktion waren allerdings gerade deshalb laut geworden, nach*dem festgestellt wurde, daß in Katalo*nien Benutzer des Öls nicht erkrankten.

Kerosin–Tankzug brannte

dpa, Bad Salzuflen

Unter ständiger Explosionsgefahr haben Feuerwehr und Soldaten am Samstag auf der Autobahn bei Bad Salzuflen aus einem in Brand geratenen Tankwagen der Bundeswehr rund *10 000 Liter* hochexplosiven Flugzeugtreibstoff geborgen. Der Tankwagen mit dem wegen seines Flammpunktes von 21 Grad Celsius besonders gefährlichen Kerosin war an einer Autobahnsteigung liegengeblieben und durfte wegen seiner Ladung nicht abgeschleppt werden. Während des Umpumpens in ein anderes Tankfahrzeug entzündeten sich rund 3000 Liter der Substanz. Der Feuerwehr gelang es jedoch, weitere 10 000 Liter Kerosin vor der Explosion zu bewahren und später in ein drittes *Fahrzeug umzuladen*. Die Autobahn wurde drei Stunden gesperrt.

Erfolgreiche Gartenschau

dpa, Hamm

500 000 Besucher verzeichnete die Landesgartenschau in Hamm in ihren ersten zehn Wochen. Für Ende August *wird bereits der millionste* Besucher erwartet, genau das Doppelte von dem, was sich die Organisatoren erhofft hatten.

In Albanien festgehalten?

AFP, Paris

Der Botschafter Albaniens in Frankreich ist im französischen Außenministerium zu einer Unterredung über den Fall des möglicherweise *in* Albanien festgehaltenen 28jährigen Franzosen Jean-Marie Masselin empfangen worden. Masselin, der im Club Méditerranée auf Korfu Urlaub machte, war am vergangenen Montag beim Angeln an der nur wenige Seemeilen entfernten albanischen Küste an Land gegangen und dort von Soldaten abgeführt worden. Seine Begleiter, die nach Korfu zurückkehren konnten, berichteten, das Boot sei beschossen worden. Die albanische Nachrichtenagentur verbreitete hingegen, Masselin sei wieder in sein Boot zurückgekehrt.

Zugunglück

AFP, London

Bei der Entgleisung des Nachtzuges Aberdeen–London sind gestern *morgen* 38 Passagiere verletzt worden. Am gleicher Stelle in der englischen Grafschaft Northumberland war bereits 1969 ein Zug entgleist. Damals kamen sechs Fahrgäste ums Leben.

Tabakschäden

dpa, Speyer

Nach dem schlimmsten Wolkenbruch der vergangenen 40 Jahre rechnen die pfälzischen Tabakbauern mit Ernteschäden von schätzungsweise 18 Millionen Mark. Am stärksten betroffen sind die Kerngebiete des Tabakbaus um Lingenfeld (Landkreis Germersheim) und Dudenhofen (Landkreis Ludwigshafen).

ZU GUTER LETZT

„Wenn die Deutschen für ihre Kinder so eintreten würden wie für ihre Dackel, dann gäbe es keinen Lehrstellenmangel." Der SPD-Abgeordnete Egon Lutz.

LEUTE HEUTE

Erste Dame am Tisch

Frauen war es bis zum 27. Mai dieses Jahres verboten, als Croupier zu arbeiten. Keine vier Wochen nach der Aufhebung dieser Bestimmung tritt nun die erste Französin in amtlicher Funktion an den Spieltisch. **Florence** ist erst 19 Jahre alt, ihre Einstellung aber begründete **Jean Louis Blanchet**, Direktor des Spielkasinos „Ouistreham-Riva-Bella" in der Nähe von Caen in der Normandie, mit der Feststellung: „Man wirft den *Spielsälen* immer ihr tristes Aussehen vor – da kann das charmante Lächeln einer Frau doch die Atmosphäre entspannen." Für solche Casino-Besucher, die wirklich nur Augen für den Spieltisch und nicht etwa für dessen weibliche Leitung haben, versicherte Direktor Blanchet, Florence habe die gleiche dreiwöchige Ausbildung erhalten wie ihre männlichen Kollegen.

Vielseitiger Star

Der 25jährige schwarze Popsänger **Michael Jackson** entwirft für seine bevorstehende Tournee durch die USA seine eigene Garderobe. Bekannte Modeschöpfer beraten den Amateur-Designer, der in seine Klei*dung mindestens 50 000 Dollar* investieren will. Angesichts erwarteter Tournee-Einnahmen von 40 Millionen *Dollar wahrlich ein Klacks. Der* Drehbuchautor des Erfolgsfilms „Flashdance", **Tom Hedley**, hat unterdessen ein neues Manuskript mit dem Arbeitstitel „Street Dandy" über die Karriere eines jungen Showtalents produziert. Über seine Mitwirkung in dem Streifen will Jackson demnächst entscheiden.

Deutsch-deutscher Händedruck

ANATOL JOHANSEN, Salzburg

Ein gesamtdeutscher Weltraum-Händedruck soll heute zum Höhepunkt des 33. Internationalen Weltraumkongresses der Hermann-Oberth-Gesellschaft in Salzburg werden. Der erste Astronaut aus der Bundesrepublik Deutschland, Ulf Merbold (Stuttgart), trifft den ersten *„DDR"-Kosmonauten Siegmund* Jähn. Es ist für beide die erste Begegnung.

Mit von der Partie ist der Mann, dem die beiden jungen Deutschen in gewisser Weise zu Dank verpflichtet sind: Hermann Oberth, der „Vater der Raumfahrt", der heute 90 Jahre alt wird (s. WELT vom 23. Juni 1984). Der Jubilar folgte den meisten Referaten des Kongresses mit erstaunlicher Rüstigkeit. Langsam, aber ohne Stock oder fremde Hilfe bewegte sich der weißhaarige alte Herr unter den Kongreßteilnehmern, immer wieder von Autogrammjägern bedrängt. Und als man ihm sagte, man wolle ihn an seinem Geburtstag in einer weißen Kutsche vom Hotel „Österreichischer Hof" abholen, meinte er angesichts des lebhaften Autoverkehrs in der Stadt nur trocken: „Na, hoffentlich *gehen die Pferde nicht durch.*"

„Absurde Vorwürfe"

Kommt Streit um „Embryo-Handel" jetzt vor Gericht?

KNA, Meckenheim

Als „absurd" hat der Geschäftsführer der „Flow Laboratories GmbH", Rolf Haker, Behauptungen des hessischen CDU-Landtagsabgeordneten Roland Rösler bezeichnet, die Firma handele in großem Umfang mit Organen und *sogar* mit *ganzen menschlichen* Embryos. Haker räumte allerdings ein, daß die „Flow Laboratories" in Deutschland Zellkulturen auch embryonalen Ursprungs vertreibe, die in den USA hergestellt worden seien. Diese Zellkulturen würden bei der Erkennung und Bekämpfung von Viruserkrankungen sowie in der Arzneimittelforschung verwendet. Es sei aber zu bedauern, daß der hessische Landtagsabgeordnete die „Flow Laboratories" mit Vorwürfen überziehe, ohne sich zuvor bei dem Unternehmen informiert zu haben. Der Politiker hatte Journalisten Fotokopien von Teilen einer Bestell-Liste der Firma zugeleitet, um damit zu beweisen, daß sie auch „gesamte menschliche Embryos" zum Verkauf anbiete.

„Flow Laboratories" prüft derzeit, wie sie rechtlich gegen die Behauptungen Röslers vorgehen soll. Die vertriebenen Zellkulturen embryonalen Ursprungs seien „vor mehr *als zehn Jahren als Zellinie* in die Zellbank der Flow Laboratories GmbH" aufgenommen worden. Haker: „Mit Hilfe derartiger Kulturen wurde vor rund 30 Jahren zum Beispiel der Impfstoff gegen die Kinderlähmung entwickelt." Es sei nicht möglich, aus diesen Zellen Industrieprodukte zu erzeugen. Die Firma liefere hauptsächlich Seren, Gewebekulturmedien und Geräte für die Biotechnologie sowie medizinische Forschung und Diagnostik. Die angebotenen Zellinien, die vom Verkaufsvolumen her „nur einen geringen Umfang darstellen", dienten lediglich als Service für wissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland.

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: An der Nordostflanke eines umfangreichen Hochs mit dem Kern nördlich der Azoren werden weiterhin atlantische Tiefausläufer nach Mitteleuropa gelenkt.



Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. bedeckt, still. Nebel. Sprühregen. Regen. Schneefall. Schauer. Gebiete Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung warm, kalt. Fronten Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Norden und Mitte: Anfangs bedeckt und zeitweise Regen, im Tagesverlauf Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Temperaturen tagsüber um 18, nachts um 8 Grad.
Süden: Bedeckt und besonders im penvorland noch länger andauernder Regen. Temperaturen 15 bis 18, nachts bei 10 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden und in der Mitte weiterhin unbeständig und kühl. Im Süden Wetterbesserung und wärmer.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	32°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	13°	Las Palmas	20°
Essen	12°	London	15°
Frankfurt	14°	Madrid	25°
Hamburg	10°	Mailand	25°
List/Sylt	11°	Mallorca	25°
München	11°	Moskau	20°
Stuttgart	13°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	11°
Amsterdam	11°	Paris	15°
Athen	27°	Prag	12°
Barcelona	23°	Rom	21°
Brüssel	13°	Stockholm	12°
Budapest	16°	Tel Aviv	29°
Bukarest	27°	Tunis	28°
Helsinki	15°	Wien	17°
Istanbul	27°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 4.51 Uhr, Untergang: 21.51 Uhr; **Mondaufgang**: 2.51 Uhr, Untergang: 19.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Begehen die Herzverpflanzer in Schweden Mord?

R. GATERMANN, *Stockholm*

Nun ist auch in Schweden ein Herz verpflanzt worden. Am Donnerstagabend wurde es im Sahlgrenska Krankenhaus in Göteborg einem 49jährigen Mann implantiert. Das Herz war aus Hamburg „importiert" worden. Der Chef des Göteborger Ärzteteams Göran William-Otlsson: „Ich bin nicht sicher, ob ich gegen schwedisches Gesetz verstoßen habe." In Schweden *gilt* nämlich – wie in Dänemark – immer noch der Herztodbegriff anstelle des sogenannten Hirntodes. Der aber *hat* überhaupt erst die Herzüberführung medizinisch möglich gemacht. Gilt die Herzverpflanzung in Schweden also als Mord?

Es war ironischerweise ein Schwede, der als erster in der Welt den Begriff des Hirntodes definierte und eine entsprechende Gesetzesänderung vorschlug. Das war 1965. Aber Professor Ragnar Frykholm wurde ein Opfer kollegialen und politischen Neids, der Eifersucht und des Unverstands. Er wurde totgeschwiegen, und Schweden bedient sich seit ein paar Jahren einer eigenartigen Doppelmoral: Man schickt Patienten für Herz- und Lebertransplantationen *ins Ausland, wo sie Organe von Men*schen bekommen, die nach schwedischer Rechtsauffassung noch leben. Dem Göteborger Team war es deswegen auch nicht möglich, seinem Patienten das Herz eines schwedischen Spenders zu geben.

„Es wäre ethisch nicht vertretbar, eine derartige Herzverpflanzung nicht vorzunehmen, wenn der Patient darauf eingestellt ist", erklärte einerseits die Chefin der Obersten Sozialbehörde Barbaro Westerholm nach dem Göteborger Eingriff. Andererseits aber hat Schweden bisher nicht die gesetzlichen Voraussetzungen für diese hohe Schule der Transplantationschirurgie *geschaffen* – wegen ethischer Bedenken.

Das Problem ist seit 20 Jahren nicht geklärt. Im Sommer 1964 forderte der später berühmt gewordene Professor Clarence Crafoord zwei Stockholmer Krankenhäuser auf, ihm „inoperable sterbende Patienten zu *überlassen*, um *sie* als Nierenspender in Bereitschaft zu haben". Der Professor bekam aber nur ein *glasklares Nein, nachdem es sich bei* diesen Patienten eindeutig um noch lebende Menschen handelte. Wenig später gelang es einem Crafoord-Mitarbeiter dennoch, einen solchen Patienten zu bekommen. Der Eingriff mißlang, Spender und Empfänger *starben*.

Dieser Fall löste eine heftige Kritik aus, die Anklage gegen Crafoord wurde jedoch niedergeschlagen. *1965* nannte Professor Ragnar Frykholm, – einer, der die Crafoord-Forderung abgelehnt hatte – in einer Expertendiskussion erstmals den Begriff des „cerebralen Todes", ein Begriff für den „scheinlebenden Hirntoten". Frykholm, damals Oberarzt an der Neurochirurgischen Klinik am Stockholmer Süd-Krankenhaus, betonte gleichzeitig, daß der konventionelle Todesbegriff geändert werden müsse – am besten auf dem Gesetzeswege – und lieferte auch gleich einige konkrete *Vorschläge*.

Aber Ragnar Frykholm wurde damals totgeschwiegen. Nur ein Jahr später erklärte jedoch Professor Crafoord, daß die wichtigste Voraussetzung für Organtransplantationen eine neue Definition des Todesbegriffes sei. Er schlug den des Hirntodes vor.

Frykholm als Vater des Gedankens war vergessen, Crafoord erregte internationales Aufsehen und wurde als Pionier gefeiert. Erst seit kurzem, nachdem die Debatte in der Öffentlichkeit wieder entflammt ist, taucht vereinzelt der Name Frykholm *wieder auf*.

Auf dem Gesetzeswege ist seit 1965 nichts geschehen, dafür aber in den Krankenhäusern. 44 von 46 Anästhesiekliniken Schwedens richten sich *nach dem Gehirntodkriterium*, und in 34 werden Organverpflanzungen vorgenommen. Bis zum 15. Februar 1984 hatten die Krankenhausträger (Regionalverwaltungen) die Genehmigung für fünf Leber- und vier Herztransplantationen im Ausland gegeben, obwohl in Schweden mindestens zwei Ärzteteams die Voraussetzungen für derartige Eingriffe erfüllen. Eine andere Untersuchung *zeigt auch, wie mangelhaft junge Ärz*te und das Pflegepersonal über die verschiedenen Todesdefinitionen informiert sind. Auf alle sechs als elementar angesehenen Fragen zu diesem Thema antworteten nur 30 Prozent der Krankenschwestern richtig, beim Ärztenachwuchs war die Ausbeute *mit 20 Prozent noch schlechter*. Von den Schwesternschülerinnen wußten gar nur zehn Prozent Bescheid.